

Stalingrad: Erinnerung fürs Heute



Bild: Marco Faber / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Januar-Februar 2018

Der Mamajew-Hügel bei Wolgograd ist das wohl wichtigste Mahnmal in Russland zur Erinnerung an die Opfer des Zweiten Weltkriegs: allein in der Sowjetunion 24 Millionen Menschen. In der Gedenkstätte sind die Namen der Verteidiger des Mamajew-Hügels eingraviert – die Opfer einer letzten Offensive der 6. Armee der Wehrmacht noch im November 1942 die Wende erzwingen sollte. Sie kapitulierte am 3. Februar 1943, vor 75 Jahren. In der Schlacht starben über 700.000 Menschen, 30.000 Sowjetsoldaten allein auf dem Mamajew-Hügel. Wenn man jedoch die Halle betritt, hört man die „Träumerei“ des deutschen Komponisten Robert Schumann. Ich besuchte die Gedenkstätte im Alter von 12 Jahren bei einem Schulaustausch, als Teil dessen, was heute gern als „verordneter Antifaschismus“ verächtlich gemacht wird. Ich bin dankbar für die Erfahrung.

Woran erinnern wir? Zuerst an die Wende im Weltkrieg. Westliche Geschichtsschreiber erwählen ungern, dass die Rote Armee allein dem Kampfgeschehen die entscheidende Wende gab. Mit ihren Siegen bei Stalingrad und im Kessel von Kursk brachte sie und mit ihr die Sowjetunion die Kraft auf, den Vernichtungsfeldzug zu stoppen, den Nazismus zurückzudrängen.

Zum zweiten muss erinnert werden an den rassistischen Charakter des „Russlandfeldzuges“. Der „Generalplan Ost“ fasste 1942 die Völkermordpläne der Naziführung für die „Neuordnung des Ostens“ zusammen: Deportation der slawischen Landbevölkerung von Tschechien bis zur Wolga, Aus Hungern der Städte als „Brutstätten des Bolschewismus“ (angefangen in Leningrad), „Deutschbesiedelung“. Die Liquidierung hunderttausender sowjetischer Juden und KPdSU-Mitglieder, die Vernichtung hunderter Dörfer zeigten die rassistische Energie, mit der diese Planungen umgesetzt werden soll. Umso grotesker, dass jetzt mit der AfD ausgerechnet

auch die Erben derer Frieden und Zusammenarbeit mit Russland fordern, die 1933 Hitler mit dem Handschlag Hindenburgs zur Macht verhalfen. Der deutsch-nationale Chauvinismus wird sich wieder gen Osten richten, das liegt in seiner rassistischen Logik.

Und wir erinnern drittens an das eigentlich Selbstverständliche: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Konkreter: Nie wieder Krieg in Europa. Da ist es unerheblich, ob uns das russische Pathos im Gedenken gefällt, ob uns die russische Kulturpolitik postmodern genug ist, ja selbst ob wir mögen, welchen Präsidenten die russische Bevölkerung wählt. All dies kann keine Bewandnis haben im Kampf gegen eine militärische Konfrontation im Osten Europas. Der NATO-Raketenschirm mit seinen Basen in Polen und Rumänien wird in diesem Jahr scharf geschaltet. Die Allianz will, dass jedes Mitgliedsland zwei Prozent seines Bruttoinlands-Produkts für Aufrüstung ausgibt. Die EU will die Straßen in Mittel- und Osteuropa „militärtransporttauglich“ machen. Und auch die Vorwärtsstationierungen von NATO-Einheiten werden stur fortgesetzt – gerade ist etwa das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg in Litauen. Russland antwortet mit nicht minder aggressiven Manövern.

Gerade der Friedensaspekt wird im heutigen Diskurs verdrängt. Die Bundesregierung hielt es nicht für nötig, dem 75. Jahrestag der Schlacht Aufmerksamkeit zu schenken. Wie anders als mit einer toxischen Mischung aus westlicher Arroganz und deutscher Geschichtsvergessenheit ist solch eine Ignoranz gegenüber dem Geschehen zu erklären? Auch das zeigt, warum es wichtig ist, zu gedenken und für Frieden und Verständigung zwischen Ost und West Gesicht zu zeigen: Bei den Ostermärschen etwa oder beim neuesten deutsch-russischen Schulaustauschprojekt? Nur zur Erinnerung.

• Thomas Kachel

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Im Osten wurde DIE LINKE bei der Bundestagswahl flächendeckend etwa doppelt so stark wie im Westen, für die AfD gilt ähnliches. Seitdem entdecken Parteien und Medien den Osten wieder. Trotz unserer relativen Stärke haben wir viele Stimmen verloren. Hat DIE LINKE denselben Fehler wie andere Parteien gemacht, die besonderen Probleme des Ostens zu ignorieren?

Sahra: DIE LINKE muss stärker einen Zugang zu den Menschen finden, die darauf angewiesen sind, von ihrer Arbeit zu leben. Das sind Arbeitnehmer und Rentner. Wir haben ganze Regionen im Osten aber auch im Westen, wie etwa im Ruhrgebiet, wo sich strukturelle Armut immer tiefer in die Gesellschaft hineinfrisst. Aber dies ist ja kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte, die dringend korrigiert werden muss. Das gilt auch für die niedrigeren Löhne im Osten Deutschlands, die nicht nur eine himelschreiende Ungerechtigkeit sind, sondern auch bessere Bedingungen für Lohndumping im Westen schaffen. Hier erwarte ich von der Linken, dass sie stärker wahrnehmbar wird, die Verantwortlichen benennt und mit ihren Alternativen die Menschen für sozialen Sicherheit mobilisiert.

Susanna: DIE LINKE und die PDS haben sich jahrelang gegen die spezifischen Probleme im Osten und für gleichwertige Lebensverhältnisse eingesetzt. Beispielhaft ist der jahrelange Kampf gegen die Rentenungleichheit, wo wir unter anderem für über 13 Berufsgruppen, darunter Krankenschwestern, zu DDR-Zeiten Geschiedene oder Arbeiter in der Braunkohleveredelung, gekämpft haben. Dennoch habe ich beobachtet, dass wir in dem Bestreben, eine gemeinsame Partei zu sein, vor allem gemeinsame Aspekte betont haben und die unterschiedlichen Sozialisationen, die verschiedenen Ausgangslagen zu wenig reflektiert und um gegenseitiges Verständnis geworben haben. Da es ja nicht den Osten als solches gibt und die Linke als Partei plural ist, muss man immer genau hinschauen, zuhören und, wenn es um Wählerinnen geht, auch verschieden ansprechen.

Vor 14 Jahren holte die PDS in Sachsen mit 23,6 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die Proteste gegen Hartz IV waren auf ihrem Höhepunkt. Diese Bewegung drückte sich nicht nur in Massendemos oder Wahlergebnissen aus, sondern auch in der Gründung der LINKEN. Wie beurteilt ihr den Zustand sozialer Bewegungen heute – insbesondere im Osten?

Sahra: Hartz IV ist eben nicht nur Armut per Gesetz und ein gigantisches Entgegnungssystem für die Beschäftigten, sondern es soll Menschen einschüchtern und verhindern, dass sie für ihre Rechte kämpfen. So ist die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer für bessere und sichere Jobs sowie höhere Löhne gesunken. So wurden die Gewerkschaften geschwächt. Das müssen wir umkehren, indem wir die Bedingungen für soziale Bewegungen verbessern. Die

Geht noch was im Osten?

Ein Gespräch mit Sahra Wagenknecht, Linksfraktionschefin im Bundestag, und Susanna Karawanskij, Ostdeutschland-Koordinatorin der Fraktionsvorsitzendenkonferenz



SPD ist als Unterstützung bisher leider ein Totalausfall. Noch in der letzten Wahlperiode hatten wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung angeboten. Aber wieder, obwohl zusammen mit Grünen und uns eine Mehrheit im Bundestag bestand, war der SPD-Spitze die reaktionäre Machtoption mit der Union lieber. Aber ich bin davon überzeugt, dass der Widerstand gegen die unsoziale Politik einer möglichen neuen Großen Koalition wieder erstarben wird. Das Auftreten der IG Metall ist gegenwärtig ermutigend. Gemeinsam können wir die Weiter-so-Parteien und Arbeitgeber unter Druck setzen.

Susanna: Rückblickend ist es schon bemerkenswert, dass aus den Hartz-Protesten mit der PDS die LINKE entstanden ist. Seitdem gab es einige gesellschaftliche Bewegungen, die sich im Sande verlaufen haben, so zum Beispiel bei Blockupy. Das ist sowohl die Chance als auch die Grenze von Bewegungen. Sie wachsen von unten, lassen sich nicht herbeiwünschen und sie sind stark mit einem Thema verbunden, was sie schnell wieder zerfallen lässt. Meines Erachtens sollte man sich als Partei nicht zu viele Hoffnungen machen, soziale Bewegungen absorbieren zu können. Jenseits von einigen Fußballvereinen sehe ich momentan keine wachsenden sozialen Bewegungen in den neuen Bundesländern.

Die PDS hat in den 15 Jahren nach der Wende gezeigt, wie eine totes-gesagte Partei zur gesellschaftlichen Kraft werden kann – ob als Oppositionsführerin im Parlament, als Partnerin für gesell-

schaftliche Bewegungen oder auch in Regierung. Lässt sich aus dieser Geschichte für die gegenwärtigen Aufgaben etwas lernen?

Sahra: Bestimmt. Zum einen wollte sich die PDS den Status einer sogenannten Volkspartei bewusst in den neuen Ländern erkämpfen. Und sie war erfolgreich. Das ging nicht, indem man sich gegenüber anderen abgrenzt hat. Letztlich hat diese Einstellung es auch ermöglicht, dass DIE LINKE entstand. Wenn die PDS gesagt hätte, wir sind uns selbst genug und brauchen keine bundesweite linke Sammlungsbewegung, dann hätte es DIE LINKE nie gegeben. Nun stehen wir vor neuen Herausforderungen und auch jetzt dürfen wir uns nicht einmauern. Denn die SPD nähert sich der 15-Prozent-Marke und ist mit den Koalitionsverhandlungen auf dem Weg, anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa in die Bedeutungslosigkeit zu folgen. Auch die Grünen haben jetzt eine Realo-Doppelspitze, setzen voll auf Merkel bzw. die Schwarze Ampel und fallen ebenfalls als Bündnispartner für einen Politikwechsel aus. Deshalb sollten wir uns an das PDS-Bewusstsein erinnern, dass wir integrativ sein müssen, um eine stärkere Linke zu formen. Wir müssen darüber reden, wie wir die von SPD und Grünen Enttäuschten für ein Bündnis für eine soziale Wende gewinnen können. Aus meiner Sicht wäre es zu wenig, wenn wir nur rufen würden: Kommt doch einfach zu uns rüber. Denn es hätte eine größere Anziehungskraft, wenn wir die Bereitschaft signalisieren würden, dass wir – ohne unsere Inhalte zu schleifen – offen für

eine neue linke Sammlungsbewegung sind. Sonst, fürchte ich, haben wir keine Chance, die rechte Hegemonie in diesem Land ernsthaft zu gefährden.

Susanna: Na, die Relevanz der LINKEN ist ja kein Zufall. Das ist vor allem Resultat jahrzehntelanger Kärnerarbeit in Kommunalvertretungen und Landtagen. Die Partei, die sich um die Menschen kümmert, das war mal DAS Markenzeichen der PDS. Nun haben sich die Welt und das Parteiensystem verändert, sicher sind einige Methoden nicht wiederholbar. Mir fällt ins Auge, dass die heißen innerparteilichen Auseinandersetzungen, zum Beispiel um Regierungsbeteiligung, für Wählerinnen bei weitem nicht den Stellenwert haben. Wir sollten also nicht vornehmlich nach innen, sondern eher nach außen orientiert diskutieren und auch Partner für unsere Vorschläge finden.

Der digitalen Revolution wird eine ähnliche, meist sogar größere Bedeutung zugesprochen. Die Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, der für viele ganz nah, im persönlichen Leben, spürbar ist. Welche Aufgaben seht ihr in diesem Zusammenhang?

Susanna: Ich wünsche mir, dass wir das Thema sowohl stärker analysieren als auch Antworten anbieten. Das bedeutet auch, dass wir uns fragen müssen, wie wir soziale Gerechtigkeit verstehen und durchsetzen wollen. Welche Partner stellen wir uns dafür vor? Die Arbeitswelt ist um Umbruch, da dürfen wir auch mit unseren Forderungen nicht in den 80ern oder 90ern verharren. Wie sieht eine gerechte Vermögensverteilung aus, wie stellen wir uns eine nicht-kapitalistische Wirtschaftsordnung im digitalen Zeitalter vor? Das sind die großen Fragen hinter ganz konkreten, etwa kommunalpolitischen Problemen. Daseinsvorsorge umfasst heute auch Netzversorgung, Ausbau etc., das hat wieder Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Ich finde, da können wir ruhig mutiger und visionärer sein.

Sahra: Zunächst dürfen wir uns nicht von der Illusion tragen lassen, der Einsatz einer bestimmten Technologie würde per se die soziale Befreiung bringen. Marx hatte zu Recht gegen die französischen sozialistischen Utopisten Einspruch erhoben, und ich finde, die Geschichte hat ihm Recht gegeben. Die Frage ist doch, wie lassen sich in diesem Bereich die Klassenkämpfe organisieren? Eine dezentralere Produktionsweise bringt immer die Schwierigkeit mit sich, die Beschäftigten zusammenzubringen. DIE LINKE muss sich stärker dieser Herausforderung stellen und die sozialen Kämpfe stärker unterstützen. Und: Wir sollten nicht versuchen, Produktivitätsfortschritte durch neue Technologien aufzuhalten, sondern wir müssen eine entsprechende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durchsetzen, damit alle davon profitieren.

Am 22. Februar spricht Sahra Wagenknecht um 18 Uhr im Leipziger Felsenkeller.

Späte Vergeltung der AKP-Diktatur

Anfang Dezember habe ich den Prozess gegen die HDP-Co-Vorsitzenden Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtas in Ankara als Prozessbegleiter der LINKEN beobachtet. Die HDP-Co-Vorsitzenden befinden sich seit etwa einem Jahr in Haft. Der türkische Staatspräsident Erdogan nutzt den bis zum heutigen Tage verlängerten Ausnahmezustand nach dem gescheiterten Putschversuch, um Kritiker, Oppositionelle und Menschenrechtler zu isolieren.

Auch die bisherigen Entwicklungen in den Prozessen um die HDP-Co-Vorsitzenden haben verdeutlicht, dass mit rechtsstaatlichen Verfahren nicht zu rechnen ist. Die Richter haben den Vorgaben des Präsidentenpalastes in Ankara Folge zu leisten. Frühere Verfahren dieser Art haben verdeutlicht, dass ihnen sonst die Brandmarkung als Putschist, Terrorunterstützer oder aber die Entlassung droht.

Am 7. Dezember 2017 wurde der Prozess gegen den HDP Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş eingeläutet. Die Staatsanwaltschaft fordert aufgrund angeblicher Unterstützung terroristischer Vereinigungen insgesamt 142 Jahre Haft. Obwohl die Anklage eine Rekordstrafe für Demirtas einfordert, wurde ihm seitens des Gerichts nicht die Möglichkeit eingeräumt, sich vor Ort zu verteidigen. Ihm wurde angeboten, von der Untersuchungshaft im westtürkischen Edirne in den Verhandlungssaal per Videokonferenz

geschaltet zu werden. Demirtas hingegen weigerte sich diese Vorgaben hinzunehmen und beantragte erfolglos, persönlich vor Gericht ohne Handfesseln erscheinen zu dürfen.

Die Verhandlung fand in seiner Abwesenheit statt und die Forderung nach Freilassung wurde durch das Gericht – wie nicht anders zu erwarten war – abgelehnt. Auch dieser Prozess fand leider in Abwesenheit internationaler

Prozessbeobachter aus dem Ausland statt. Ich war der einzige Prozessbegleiter aus dem Ausland, der sich am Prozessgeschehen beteiligen durfte. Nichtsdestotrotz protestierten vor dem Gerichtsgebäude in Sincan hunderte Anhänger gegen das Verfahren, riefen Slogans und stimmten Lieder an.

Der Verhandlungsverlauf im Prozess gegen die HDP Co-Vorsitzende Figen

Yüsekdağ ließ ebenfalls aus rechtsstaatlicher Perspektive zu wünschen übrig. Die Anträge der Verteidigung wurden zügig abgelehnt, während der Prozess verschoben wurde und erneut auf dem Gefängnisgelände in Sincan stattfinden soll.

Mit der Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien hatten diese Verfahren leider nichts mehr zu tun. Vielmehr stellen sie weitere Beispiele der systematischen Verfolgung von Andersdenkenden dar.

Insgesamt bewerte ich die aktuellen Schauprozesse als späte Vergeltung der AKP-Diktatur. Die AKP hatte insbesondere unter dem Wahlerfolg der HDP im Jahr 2015 und der starken Kampagne gegen die Präsidialdiktatur von Erdogan zu leiden.

Im Februar werden die Prozesse gegen die HDP-Co-Vorsitzenden fortgeführt. Ich werde die Prozesse nach Möglichkeit weiterhin begleiten, um neben der Berichterstattung insbesondere auch solidarische Grüße an die Genossinnen und Genossen unserer Schwesterpartei zu übermitteln. Die von der türkischen Justiz mitgetragene Verfolgung von oppositionellen PolitikerInnen, JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen wird uns die Hoffnung einer demokratischen und pluralistischen Türkei nicht nehmen können!

• Hakan Taş



Warm und kalt aus einem Mund

Im Unterinntal, so zwischen Innsbruck und Rosenheim, erzählt man sich seit jeher eine bemerkenswerte Sage: Zu einem Mann, der im eiskalten Winter Holz schlug, gesellte sich ein Waldmännchen. Weil dem Holzfäller an den Händen mächtig fror, hauchte er sich immer wieder in die hohlen Pranken. Das Waldmännchen wunderte sich, was das sollte. Auf seine Frage bekam es die Antwort, dass der Mann sich mit seinem Hauch die Hände wärmen konnte. So weit so gut. Als die Mittagszeit kam, entfachte der Holzschläger ein Feuer und bereitete sich eine Suppe. Bevor er aber nun die Suppe aß, pustete er immer wieder auf den Löffel. Dem Waldmännchen war das nicht geheuer. Es sei doch die Suppe vom Feuer her heiß genug. Warum blies dann der Gute noch daran, wie an seine frierenden Hände? Der Holzfäller erklärte, dass er dies mache, um die heiße Suppe abzukühlen. Da erschrak das Waldmännchen: „Du bist ein ganz unheimliches Wesen; aus deinem Mund kommt bald warm, bald kalt, bei dir mag ich nicht länger verweilen.“ Und augenblicklich ging das Waldmännchen davon.

Wieso fällt mir diese Geschichte gerade jetzt ein? Ich hatte sie in der Grundschule im Lesebuch kennengelernt. Assoziationen sind nicht zufällig und Erinnerungen tauchen nicht beliebig auf. Ich glaube, ich habe noch vor Kurzem gehört: „Für eine Große Koalition stehen wir nicht zur Verfügung!“ „Vor Neuwahlen haben wir keine Angst“, habe ich auch noch im Ohr. Es war wohl kalt geworden für die SPD nach der Bundestagswahl, aber man ließ es sich nicht verdrießen und hauchte sich in die Hände, um sich warm und für die künftigen Fällarbeiten fit zu halten. Als aber dieser Lindner von der FDP seinen Anspruch auf eine würzige jamaikanische Suppe plötzlich aufgab, steckten weitere Anwärter ihre Löffel weg. Ein paar Zurückgebliebene hielten hingegen das Feuer am Brennen und lockten mit Suppe und einem Platz am Tisch. Die mit den kalten Händen erinnerten sich früherer Wärme. „Ergebnisoffene Verhandlungen wären möglich“, hörte man ein Raunen. Und wenn die Suppe zu heiß würde, könnte man sie ja kühler blasen. Die Suppe war heiß. Es konnte kaum noch

kalt genug aus dem Mund kommen, der gerade noch warmen Hauch von sich gegeben hatte. Schließlich meinte man aber doch, die Suppe, die man auslöffeln sollte, auf erträgliche und genießbare Temperatur gebracht zu haben. Weil man sich jedoch nicht ganz sicher war, ließ man auch Umstehende kosten. Vielen von denen



schmeckte die Suppe freilich nicht. Sie war zu lau geworden. Man hielt es wie das Waldmännchen aus der Sage für unheimlich, wie es aus den Mündern der zu Tisch Gelockten mal warm und mal kalt gekommen war und ging davon.

Wenn es anfängt, geht es meist munter weiter. Das Erinnern der Sage war geklärt. Wer hat sie mir verraten? ... Nein, keine Kalauer. Allerdings fielen mir weitere Geschichten ein – längst

bekannt, nie vergessene und neu ins Gedächtnis geratene. Es war ein Witz dabei. Aber wer sagt denn, dass Witze nicht auch, zumindest auf vergleichsweise Art, Wirklichkeit werden können: Graf Bobby besuchte seinen Freund Rudi und zeigte ihm seinen neuen Spazierstock. Der war schön. Vor allem der kunstvoll gearbeitete silberne Knauf an seinem oberen Ende. Einen Makel hatte der Spazierstock dennoch, er war viel zu lang und ragte Graf Bobby bis über den Kopf. Deshalb war dieser traurig. Er müsse den Stock wohl um ein Stück kürzen und dabei auch den schönen Silberknauf mit wegschneiden. Rudi wandte ein, dass man von dem Stock doch auch unten etwas abschneiden könnte. Bobby schüttelte verwundert den Kopf, ob solcher Einfalt: „Unten passt er doch, oben ist er zu lang“. Er schritt zum Werk und kürzte den Stock – von oben und mit dem Silberknauf; alle Schönheit und aller Wert waren verloren. Herr Schulz und die anderen von der SPD kamen auch mit einem Spazierstock mit gediegenem Oberteil: Bürgerversicherung, Nachzug von Flüchtlingsfamilien, gesicherte Rückkehr aus Teilzeitarbeit, Reichensteuer, armutssichere Rente und vieles andere mehr waren ihr Edelmetall. Es lag gut in der Hand. Auf der falschen Seite den Stock gekürzt ließ das Silber verschwinden und machte die ganze Gehhilfe unbrauchbar.

„Ich kann nicht aus Hass schreiben“

Der Leipziger Schriftsteller Norbert Marohn war zu Gast bei Jour fixe. Von *Wulf Skaun*

Jour fixe einmal anders: Für die 29. Auflage wagten Manfred Neuhaus und Michael Zock ein Experiment. Und so kam der unkonventionelle Gesprächskreis in der Leipziger Dependence der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Mitte Dezember als gestaltetes Interview daher. Mikrofon-Profi Michael Zock befragte den einheimischen Schriftsteller Norbert Marohn (Jahrgang 1952). Das Unterfangen gelang. Nach 90 Minuten hatte das interessierte Auditorium, auch dank eigener Nachfragen, einen facettenreichen Autor und Beispiele seines ebenso facettenreichen Werks kennengelernt. Dieser Bericht kann der unorthodoxen erkundenden Dramaturgie Michael Zocks und den ebenso nonkonformistischen Ad-hoc-Reaktionen seines Gesprächspartners nicht im Detail nachspüren. Aber so viel: Des Interviewers Absicht, in einer Art Werkstattgespräch dem eigenwilligen Prosaschreiber und Versemacher hinter die Stirn zu schauen, erfüllte sich.

Denn Zocks Plan ging auf, Fühlen und Denken, Themenwahl und Aussageintentionen des vielseitigen Wortproduzenten in seinen verschiedenen Lebensabschnitten anhand ausgewählter eigener Schriften zu „entblättern“. So hätte „Zum Beispiel Kullerbude“ über die Metamorphose des VEB Wälzlagerwerk Leipzig zum Konzern, zum Konkurs, zur GmbH so nicht geschrieben werden können, wäre Norbert Marohn nicht als Betriebszeitungsredakteur nah dran gewesen und hätte er nicht die „Lust verspürt“,

öffentlich kundzutun, wie kapitalistisches „Plattmachen“ geht, aber auch durch ostdeutsche Solidarität verhindert werden kann. Je weiter Zock und sein Gast Rede und Gegenrede hiel-



Norbert Marohn HOELZ. BIOGRAFIE EINER ZUKUNFT

Lyohatz Verlag

ten, desto mehr wuchs das Verständnis im Auditorium für die arg zerklüftete berufliche Vita Marohns. Für seine Auf- und Abbrüche, wie bei den Studien der Internationalen Beziehungen und der Schauspielregie. Für die verschiedenen Lohnarbeiten, wie der eines Hotelrezeptionisten. Für einen kritisch Bewegten auf Identitätssuche. Hier brach einer nicht undiszipliniert vor unbequemen Herausforderungen ab, sondern, als Konsequenz unerfüllter Ideale, aus erkannten Irrtümern

aus und immer weiter zu sich selbst auf. Sich treu bleiben zu können, begab sich Marohn endlich, nach diesmal absolviertem Leipziger Literaturinstitut, auf den beschwerlichen Weg eines freien Schriftstellers. Nicht ohne vor neuerlichen Moralitäts-Barrieren zu scheuen: „Ich kann nicht aus Hass schreiben“, verriet er im Jour-fixe-Gespräch. Er müsse wenigstens ein wenig Sympathie gegenüber jenen Menschen hegen, die er literarisch würdigen wolle. Mit einem aristokratisch abgehobenen Salonlöwen-Rathenau sei das nicht zu machen gewesen, mit einem massenverbundenen SA-Führer Röhm schon. Zumal er über jenen temporären Hitler-Intimus die erste Biografie überhaupt im deutschsprachigen Raum schreiben und darin ein differenziertes Bild von dessen janusköpfiger Persönlichkeit zeichnen konnte. „Den wollte ich mit seinem Mitgefühl für die irreführte ‚Unterschicht‘ nicht den Rechten überlassen.“

Gebrochene, widersprüchliche, zwiespältige Charaktere, eher (nach den herrschenden Normen) Verlierer denn Sieger der Geschichte sind überhaupt Marohns bevorzugte Sujets. Über Max Hoelz, den „Roten Robin Hood“, hat er so ebenfalls ein einfühlsames Gedächtnisbuch publiziert. Auch seine Essaybände stellen Charaktere der Zeitgeschichte in den Mittelpunkt, die auf einsamem Posten stehen oder zwischen die Fronten geraten sind. Dass sein Herz links schlägt, verraten sowohl einschlägige Metaphern als

auch offene Parteinahme. Die Einladung in die Rosa-Luxemburg-Stiftung bedeute ihm doppelte Freude: „Rosa hatte ja auch ein literarisches Leben.“ Als der Schriftsteller und sein Interviewer zum krönenden Abschluss ihres informativen wie unterhaltsamen Dialogs wechselseitig Texte aus seinem Essayband „Die Angst vorm Anders“ lesen, entlarvt Marohn auch die heimtückische Ermordung der unsterblichen Kommunistin durch die Noske-Soldateska. Zock hat einen Beitrag gewählt, der dem sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow als mutigem Verfechter der Menschenrechte gilt. Beide Lesestellen – typische Marohn-Themen.

Sie provozieren noch Fragen des Publikums, wie die nach literarischen Vorbildern. Die habe er nicht wirklich. Er verehere Knut Hamsun und Anna Seghers. Aber Literaten vom Schlage Thomas Manns seien nicht seine Welt. „Bei ihm höre ich die Porzellantassen der Pringsheims klappern.“ Könne er denn sein Faible für die Biografie Gescheiterter erklären? Durchaus, er sei auf seinem Weg ins Leben selbst „grandios gescheitert“, ehe er seine Bestimmung als Autor gefunden habe. Erfolgshymnen seien nichts für ihn. „Auch über die Sorgen der Millionäre kann und will ich nicht fabulieren. Ich schreibe über die einfachen, oder wie es Werner Bräunig sagte, über die gewöhnlichen Leute.“

Warmherziger Beifall. Dank und Anerkennung für einen Gesinnungsfreund.

In Sachsen fehlen hunderte Hausärzte

Sozial-Skandal des Monats

Die Regierung sollte Lösungen suchen anstatt LINKE Vorschläge abzuschmettern, meint *Susanne Schaper*

„Wir nehmen keine neuen Patienten mehr auf. Bitte wenden Sie sich an die Kassenärztliche Vereinigung.“ Diesen Hinweis bekommen Bürgerinnen und Bürger immer häufiger zu hören oder zu lesen, wenn sie einen Hausarzt aufsuchen. Doch anstatt mit uns Lösungen zu erarbeiten und unsere Vorschläge sachlich zu diskutieren, lehnt die Staatsregierung jeden unserer Anträge arrogant ab. Und das, obwohl nach Angaben des Sozialministeriums mehr als 200 Hausärzte in Sachsen fehlen. In 22 von 47 Planungsbereichen drohe sogar Unterversorgung, vor allem im Vogtland, im Erzgebirge, in der Oberlausitz und in weiteren ländlichen Gebieten. Ein von der sächsischen Staatsregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zur ärztlichen Versorgung bis 2030 offenbart, dass drei Viertel der Hausärzte in Sachsen 50 Jahre alt oder älter sind. Das bedeutet, dass sich die Situation weiter ver-

schärft und auch Großstädte künftig nicht vom Hausarztmangel verschont bleiben werden.

Das von der Staatsregierung initiierte Stipendienprogramm ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dadurch können Medizinstudenten 1.000 Euro monatlich für 75 Monate erhalten, wenn sie sich verpflichten, im Anschluss an das Studium eine Facharztweiterbildung zum Allgemeinmediziner zu absolvieren und dann in eigener Niederlassung im ländlichen Raum zu arbeiten. Angesichts der Versorgungslücke und des hohen Durchschnittsalters der praktizierenden Allgemeinmediziner sind die Absolventenzahlen jedoch zu gering (Kleine Anfragen 6/4919 und 6/8808).

Doch nicht nur Patienten beklagen diesen Zustand. Der Hilferuf kommt aus der Ärzteschaft selbst. Sie findet

kaum Nachfolger für ihre Praxen, so dass viele gezwungen sind, länger zu arbeiten – was oft eine Einschränkung des Leistungsangebots, also der Öffnungszeiten und Hausbesuche bedeutet – oder ihre Praxis letztendlich zu schließen.

Doch neben den Folgen für Patienten und Ärzte hat dieser Zustand auch negative Auswirkungen auf Pflegebedürftige. Sie müssen in Krankenhäusern verbleiben, wenn sie keinen Hausarzt haben, der die Anschlussversorgung übernimmt. Medikamente erhalten sie für maximal drei Tage vom Krankenhaus und müssen somit immer wieder die Klinik aufsuchen, wenn sie zwischenzeitlich keinen Allgemeinmediziner finden, der ihnen ihre Medikamente verschreibt. Das bedeutet unnötigen Mehraufwand für die Betroffenen und mit den Kosten der Stipendienprogramme und Förder-

programme für die Niederlassung im ländlichen Raum gesamtgesellschaftliche Zusatzkosten für alle.

Die CDU sollte gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen Lösungen erarbeiten. Unserer Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Dazu zählen etwa eine stärkere Zusammenarbeit aller gesundheitspolitischen Akteure, bessere Rahmenbedingungen für innovative Praxismodelle und mobile Angebote, der Aufbau neuer Weiterbildungsstrukturen, mehr Studienkapazitäten im Bereich Humanmedizin oder Vereinbarungen mit den Universitäten, das Fach Allgemeinmedizin noch stärker in der Ausbildung zu berücksichtigen. Nicht zuletzt kann eine sektorenübergreifende Planung und Versorgung, die etwa durch noch mehr Medizinische Gesundheitszentren („Polikliniken“) ambulante und stationäre Strukturen verzahnt, helfen.

Für den Anfang war es schon ganz gut: „Amandla! Awethu!“ Gina Pietsch, Sängerin, Schauspielerin und Brecht-Interpretin, die neben Dr. Seltsam im Hotel Mercure in Berlin-Moabit durch das Programm der Konferenz führte, übersetzt das Motto des Tages: „Amandla, wie es Nelson Mandela dem Volke zurief, heißt so viel wie ‚die Macht‘. Die Masse ruft darauf zurück: Awethu! Das heißt wiederum so viel wie ‚dem Volke‘.“ Das Ganze wird gleich im Saal, der einer überdimensionierten Mitropa-Halle gleicht, praktiziert. Damit sind die Wörter klar – mehr wird an der Stelle nicht vermittelt, das würde auch zu weit führen. Es hätte sich aber gelohnt, an anderer Stelle tiefer ins Motto und nach Südafrika zu gehen, denn die Grußformel der Anti-Apartheid-Bewegung wird heute gern von (linken) Gegnern des ANC benutzt. Mit dieser Grußformel aber ist noch weit mehr verbunden: Sie eint die wichtigsten Stämme Südafrikas, denn sie hat in beiden Sprachen Xhosa wie Zulu die gleiche Bedeutung. Regierte mit dem ersten schwarzen Präsidenten Nelson Mandela ein Xhosa, so regiert heute mit Jacob Zuma ein Zulu. Das ist überhaupt keine Selbstverständlichkeit. Die weißen Apartheidsregierungen hatten bis 1994 nicht nur Weiße, Asiaten und Farbige begünstigt und Schwarze unterdrückt und ausgebeutet, sie hatten zugleich auch sehr viel getan, um die Schwarzen in Südafrika zu spalten. Da Xhosa und Zulu die mit Abstand stärksten Bevölkerungsgruppen in Südafrika sind, unterstützte sie eine Seite, die Zulu, förderte ihren Separatismus und setzte sie sogar als Schläger in Townships ein. Das hat Auswirkungen bis in die Gegenwart: Im ANC gab es schon immer mehr Xhosa, während sich Zulu anderweitig organisierten. Südafrika, das der Konferenz das Motto gab und in dem sich so viel abspielt, was ganz Afrika betrifft, bleibt leider auf der Konferenz völlig unterbelichtet.

Die fehlende Tiefe der XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz kommt allerdings sowohl Veranstaltern wie dem Publikum entgegen – allzu sehr hatte man in den letzten Jahren den Schwerpunkt auf Lateinamerika gelegt. Russland, China – überhaupt Asien oder Afrika spielten kaum eine Rolle. Wenn man sich aber zu lange auf einen Schwerpunkt fixiert, droht die Gefahr, Schlagseite zu bekommen und den Rest der Welt aus den Augen zu verlieren. Etwas zerknirscht wurde denn auch eingestanden, dass man mit der Idee der konferenzbegleitenden Kunstausstellung gescheitert ist: Eigentlich wollte man unter dem Motto „Afrika am Scheideweg – Aufbau oder Migration“ Kunst von afrikanischen Künstlern zeigen. Nun zeigte man mit wenigen Ausnahmen Kunstwerke von Deutschen, die zwar exakt zum Thema passen, aber genau das wollte man gar nicht machen. Die Ursache? „Weil wir kaum Kontakte nach Afrika haben.“ Wenn man an die engen Kontakte der DDR zu Äthiopien, Angola, Algerien, Namibia, Libyen und Mosambik denkt und weiß, dass der derzeitige wichtigste Oppositionspolitiker Kenias

Afrika in Moabit

Die jüngste Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz widmete sich dem Nachbarkontinent. *Ralf Richter* hat sie besucht

für einen Tag war es der totale Overkill, wie man Neudeutsch zu sagen pflegt. Im Ohr behält man die Bemerkung Achille Mbembes, Professor aus Kamerun, der derzeit in Johannesburg lehrt und über die Afrikanisierung der Welt spricht: „Zwölf Stunden fliegt das Flugzeug von Casablanca bis Kapstadt – so groß ist Afrika – und der Kontinent hat auf absehbare Zeit mit Abstand die jüngste Bevölkerung der



Raila Odinga schon mal zum Ehemaligentreffen der Absolventen der Uni Magdeburg fährt und ein guter Freund der Sohnes von Stephan Hermlin, dem bekannten Swing-Musiker Andrej Hermlin ist, der seinerseits mit einer Kenianerin verheiratet ist und Kenia gut kennt und gelegentlich dort lebt, hätte man doch nur innerhalb Berlins die Beziehungen spielen lassen können – es wäre so viel möglich gewesen.

Was ist gelungen? Sehr, sehr vieles! Bei allen Schwächen ist es ein Aufbruch zu neuen Ufern, und nur weil die allzu fremd scheinen und vernachlässigt wurden in den letzten Jahrzehnten, fällt es nicht so ganz leicht, überhaupt einen Kurs zu finden. Zu vieles soll vermittelt werden, weil so vieles unbekannt ist. Deshalb gibt es erstmals keine richtigen Pausen. Das Programm beginnt um 10 Uhr mit der Ingoma-Trommelgruppe Berlin (eine gemischte afrikanische Gruppe, die richtig für Stimmung sorgt – da kommt lautstark buntes optimistisches afrikanisches Leben in die Bude) und endet mit Singen der Internationale 20 Uhr. Dazwischen jede Menge Informatives. Der Umweltschützer, Dichter und Träger des alternativen Nobelpreises Nnimmo Bassey aus Nigeria berichtet darüber, wie sich Ausbeutung und Umweltver-

schmutzung für das internationale Kapital rentiert. Eine ehemalige Sozialministerin (Clothilde Ohouochi) der Elfenbeinküste erzählt von der Einmischungspolitik des französischen Imperialismus ihr Land betreffend. Eine Brücke von Asien nach Afrika schlägt Professor Xiaoquin Ding von der Uni Shanghai mit seinem Vortrag „Wie unterscheidet sich Chinas Rolle in Afrika von jener der imperialistischen Hauptmächte?“ Zum ersten Mal erfahren Zuhörer in Berlin etwas zu den verschiedenen Phasen der chinesischen Afrikapolitik, die sich wandelte von einer reinen Unterstützungspolitik hin zu einer Partnerschaft – sicherlich hätte es jede Menge Fragen gegeben, aber der Zeitplan lässt das nicht zu. Da kommt der Vize-Außenminister Venezuelas mit einer Delegation seines Landes und erläutert schnell die Lage in seinem Land, es gibt Grußbotschaften aus einem Gefängnis in den USA sowie vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels. Der kubanische Philosoph und Journalist Enrique Ubieta erläutert die kubanischen Einsätze in Afrika damals und heute – dazwischen viel Musik, Kunst-Performances. Eine Initiative erinnert an Oury Jalloh, den Senegalesen, der 2005 in einem Dessauer Polizeiarrest unter bis heute ungeklärten Umständen verbrannte. Kurz: Das Programm hätte für zwei Tage locker gereicht –

Welt. In Afrika steht die letzte Frontlinie gegen das Kapitalismus – in der Gegenwart wird das nur von einem Land verstanden: In China!“

Wer nach diesem Tag keine Lust auf Afrika hat und nicht nach afrikanischen Kulturvereinen in der Umgebung schaut, dem ist nicht zu helfen. Fazit: Die „unbekannten Nachbarn“ werden sich in der nächsten Zeit näherkommen – und das wird zu vielen neuen Erkenntnissen auf beiden Seiten führen. Die Veranstalter der Rosa-Luxemburg-Konferenz aber müssen sich überlegen, ob sie entweder die Konferenz auf zwei Tage ausdehnen, was vermutlich an der Kostenfrage scheitert, oder eine andere Lösung finden, in dem man parallel in Räumen mehrere Veranstaltungen stattfinden lässt. Alles kann man sowieso nicht in sich aufnehmen. Entweder Reduktion oder Neu-Organisation sollte im nächsten Jahr allen Beteiligten im wahrsten Sinne des Wortes etwas Luft schaffen – und die soll ja in Berlin bekanntlich besonders gut sein. Aber ganz Afrika an einem Tag? Es war ein Versuch, für den man auf jeden Fall dankbar sein sollte. Allen Widrigkeiten zum Trotz war es ein wundervoller Tag. Die Besucher waren am Ende zwar ziemlich fertig, aber irgendwie doch auch sehr zufrieden, weil es sich gelohnt hat.

Die Geschichte des Rassismus in Ostdeutschland beginnt vermeintlich erst in der Wendezeit. Damals erlangten die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen eine überregionale, traurige Berühmtheit. Auch die rassistisch motivierten Morde an Einzelpersonen wie Amadeu Antonio Kiowa, Jorge Gomondai, Nuno Lourenço und nicht zuletzt Oury Jalloh sind in diesem Zusammenhang zu betrachten. Jedoch ist die bloße Aufnahme eines Ist-Zustandes, gemessen an einem mehr oder wenig beliebig gesetzten Ausgangspunkt, nicht besonders zielführend für die Aufarbeitung des Rassismus der (ost-)deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Gehen wir weiter zurück in die DDR, so lässt eine Beschäftigung mit der Situation der circa 90.000 Vertragsarbeiter_innen, ihren strukturell und direkt diskriminierenden Alltagserfahrungen¹ und schließlich auch mit den von der Staatsführung vertuschten rassistischen Morden² den Schluss zu, dass bereits hier eine von der offiziellen Staatsräson abweichende rassistische Stimmung wahrzunehmen war. Die scheinbar plötzliche, brutale und breit getragene Entladung in der Wendezeit erscheint somit nicht mehr als zusammenhanglos und unvermittelt, sondern muss als Kontinuität verstanden werden. Dabei beabsichtige ich hier keine generelle Diffamierung meiner Eltern- und Großelterngeneration. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir knapp 30 Jahre nach der Wende offen auch über die Schattenseiten dieses deutschen Staates reden müssen, zu einem Zeitpunkt, in dem sich die in der DDR sozialisierten rechten Hetzer_innen die Rückkehr in eine vermeintlich bessere Zeit herbeifantazieren.

1 Waibel, Harry: Der gescheiterte Antifaschismus der SED. Rassismus in der DDR. 2014.
2 www.bit.ly/2DEpwal

Die Wurzeln des Rassismus

Die Geschichte des Rassismus im Osten begann weit vor 1989, meint *Max Wegener*

Mein Vorschlag endet jedoch nicht an dieser Stelle. Vielmehr müssen wir die Grundlagen des mehrheitsfähigen Rassismus noch weiter in der Vergangenheit suchen. Ich rede dabei nicht unbedingt von der NS-Zeit, hierzu wurden umfassende Bücher geschrieben, die ganze Bibliotheken füllen. Ich setze noch eher an, denn auch die faschistische Ideologie ist ohne bestimmte Grundlagen nur schwer vorstellbar. Naheliegender ist eine Einbettung in die damalige koloniale Weltordnung. Demnach ist der NS zwar nicht nur wegen des Kolonialismus entstanden, hat da-

raus aber fundamentale Vorstellungen und Strategien übernommen. Zu nennen sind hier die ersten Konzentrationslager Deutschlands in Deutsch-Südwestafrika, die seit 1904 während des Hererokrieges eingerichtet wurde, aber auch die in mindestens drei großen Kolonialkriegen³ erprobte Militärstrategie der verbrannten Erde, die zu vielen zehntausenden afrikanischen Opfern führte. Rechtfertigbar wurde diese Skrupellosigkeit nicht zuletzt mittels der im 19. Jahrhundert entstandenen kolonialen Wissenschaften wie der Geografie und den Regionalwissenschaften, mit deren Hilfe die koloniale Beherrschung als Ausdruck einer zivilisatorischen Mission verkauft werden konnte.

Von unserer heutigen Lebenswirklichkeit mag dies unvorstellbar weit entfernt sein, schließlich spielt das koloniale Erbe Deutschlands im offiziellen Geschichtsdiskurs keine spürbare Rolle. Während die Aufarbeitung der NS-Diktatur zum Dreh- und Angelpunkt unserer heutigen Demokratie erhoben wurde, findet eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen des deutschen Imperiums und der in die-

3 Hererokrieg, Wahehe-Aufstand und Maji-Maji-Krieg



ser Zeit entstandenen kolonial geprägten Erklärungsmuster maximal im akademischen Raum statt. Dabei sind die Spuren von damals noch heute in den Straßen unserer Städte sichtbar – und zur gleichen Zeit kaum wahrnehmbar. Gründe hierfür sind in den erinnerungspolitischen Prioritäten beider deutscher Staaten zu suchen. Während in der BRD mit Konrad Adenauer ein vormaliger Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Kanzler wurde und das koloniale Erbe erst durch die 68er infrage gestellt und in der Folge dessen Spuren verwischt wurden, machte sich die Staatsführung im Osten dies bereits seit den 1950er Jahren zur Aufgabe. Straßen wurden umbenannt, Denkmäler gestürzt. Nichts sollte mehr an dieses Kapitel erinnern.

Obwohl die DDR sich nach außen als antikolonialer, antirassistischer und antifaschistischer Staat verstand, waren diese Ansprüche stets ideologisch begründet, nicht zuletzt mit der Maxime der internationalen Völkersolidarität und der Unterstützung der sozialistischen „Bruderstaaten“. Diese Ansprüche fanden aber oft keine reale Entsprechung innerhalb der Gesellschaft. Schließlich wurde der (Neo-)Kolonialismus offiziell als kapitalistische Strategie entlarvt, aber die kolonial geprägten Deutungsmuster im Umgang mit dem „Anderen“, dem Nicht-Europäischen, blieben unaufgearbeitet und im Dunkeln, ebenso wie die rassistischen Übergriffe seitens der DDR-Bürger_innen.

Heute findet eine solche Aufarbeitung punktuell statt, in postkolonialen lokalgeschichtlichen Initiativen beispielsweise in Dresden und Leipzig, aber auch wie jüngst im Fall Oury Jallohs durch zivilgesellschaftliche Bündnisse. Für die Opfer rassistischer Gewalt jedoch kommt dies erheblich zu spät.

Neuer „Traditionserlass“ für die Truppe

Der Komponist Gustav Mahler nannte Tradition „Schlamperei“. Diesen Eindruck könnte man haben, wenn man bedenkt, dass der letzte Traditionserlass der Bundeswehr 1982 von Hans Apel (SPD) verabschiedet wurde. Was ist nicht alles seitdem passiert! In vier Workshops diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Bundeswehr die neuen „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“. Jetzt liegt ein erster Entwurf vor. Tradition wird als „Kern der Erinnerungskultur“ der Armee definiert. Grundlage sei das Wertefundament des Grundgesetzes. Aber: „Tradition ist nicht Geschichte, sondern eine absichtsvolle und sinnstiftende Auswahl aus ihr“. Lassen sich Geschichte und Tradition derart trennen? Der Nestor der DDR-Militärgeschichtsschreibung, Reinhard Brühl, meinte jedenfalls: „Geschichte ist geronnene menschliche Tätigkeit und Politik – mit all den sich darin ausdrückenden Interessen und Interessengegensätzen.“ Das trifft besonders auf deutsche Streitkräfte zu, deren Agieren nie von der Politik zu trennen war.

Die „Historischen Grundlagen“ konstatieren die Prägung deutscher Geschichte durch Zäsuren. Man schreibt vom folgenschweren Missbrauch militärischer Macht, vor allem während der Nazierrschaft. Gefolgert wird, die Bundeswehr sei sich des gespaltenen Erbes der deutschen Geschichte bewusst. In einem Unterabschnitt wendet man sich den deutschen Streitkräften bis 1945 zu. Sie waren demnach „bis zum Ende der Kaiserzeit loyale Machtinstrumente ihrer feudalen Landesherrn und stabilisierender Bestandteil“. Die Reichswehr von Weimar wurde zwar als erste gesamtdeutsche Armee auf deren Verfassung vereidigt, blieb aber großteils einem vor- und antidemokratischen Geist verhaftet. Der Wehrmacht wird bescheinigt, dem NS-Unrechtsregime gedient zu haben, in dessen Verbrechen sie schuldhaft verstrickt war.

Nachfolgend widmet man der NVA ein paar Zeilen. Ihr Traditionsverständnis und Fahnenleid hätten sich aus ihrem Selbstverständnis als sozialistische Klassen- und Parteiarmee abgeleitet,

die, von der SED geführt, zu ihrer Herrschaftssicherung beitrug. Aber sie konnte auch friedlich (!) davon loslassen – durch das verantwortungsvolle Handeln hoher NVA-Offiziere. Jedoch soll das im neuen Traditionserlass offenbar keine positive Würdigung erfahren. Die Bundeswehr wird charakterisiert als Parlamentsarmee unter demokratischer Kontrolle. Ferner ist die Rede von den Werten des Grundgesetzes sowie vom mündigen Staatsbürger in Uniform. Letzteres klingt gut, aber manches von dem, was der Wehrbeauftragte dem Bundestag alljährlich berichten muss, macht diesen Anspruch zur Worthülse.

Im Punkt 3 äußert man sich zum Traditionsverständnis der Bundeswehr und nennt aus Sicht der Autoren einige besondere Leistungen, die erbracht wurden, unter anderem: das treue Dienen in Freiheit, der Beitrag zum internationalen Krisenmanagement, ihre Bewährung in Einsätzen und im Gefecht, die Bewahrung von Freiheit und Frieden im Kalten Krieg und das Eintreten für die deutsche Einheit und die Integrations-

leistung der Bundeswehr. Im Weiteren werden Aufgaben und Pflichten aufgezählt: Achtung der Menschenwürde, Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht sowie die Verpflichtung auf Freiheit und Frieden. Nun, mit dem Völkerrecht scheint es die Bundeswehr nicht so genau zu nehmen, man erinnere sich nur an ihren ersten Kriegseinsatz nach 1945 im Kosovo, 1999. Auch ihre militärische Kompetenz ist zweifelhaft, wenn (Stand November 2016) nur 28 von 74 Tornado-Flugzeugen und zwei von vier U-Booten 212 A einsatzfähig und nur 95 von 244 Leopard-2-Panzern gefechtsstüchtig sind.

Hinzu kommt die undifferenzierte Einordnung der NVA in das Traditionsbild der „Armee der Einheit“. So werden Wehrmacht und NVA wortgleich als Institution eingestuft, die für die Bundeswehr keine Tradition begründen. Immerhin haben die DDR-Streitkräfte keine Raubkriege und keinen Völkermord in zu verantworten. Ist das ohne Bedeutung?

• René Lindenau

Sachsen, die sich um ihre Heimat sorgen, können stolz sein auf jene „Aktivisten der ersten Stunde“, die im Mai 1945 inmitten der Trümmer und verzweifelter Menschen das Heft des Handelns in die Hand nahmen. Sie waren nicht von Machtstreben und Geldgier getrieben, sie wirkten für ihr geliebtes Land. Zu ihnen gehörten Dr. Rudolf Friedrichs erster Ministerpräsident, Otto Buchwitz, erster Landtagspräsident und Max Seydewitz, Friedrichs Nachfolger im Amt. Hier soll an Max Seydewitz erinnert werden.

Von Beruf Buchdrucker, wuchs er in der Weimarer Zeit in der SPD zum Volkstribun, der gegen Rüstung und Kriegsvorbereitung kämpfte. Als die SPD mit der Müller-Regierung mit der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau 1928 öffentlich auf den Kriegskurs einschwenkte, gründete Max Seydewitz mit anderen „linken“ Sozialdemokraten (wie Willy



„Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus“

Birger Höhn hat vor kurzem seine Biografie unter dem Titel „Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus“ herausgebracht. In leicht verständlicher Sprache beschreibt er eindrucksvoll und bewegend seinen bisherigen Lebenslauf. Es gibt schon einige Menschen mit Autismus, die ihre Biografie herausgebracht haben. Das Besondere an diesem Buch ist, das es auch ein politisches Buch ist, da es Bezug nimmt auf die Themenfelder Inklusion und auch auf die katastrophale Sozialpolitik der Bundesregierung.

Das Buch ist nicht im Buchhandel erhältlich, sondern kann bei Birger selber unter seiner Mailadresse birger.hoehn@dielinke-dresden.de, beim Verlag Edition Freiberg unter www.edition-freiberg.de oder bei den Lesungen erworben werden. Es kostet 5 Euro und umfasst 80 Seiten. Bei Versand kommt ein Euro Versandkosten hinzu. Derzeit ist am 9. April um 18 Uhr in der WIR AG eine Lesung mit Katja Kipping geplant. Außerdem wird es eine Lesung in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung geben.

„Man muss selber brennen, wenn man auf andere zündend wirken will“

Prof. Dr. Horst Schneider erinnert an Max Seydewitz, der am 19. Dezember 1882 geboren wurde



Foto: Deutsche Fotothek

Brandt) die Sozialistische Arbeiter Partei. Sie wurde kaum wirksam. Im Januar 1933 setzten Monopolisten und Generale Hitler auf den Thron. Für Max Seydewitz begann die bittere Zeit der Emigration. Weil er von Schweden aus den Widerstand gegen Hitlerdeutschland fortsetzte, wurde er 1942 eingesperrt, aber auch im Gefängnis Lund setzte er seinen publizistischen Widerstand gegen Hitler fort.

Nach dem Kriegsende führte der Weg von Max Seydewitz über verschiedene Zwischenstationen in seine geliebte Wahlheimat Sachsen zurück. Nach dem Herztod von Ministerpräsident Friedrichs im Juni 1947 wurde von den zuständigen Gremien Max Seydewitz als Nachfolger auserkoren. Das war ein Glücksfall für Sachsen. Als überzeugter Verfechter der Arbeitereinheit war er inzwischen Mitglied des Parteivorstands der SED geworden. Max Seydewitz war ein Redner, der begeistern und überzeugen konnte. Er war ein Organisator, der seinen „Apparat“ effektiv einsetzte. Und er war in Kunst und Literatur hoch gebildet. Die Dresdner Kulturwelt betrachtete ihn als einen der

Ihren. In seine Amtsjahre fielen Aktionen, die die Volkswirtschaft ankurbelten, wie „Max braucht Wasser“, an der Zehntausende Jugendliche mitwirkten; der Wiederaufbau des Zwingers; die Wiederherstellung des Schauspielhauses; die Rückkehr jener 1.240 Gemälde aus der Dresdner Galerie, die sich seit 1945 in Moskau und Leningrad befanden. Dieses glanzvolle Kapitel Dresdner Kulturgeschichte ist ohne die Würdigung der aufopferungsvollen Arbeit Max Seydewitz nicht denkbar.

Nach der Aufgliederung der Länder in Bezirke und eine schwere Erkrankung (Lungenriss) musste sich Max Seydewitz bei der Arbeit zurückhalten. Als 1955 ein Generaldirektor für die Dresdner Kunstsammlungen gesucht wurde und sich zeigte, dass Max Seydewitz wieder arbeitsfähig war, fiel die Entscheidung zu seinen Gunsten. Heute würde posaunt, Seydewitz erreichte den Gipfel seiner Karriere, den Professorentitel und manche internationale Anerkennung. Max Seydewitz arbeitete für den Ruf und Ruhm der Kunststadt Dresden. Wer eifert ihm nach, dem Ehrenbürger?

Lyrisches

CDU CSU

*arm an warm durchbluteter
Christlichkeit
umarmt reichumsfördernd Reiche
zeigt immer mehr Menschen mit
Minus-Konto
die profitfroste Schüler*

• Jürgen Riedel

In mir

*Eisschmelze
Eiszeit
noch*

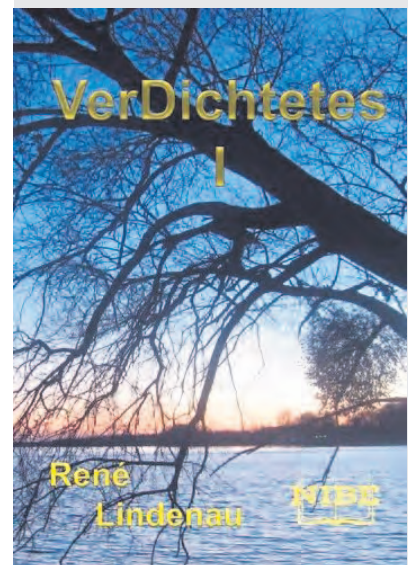
Kalt

*stapfe ziellos durch ein
Menschenmeer
leer der Blick
auf mich*

Vertrag?

*Große Koalition
Eiertanz der Eitelkeiten*

• Janina Niemann-Rich



Buchtipps

Geboren in Waren/Müritz, hat es René Lindenau nun schon vor vielen Jahren nach Cottbus verschlagen. In dieser Stadt entstanden auch alle Arbeiten in diesem Band. Untermalt sind die Texte vielfach noch mit Fotos des Autors. Was Sie in den Händen halten, ist Gedachtes, Erdachtes, Alltägliches, Empfundenes, sowie Beobachtungen. Manches zwischen Wahrheit und Fiktion. Letzteres entscheiden Sie selbst. Es ist nun an Ihnen, dem Wort-Sinn oder den Sinn-Bildern zu folgen. In einen Rahmen gestellt und an die Wand gebracht – vielleicht erkennt sich darin jemand wieder – im Spiegel, den uns das Leben so vorhält.

René Lindenau - VerDichtetes I, 176 Seiten, Softcover DinA5, NIBE-Verlag, 14,95 Euro.

„Elmar Faber kämpfte für die Bücher und die Autoren“

Abschied vom Verleger mit einer fulminanten Rede Christoph Heins. Von *Volker Külöw*

„Man hebt den Vorhang auf und tritt auf die andere Seite.“ Mit diesen Worten beginnt Michael Faber die bewegende Trauerfeier für seinen Vater am 19. Dezember 2017 auf dem Leipziger Südfriedhof. Er erinnert sich damit an die Momente, wenn der Verleger, der am 3. Dezember 2017 im Alter von 83 Jahren gestorben war, ein seltenes Buch aufschlug. In der vollen Kapelle ergreift nach dem Streichquartett op. 30 F-Dur von Carl Reinecke dann Christoph Heins das Wort, der unter dem Motiv „Elmar Faber kämpfte für die Bücher und die Autoren“ eine grandiose Rede hält. Zunächst ruft er der Familie zu, dankbar zu sein „für das Glück, über Jahrzehnte mit diesem tollkühnen Husaren gelebt zu haben“. Die Rede des Schriftstellers bildet das emotionale Spektrum ab; auch der warme Humor des Verlegers kommt nicht zu kurz, wenn der Schlesier Heins mit leichter Ironie von der felsenfesten Überzeugung des gebürtigen Thüringers Faber berichtet, dass Thüringer Bratwürste und Liedgut die besten seien.

Die Rede Heins hat eine Vorgeschichte, denn acht Tage vor seinem Tod hatte Elmar Faber seinen einstigen Bestsellerautor gebeten: „Sag am Grab die Wahrheit, Christoph. Du kennst sie, du kannst sie sagen.“ Und der Redner scheut sich nicht, die Verwerfungen der deutsch-deutschen Geschichte beim Namen zu nennen. „Nach der Wende wurde der Osten demokratisiert.“ Scheinbar unverfänglich beginnt Heins, um dann umso unmissverständlicher seine Kritik an den von der Alt-BRD initiierten Fehlentwicklungen auszusprechen. „Das große Staatsziel hieß: De-

legitimierung des anderen deutschen Staates, und bald gab es den Auftrag: Austausch der Eliten.“ Der sprachempfindsame Autor zeigt auf, dass es sich dabei um ein abgewandeltes Wort der Lingua Tertii Imperii (LTI) handelt. Als seltsam charakterisiert er auch den Rückgriff auf „das Wort Aufbau Ost als Bezeichnung der wirtschaftspolitischen Dekrete zu Anpassung der neuen Bundesländer an den Westen“. Der Begriff stammt ebenso aus der LTI. „Das Planungsamt des Reichskommissariats erstellte den Plan für die Kolonialisierung und Germanisierung von Teilen Osteuropas. Der zuständige Wirtschaftsstab Ost nannte das das Programm seinerzeit

zynischerweise Aufbau Ost.“ Wieso benutzte man 1990 diese Sprache? Heins: „Nach 1945 gab es keinen Austausch der Eliten in der neu gegründeten Bundesrepublik, ganz im Gegenteil... inzwischen übernahmen die Kinder dieser Eliten, dann ihre Kindeskiner. Ist die Verwendung der Sprache des LTI eine Reminiszenz an das alte Bauern-Kriegslied ‚Geschlagen ziehen wir nach Haus / Unsre Enkel fechtens besser aus?‘“ Heins verurteilt nicht nur das westliche Herrenmenschentum gegenüber Ostdeutschland, sondern wirft auch einen kritischen Blick auf die DDR, insbesondere auf die Zensurpraxis, die von ihm couragiert thematisiert und bekämpft

wurde. Elmar Faber erwies sich in dabei als „Mann von Mut und Ehre“. Bewundernd erzählt der Autor von „Horns Ende“, wie der Leiter des Aufbau-Verlages dieses Manuskript zum Druck freigab, obwohl Politbüromitglied Kurt Hager sein Veto eingelegt hatte. Hinterher wurde Faber im ZK maßlos beschimpft, die Angst der Parteioberen vor den Westmedien rettete ihm aber den Kopf.

Am Ende ergreift Peter Sodann das Wort und trägt Gedichte von Wolfgang Borchert, Rainer Maria Rilke und Hans Sahl vor, bei dem es heißt: „Ich weiß, daß ich bald sterben werde. Ein Gast nimmt leise seinen Hut und geht.“



Foto: André Kemper

Sie lehrte ihre Schüler, die Fußnote zu ehren

Publikation der RLS Sachsen erinnert an die Historikerin Jutta Seidel. Von *Wulf Skaun*

Was wüßten wir über Wilhelm Bracke, außer dass er Adressat von Marxens Kritik am Gothaer Programm gewesen ist? Wohl nicht viel mehr, hätte ihn nicht Jutta Seidel als einen der ersten Arbeitervorteiler im Reichstag neben August Bebel ins Zentrum ihrer Forschungsarbeit gestellt. Wer Seidel denkt, denkt auch Bracke. Ihre mehrfach aufgelegte biographische Studie über ihn erschien sogar auf Chinesisch. Das war noch lange nicht alles. Wie viele Spuren die Leipziger Historikerin (1931–2017) im wissenschaftlichen, gesellschaftspolitischen und privaten Leben hinterlassen hat, bezeugt die von Manfred Neuhäus und Peter Porsch herausgegebene Schrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen „Zum Angedenken an Prof. Dr. Jutta Seidel“. 15 Kollegen, Freunde und Wegbegleiter haben ihre Erinnerungen dokumentiert. So ist das biographische Panorama einer außergewöhnlichen Hochschullehrerin, Forscherin und Weggefährtin, einer verlässlichen Partnerin und solidarisch-sorgenden Mitstreiterin, nicht zuletzt einer geselligen, großzügig-gastgebaren Gastgeberin entstanden.

Manfred Neuhäus, einer ihrer engen Vertrauten, würdigt ihr Forschungswerk mit warmherzig-erhellenden Worten. Wer wissenschaftliche Klasse und Innovation mit dem Namen Seidel verbunden und dabei nur auf Helmut bezogen hatte, wird eines Besseren belehrt. Zwar sei sie mit ihrem Ehemann, dem berühmten Philosophen, zu Recht als wissenschaftliche Symbiose wahrgenommen worden, doch sei auch Jutta ein unabhängig-originärer Kopf gewesen. Als erste ordentliche Professorin der historischen Wissenschaften an der Leipziger Universität habe sie ein eigenes Forschungsprogramm über die internationale Arbeiterbewegung realisiert. Ihre Schüler habe sie durch Förderung gefördert. Möchten deren Ideen mitunter noch so hochfliegend gewesen sein, für ihre wissenschaftliche Begründung verordnete die Mentorin Kärnerarbeit. Das bedeutete zuvörderst: gründlichstes Studium der Originalquellen und demütig-kritisch-exakter Umgang mit Fußnoten. Die Seidelsche Maxime für die Darstellung des jeweiligen Ertrags forderte dann auf den Begriff

gebrachte, dem Gegenstand angemessene, verständliche Sprache statt luftig-beliebigen Geschwurbels.

Jutta Seidels Wissenschaftsethos und ihre historiographischen Verdienste würdigen in der Gedenkschrift auch Ursula Herrmann, Ursula Wittich, Annelies Laschitzka, Harald Koth, Gerd Callesen. Kurt Schneider, Klaus Kinner, Konstanze Caysa/Volker Caysa (†), Harry Stein und Volker Külöw heben die traditionsbewusst linke Dimension ihres historischen Denkens besonders heraus. Günter Benser erinnert an gemeinsame ABF-Tage, Horst Richter an miteinander absolvierte Studienjahre in Moskau und das Engagement der einstigen Studienkollegin in der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaftsgesellschaft. Die private Jutta als Mutter, Ehegattin, Gastgeberin und Freundin stellt Siegfried Kätzel vor. Wer, wie der Autor dieser Zeilen, die Professorin seit den 1970ern aus akademischer Partei- und in den letzten Jahren aus überzeugter Stiftungsarbeit kannte, kann Peter Porsch's Nachruf auf „eines

unserer profiliertesten Mitglieder“ und seiner pointierten Betonung ihrer ungeborenen Parteilichkeit nur zustimmen: Sie schwieg nicht, wenn es zu reden galt.

Das liebevoll von Daniel Neuhäus gestaltete Bändchen präsentiert auch eine Reihe aussagekräftiger, erstmals veröffentlichter Fotos. Sie veranschaulichen den Weg Jutta Seidels von der 15-jährigen KPD-Genossin bis in die Gegenwart. So sind „Otlitschno“-Zeugnisse eines bravourösen Universitätsstudiums, Umschläge erfolgreicher Publikationen aus ihrer Feder, die Ruhestandlerin mit ihren Schülern und ihrem ersten Urenkel zu sehen. Summa summarum: Wer die große Persönlichkeit kennenlernen will, schöpft in der Gedenkschrift aus der reinen Quelle.

„Du hattest so gar nichts von einer ‚großen Wissenschaftlerin‘ an Dir und bist es doch gewesen.“ *Zum Angedenken an Prof. Dr. Jutta Seidel. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2017. 92 S. mit Abb. ISBN 978-3-947176-03-8*

Mit heutigem Wissen, aber auch mit der notwendigen Kompetenz hat Stefan Bollinger eine Arbeit zum 100. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution 1917 vorgelegt, die sich von so mancher Publikation zu diesem welthistorischen Ereignis positiv unterscheidet. Die vorherrschende Meinung aller an Marx geschulten Sozialdemokraten war, wie Bollinger im historischen Rückblick vermerkt, eindeutig: Russland ist nicht reif für eine sozialistische Revolution. Die soziale und politische Hauptkraft eines derartigen gesellschaftlichen Umsturzes, die Arbeiterklasse, soweit vorhanden und organisiert, ist noch zu schwach. Lenins Sichtweise hingegen konzentrierte sich auf Tendenzen der aktuellen Entwicklung. Er sah, wie Bollinger schreibt, dass in der russischen Arbeiterschaft eine Klasse *an sich* zu einer Klasse *für sich* heranwuchs. In den wirtschaftlichen Zentren hatte sich eine leistungsstarke, international konkurrenzfähige Industrie entwickelt. Der russische Kapitalismus hatte seine imperialistischen, monopolkapitalistischen Züge in rasantem Tempo ausgeprägt. Zugleich war eine „kämpferische Arbeiterschaft“ herangewachsen, „die sich organisierte, die Gewerkschaften schuf und massenhaft in sie eintrat, die sich für linke Agitation und Organisationsarbeit als offen, als fruchtbar und inspirierend erwies“. Eine Generation von linken Arbeitern hatte fähige Parteiführer hervorgebracht.

Bollinger skizziert den revolutionären Umbruchprozess in Russland, der sich in der gescheiterten Revolution von 1905 bis 1907 erstmals manifestiert hatte und in den Auseinandersetzungen des Jahres 1917 seinen Höhepunkt fand. „Aus der Massenbewegung“, betont er, „erwachsen die Bolschewiki als handlungs- und kampffähige Partei, formierten sich die Roten Garden, die im Oktober diese Massenbewegung wohl organisiert zum Sieg führten.“

Es war die Zeit, in der die Arbeiterbewegung Klarheit über ihre Stellung zur Bourgeoisie im neuen gesellschaftlichen Gesamtgefüge erlangen musste. Dazu hatte Lenin in aller Deutlichkeit

Vom Proletariat im Stich gelassene Revolution

Stefan Bollinger hat ein neues Werk zur Oktoberrevolution vorgelegt. *Prof. Dr. Kurt Schneider* findet: Es sticht positiv hervor.



zum Ausdruck gebracht: „Die bürgerliche Revolution“, schrieb er, „ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“ Wenn jedoch in einer revolutionären Situation wie in Russland sich

die Bourgeoisie als zu schwach, ja unfähig erwies, die ihr von der Geschichte auferlegte eigene Revolution durchzuführen und damit insbesondere bürgerliche Demokratie, Freiheitsrechte und Gleichheit vor dem Gesetz im Vollzug der Errichtung einer parlamentarischen bürgerlich-demokratischen Republik sowie die Aufhebung der Vorherrschaft des Adels und die Lösung der Agrarfrage zu Gunsten der Bauern zu verwirklichen, „dann *musste* diese Revolution“, wie Bollinger unterstreicht, „von jenen angetrieben werden, die eigentlich mehr wollten, die aber bereit waren zu handeln. Das war die Arbeiterklasse und ihre Partei.“ Daraus ergab sich, dass die Russische Oktoberrevolution 1917 auch zu Maßnahmen gezwungen war, die sich nicht aus dem ureigenen Wesen einer sozialistischen Revolution ergaben, sondern aus dem Fehlen der durch eine bürgerliche Revolution zu erbringenden historischen Leistungen.

Hinzu kam, dass ihr Ausgangspunkt der Aufstand gegen den imperialistischen Weltkrieg war, den die Führung der internationalen Sozialdemokratie nicht auf revolutionäre Weise zu beenden bereit war. Demgegenüber waren die Beendigung des Krieges um jeden Preis und die Sicherung des Friedens erstrangige Aufgaben der Oktoberrevolution. Am 25. Oktober 1917 sprach Lenin da-

von, dass mit der siegreichen Erhebung das russische Proletariat „seine Schuld gegenüber dem internationalen Proletariat beglichen habe“, indem es „einen fürchterlichen Schlag gegen den Krieg“ geführt hat. Seine Annahme, dass diesem „die siegreiche Erhebung des Proletariats in der ganzen Welt“ folgen werde, erwies sich jedoch als Trugschluss. Rosa Luxemburg vermerkte dazu, „abgesehen von einigen tapferen Anstrengungen“, die russische Oktoberrevolution „von den Proletariern aller Länder im Stich gelassen“ worden ist.

Eindringlich unterstrich Lenin, dass es ein „großer Fehler“ wäre, die unverzichtbaren Attribute der russischen Revolution auf mehr als einige Grundzüge auszudehnen, sie zu allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu stilisieren, was jedoch später in der Stalin-Ära der Fall war. Ebenso wäre es verfehlt, außer Acht zu lassen, dass „nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintritt, dass nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im sowjetischen und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird“. Was Lenin nicht durchschaute, war – Bollinger verweist darauf – dass die neue Macht und ihre Träger – die Politiker und Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft und erst recht in den Sicherheitsapparaten – ein Eigenleben entwickelten und selbst zu einer in sich strukturierten machtausübenden Schicht, zu einer „bürokratischen Klasse“ wurde.

Zahlreiche längere zeitgenössische Texte neben Tabellen und Eckdaten ergänzen die faktenreiche Darstellung. In seine Analyse bezieht Bollinger die Rezeption der russischen Revolution durch die heutige Linke ein und findet, dass nicht nur sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat.

Stefan Bollinger: Oktoberrevolution. Aufstand gegen den Krieg 1917-1922. edition ost 2017, 224 Seiten, 14,99 Euro.

Vor 75 Jahren ermordet: Dagobert Lubinski

Mit seinem Namen verbindet sich das Wirken einer der größten Widerstandsgruppen im faschistischen deutschen Reich. Geboren am 17. Juli 1893 in Breslau, wurde Dagobert Lupinski achtzehnjährig Mitglied der SPD. 1917 trat er zur USPD und von dieser 1921



zur KPD über. Zunächst als Buchhalter tätig, wurde er 1927 Wirtschaftsredakteur des Düsseldorfer KPD-Organ „Freiheit“. Wegen seiner Kritik am ultralinken Kurs der KPD erfolgten im Oktober 1928 sein Ausschluss aus der

Partei und damit auch seine Entlassung als Redakteur der „Freiheit“. In dieser Situation trat er der KPD-Opposition bei und wurde leitender Funktionär des Parteibeirats Niederrhein und unter dem Pseudonym E. L. (Erich Lessing) regelmäßiger Autor zu vorwiegend wirtschaftspolitischen Fragen des zunächst in Breslau erscheinenden „Mitteilungsblatt“ der KPD(O) „Gegen den Strom“. Bereits am 1. März 1933 wurde Lupinski verhaftet und ins KZ Bürgermoor verschleppt, wo er bis zu seiner Freilassung am 16. Dezember 1933 vielfältigen Misshandlungen ausgesetzt war. Er setzte seine illegale Arbeit fort und formte eine weit verzweigte Widerstandsgruppe, der vor allem Düsseldorfer KPD(O)-Mitglieder angehör-

ten. Nach dem VII. Weltkongress der KI vom 25.07. bis 30.08.1935, der zur Volksfrontpolitik gegen den Faschismus aufrief, näherte sich Lubinski wieder der KPD an, bemüht, dafür weitere KPD(O)-Mitglieder zu gewinnen. Am 3. November 1936 folgten seine erneute Verhaftung und die vieler seiner Genossen. Nach anderthalb Jahren Untersuchungshaft mit wiederum schwersten Misshandlungen begann



am 21. März 1938 in Wuppertal-Elbersfeld der Prozess gegen 58 Mitglieder der „Gruppe Lubinski“. Die Anklageschrift gegen Lubinski vermerkte, er sei „in hervorragendem Maße an der Front der illegalen Bewegung tätig gewesen“ und habe die „staatsfeindlichen Gesinnungen“ gestärkt. Insgesamt wurden gegen 53 Angeklagte 159 Jahre Zuchthaus, 21 Jahre und fünf Monate Gefängnis sowie 115 Jahre Ehrverlust verhängt. Das Strafmaß gegen Lubinski betrug zehn Jahre Zuchthaus. Seine Haft erfolgte im Zuchthaus Lüttringhausen, wo er als Jude den gelben Stern trug. Am 18. Januar 1943 wurde Dagobert Lubinski ins KZ-Auschwitz, die faschistische Todesfabrik, überführt und dort am 22. Januar mittels Gas getötet.

• *Prof. Dr. Kurt Schneider*

Verfasst unter Nutzung von Daten in Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“.

Terminübersicht



Dresden, 14. Februar, 19 Uhr

■ Lesung

Durch die Stimmen der Zeit wider das Vergessen*

Mit Markus Oswald (Künstler).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

Der Rechtsruck in Deutschland geht einher mit unverblühten Äußerungen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Nazidiktatur zu beschönigen, oder aus der Geschichtsschreibung zu streichen. Ein Beispiel dafür ist die Forderung von Höckes nach „einer erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“. Die Auseinandersetzung mit der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist und bleibt hingegen wichtig. Eine solche Auseinandersetzung gelingt oft am begreifbarsten, wenn früheren Zeitzeugen heute Stimme verliehen wird. Dazu wird Markus Oswald aus beeindruckenden Originaldokumenten von Gefangenen verschiedener Vernichtungslager lesen.

Chemnitz, 14. Februar, 19 Uhr

■ Lesung

Luther auf's Maul schauen – Revolution & Reformation in Mitteleuropa

Mit Daniel Kulla (Autor und Musiker).
Mediencafe m54, AJZ Chemnitz,
Chemnitztalstraße 54, 09114 Chemnitz

Leipzig, 17. Februar, 14 Uhr

■ **Verleihung des Wissenschaftspreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit anschließendem Neujahrsempfang**

RLS Sachsen, Harkortstraße 10,
04107 Leipzig

Seit nunmehr 20 Jahren verleiht die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen den von Günter Reimann (1904–2005) gestifteten Wissenschaftspreis, um gemäß dem Vermächtnis ihres Stiftungsmäzens kritische junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern.

Leipzig, 19. Februar, 19 Uhr

Institut fuer Zukunft, An den Tierkliniken 38, Kohlraßzirkus, 04103 Leipzig

Chemnitz, 20. Februar, 19 Uhr

Mediencafe m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, 09114 Chemnitz

Dresden, 21. Februar, 19 Uhr

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Görlitz, 22. Februar, 19 Uhr

Basta!, Hotherstraße 25, 02826 Görlitz

Döbeln, 23. Februar, 19 Uhr

Treibhaus, Bahnhofstraße 56, 04720 Döbeln

■ **Damaged Goods: 150 Einträge in die Punk-Geschichte – on Tour***

Mit Jonas Engelmann (Herausgeber und Autor) und Salvador Oberhaus (Autor).

Die Autor*innen laden zu einer musikhistorischen Bildungsreise. Lieblingsplatten, übersehene Perlen und

Klassiker werden vorgestellt und bilden zusammen eine sehr persönliche Punkgeschichte, die der Vielstimmigkeit der Subkultur näher kommt als ein monografisches Werk dies könnte.

Dresden, 20. Februar, 18 Uhr

■ Buchvorstellung und Diskussion

Queer und (Anti-)Kapitalismus*

REIHE: Junge Rosa – richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene. Mit Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß (Professur für Sexualwissenschaft und sexuelle Bildung an der Hochschule Merseburg)
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

Die „Erfolgsgeschichte“ der bürgerlichen Homo-Emanzipation in den westlichen Industriestaaten fällt mit der neoliberalen Transformation der Weltwirtschaft zusammen. Während vor allem weiße schwule Männer Freiheitsgewinne verbuchen, kommt es zu einem entsolidarisierenden Umbau der Gesellschaft, verbunden mit zunehmend rassistischen Politiken im Innern; zugleich dient der „Einsatz für Frauen- und Homorechte“ als Begründung für militärische Interventionen im globalen Süden. Hierauf aufbauend diskutieren Heinz Jürgen Voß und Salih Alexander Wolter in ihrem Buch „Queer und (Anti-) Kapitalismus“ die Veränderungen der Geschlechter- und sexuellen Verhältnisse der Menschen unter zeitlich konkreten kapitalistischen Bedingungen.

Leipzig, 27. Februar, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Klassenanalyse versus geschichtsphilosophische Heilerwartung an ein geschichtsmächtiges Subjekt „Arbeiterklasse“ – von Marx, Weber, Lenin zu Gramsci und Bourdieu*

REIHE: PHILOSOPHISCHE DIENSTAGSGESELLSCHAFT
Mit Dr. Jürgen Stahl (Philosoph), Moderation: Dr. Konstanze Caysa.
RLS Sachsen, Harkortstraße 10,
04107 Leipzig

Leipzig, 28. Februar, 18 Uhr

■ Gespräch und Diskussion

Ich will meine Akte!

Vom Umgang mit Geheimdienstakten aus dem Kalten Krieg*. Mit Hans Modrow, letzter DDR-Ministerpräsident.
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Am 28.02. wird im Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Klage von Hans Modrow zur Einsicht in seine Akte des BND verhandelt. Im Februar wird auch ein Buch mit dem Titel „Ich will meine Akte“ von Robert Allertz erscheinen. Klage und Buch zielen darauf, den juristischen Nachweis für die Geheimdienstarbeit der BRD in der DDR öffentlich zu machen.

Dresden, 28. Februar, 19 Uhr und

Dresden, 28. Februar, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

„Die Miete ist zu hoch!“

Gründe für Luxussanierungen in Dresden und ihre Folgen***

Mit Norma Brecht (Architektin und Politikwissenschaftlerin) und Rico Rokitte (Doktorand an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung der Bauhaus-Universität Weimar mit Schwerpunkt Stadtentwicklung und Sozialraumtheorie). Eine gemeinsame Veranstaltung des wir e.V. und der RLS Sachsen.

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

Dresden, 5. März, 19-21 Uhr

■ Film und Diskussion

„Afro.Deutschland“*

Warm-up Veranstaltung zur Ausstellung EDEWA. Mit Jana Pareigis (Produzentin, Journalistin u.a. ZDF-Morgenmagazin). Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe von DRESDEN-postkolonial, VVN-BdA Region Dresden, Kunsthaus Dresden, Dresden für Alle und der RLS Sachsen mit Unterstützung von Weiterdenken – Heinrich Böll-Stiftung Sachsen, initiiert von Mareike Fritz.

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

Wie lebt es sich mit schwarzer Hautfarbe in Deutschland? Dieser Frage geht der Dokumentarfilm „Afro. Deutschland“ nach. Die Journalistin Jana Pareigis verknüpft ihre biografischen Erfahrungen mit der Geschichte von Schwarzen in Deutschland von der Kolonialzeit bis heute. Jana Pareigis begegnet anderen Afro-Deutschen, etwa dem Rapper Samy Deluxe, der Hundetrainerin Indira Paasch und dem Zeitzeugen Theodor Michael, der in der NS-Zeit in Völkerschauen auftreten musste.

Dresden, 13. - 28. März, 19-22 Uhr

■ Wanderausstellung

EDEWA – Filiale eröffnet in Dresden

Die interaktive Wanderausstellung lädt zum Perspektivenwechsel ein*.
Kunsthau Dresden, Rähnitzgasse 8, 01097 Dresden

EDEWA – Einkaufsgenossenschaft antirassistischen Widerstandes öffnet ihre Türen und lädt ein, beim „Supermarktbesuch“ und besonderen „Verkaufsaktionen“ die Perspektive zu wechseln. Die anticolonialen und rassistismuskritischen Produkte sind zum Anfassen und Diskutieren. Sie regen zum kritischen Hinterfragen des (eigenen) Konsumverhaltens und der eigenen Wahrnehmung an. Die Ausstellung kann außerhalb der Veranstaltungen dienstags bis donnerstags von 14–19 Uhr und freitags bis sonntags von 11–19 Uhr besucht werden. Vernissage: 13. März, Dienstag, 19 Uhr, mit anschließendem Konzert der Musikerin Dikumbi.

Dresden, 15. März, 19.00 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Roma in Deutschland: Immer noch unerwünscht

Eine persönliche Geschichte über den Kampf gegen eine Abschiebung aus Sachsen. REIHE: EDEWA.
Kunsthau Dresden, Rähnitzgasse 8, 01097 Dresden

Sami Bekir und die Gruppe Gegen Antiromaismus gehen der jahrhundertalten Verfolgungsgeschichte der Roma auf den Grund und berichten von ihren praktischen Auswirkungen heutzutage: von Abschiebung, Familientrennung, Untertauchen, Unterstützung, juristischen Auseinandersetzungen und Erfolgen. Von der Verweigerung der Behörden, hier ein normales Leben führen zu können und dem Kampf um diese Normalität.

*** in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Ute Gelfert, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert

vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 26.01.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 07.03.2018.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und

Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Die letzte (?) Melodie & Rhythmus

Das Traditionsmagazin wird vorerst eingestellt. Schade, findet *Ralf Richter*

Die Produktion von „Melodie & Rhythmus“ wird vorerst eingestellt – als Grund gibt der Verlag Geldmangel an. Wenn man die vorläufig letzte Ausgabe mit dem Titel-Thema Afrika in den Händen hält, stellt sich doppelter Schmerz ein: einerseits über den neuerlichen Verlust eines Stückes ostdeutscher Identität – und andererseits weil man sieht, was fast 30 Jahre nach dem Ende des Staates, der sie geschaffen hatte, aus der Publikation geworden ist. Das beginnt ganz einfach mit der Titelseite. Unter „Melodie & Rhythmus“ steht klein „Magazin für Gegenkultur“. Wer in einem Anflug von Nostalgie nach der letzten Melodie & Rhythmus greift, wird sie möglicherweise entsetzt durchblättern und zur Seite legen – was ist nur aus der Ostmusikzeitschrift geworden? Die Zeitschrift ist wie ein Haus aus DDR-Zeiten im Jahr 2018: Die äußere Hülle ist mehr oder weniger stark geliftet, aber noch wiedererkennbar, und erinnert stark an damals – aber der Inhalt hat mit dem einstigen absolut nichts mehr gemein. Aus dem einstigen Musikmagazin ist eine linke Publikation mit breitem Themenspektrum geworden.

Was bleibt aus einer Zeitepoche? Es sind die Bauten, die Literatur, die Malelei und tatsächlich Melodien & Rhythmen. Bei letzteren gesellt sich hier zur Erinnerung an Klassik-Konzerte mit Stücken von Beethoven oder Bach auch die an Zeitgenössisches aus einer 40jäh-

rigen Epoche. Das ist ein weites Feld, das sich von politischer Musik (Oktoberklub) über Schlager (Frank Schöbel) oder Humoresken (Helga Hahnemann) bis hin zu Alternativem (Gerhard Schöne bis 1989) zieht. Es sind die Erinnerungen an Konzerte – wie das legendäre Joe-Cocker-Konzert in Dresden – oder den Auftritt der Ersten Allgemeinen Verunsicherung im Hygienemuseum. Dazu kommen Jazz und nicht zuletzt auch die Platten von denen, die hier zur DDR-Zeit gehört wurden, aber bis zum Ende des kleinen Landes nicht auftraten – wie Johnny Cash, der erst nach der „Wende“ in den Osten kam.

Ein aktuelles „Magazin für Gegenkultur“ braucht keine Rücksicht zu nehmen auf das, was war – eine „Melodie und Rhythmus“ dagegen müsste es durchaus. Das denken diejenigen vielleicht, die die DDR und damit die „Melodie & Rhythmus“-Zeit zu einem Teil bewusst in Ostdeutschland miterlebt haben. Aber ist die Zeitschrift überhaupt für sie gemacht? Bestimmt nicht. Die alte Brille taugt nicht für das neue Blatt. Wenn überhaupt „klassische Themen“ angefasst werden, dann aus neuer Perspektive – zum Thema Afrika gäbe es vieles zu sagen, allein zur Sektion Afrikanistik an der Uni Leipzig. In der M & R äußert sich auf einer halben Seite ein DDR-Berater des Erziehungsministeriums in Mosambique – aber es fehlt der Überblick über das breite Engage-



ment des sozialistischen Lagers in ganz Afrika von Algerien bis Südafrika. Die Verehrung für die Leistungen Kubas spielt auch eine Rolle – eine schwedische Punk-Rock-Band hat eine CD mit solchem Inhalt aufgenommen und Moshe Zuckermann, renommierter Professor an der Uni in Tel Aviv, schreibt über Louis Armstrong und sein Lied „What a wonderful world“. Dieser Artikel hätte wohl auch zu DDR-Zeiten in der M & R stehen können, auch der Innenteil, in dem unter der Rubrik „Kritik und Reflexion“ 16 neue CDs vorgestellt werden.

Insgesamt ist das „Magazin für Gegenkultur“ ganz sicher keine „Melo-

die & Rhythmus“. Es ist viel mehr und viel weniger zugleich: Die frühere M & R wollte alle Musikinteressierten eines 17 Millionen-Einwohner-Landes erreichen und sie über das Neueste aus der Rock-, Pop- und Schlagszene informieren. Das heutige Magazin für Gegenkultur aber steht weiter links als die „alte“ M & R. Hier wird aus marxistischer Perspektive argumentiert, man wendet sich gegen das, was in heute der Gesellschaft Konsens ist oder unter den Teppich gekehrt wird. Es geht um Neokolonialismus, Afrika aus afrikanischer Perspektive und Sozialkritik. Ein Fotograf besucht seit Jahren in Ludwigshafen, der Altkanzler-Kohl-Gegend, die Ärmsten der Armen und schildert seine Eindrücke zu den Fotos. Es ist ein Kulturmagazin für den ganzen deutschen Sprachraum. Braucht man das überhaupt? Aber ja doch!

Die M & R sollte weiter existieren können, denn längst rollt die rechte Kulturrevolution. In dieser Phase braucht es ein Gegengewicht – eben doch ein Magazin für linke Gegenkultur, was die M & R nie war. Der Name „Melodie und Rhythmus“ führt in die Irre, der kann und wird fallen. Wie es weiter geht, ist noch unklar, aber wer auf www.melodieundrhythmus.com geht oder die junge Welt liest, wird es erfahren. Und: Wir alle können dafür etwas tun. Mehr dazu bald hier im Interview mit der Chefredakteurin Susann Witt-Stahl!

Mehr als 50 Jahre Tete-a-Tete mit Rosa Luxemburg

Holger Czitrich-Stahl über das jüngste Werk Annelies Laschitzas

Denkt man an Annelies Laschitzka, gilt der nachfolgende Gedanke umgehend Rosa Luxemburg. Wohl niemand kann der gebürtigen Leipzigerin in Sachen Luxemburg-Forschung das Wasser reichen. Und „Sich treu bleiben und heiter sein“, diese Maxime passt. Als ich sie vor einigen Jahren mit dem Londoner Luxemburg-Autor Richard Abraham zu einem Gespräch besuchte, empfing uns eine herzswarme und heitere Annelies Laschitzka. An diesen langen Nachmittag im Herbst 2013 erinnere ich mich immer gern.

Frisch erschienen ist aus ihrer Feder als Heft 14 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen „Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren“. Es ist keine Autobiographie, aber die „Geschichte hinter der Geschichte“. In ihrem Kapitel „Zauberring der Erinnerung“ weicht uns Annelies Laschitzka in den Moment ein, der ihre lebenslange Beschäftigung mit Luxemburg bewirkte. Als fünfzehnjährige Auszubildende beim Rat der Stadt Leipzig wurde an Rosas Geburtstag, aus einem ihrer vielen Briefe an Sophie „Sonitschka“ Liebknecht vorgelesen,

es war FDJ-Gruppenversammlung. Die warmen und herzlichen Worte Rosas klangen fesselnd und so gar nicht nach einer im Gefängnis einsitzenden Revolutionärin. „Solche Zeiten bezauberten mich“, schreibt Annelies Laschitzka, „waren unbewusst ein heimlicher Wink in die Zukunft“.

Nach Jahren des Studiums in Leipzig und der wissenschaftlichen Tätigkeit in Berlin, wo sie auch 1966 promovierte, lernte Annelies Laschitzka Sophie Liebknecht, ihre Kinder und Enkel in Moskau kennen. Schon seit Ende 1959 gab es Pläne zur Erarbeitung einer Rosa-Luxemburg-Ausgabe. Doch galt immer noch das Dogma, dass Karl Liebknecht der Vorreiter der deutschen Linken war, wohingegen bei Rosa etliche, nach Lenin und Stalin, „falsche Auffassungen“ zu finden seien. So manches Hindernis galt es zu überwinden. Die lebenslange Arbeit an einer lebensnahen, authentischen Rekonstruktion des Lebens, Denkens und Wirkens Rosa Luxemburgs vollzog sich zu Beginn auch als Streit mit ideologisch verbohrt und dogmatischen Positionen, die aus dem Stalinismus herrührten. So schien die angedachte achtbändige Ausgabe zunächst illusorisch,

fünf Bände waren schließlich genehmigt. Sie erschienen zwischen 1970 und 1974, Band 1 kurz vor Rosa 100. Geburtsdatum.

Mit Günter Radzun hatte Annelies Laschitzka einen kongenialen Mitstreiter gefunden. Mit ihm wurde sie im September 1973 von Lelio Basso, dem großen italienischen Linksozialisten, zur ersten internationalen Konferenz über Rosa Luxemburg nach Reggio Emilia eingeladen. Die internationale Entspannungspolitik machte selbst „Eiserne Vorhänge“ durchlässig. Der Putsch gegen die Volksfront-Regierung von Salvador Allende in Chile und die spontanen Solidaritätsaktionen mit dem seiner Freiheit beraubten chilenischen Volk schweißten die Konferenz zusammen, für das Duo Laschitzka/Radzun war klar, es musste alles getan werden, um Rosas umstrittenes Fragment „Zur russischen Revolution“ in der DDR erscheinen zu lassen. Wie wir wissen, gelang dies im 4. Band von 1974.

Von grenzüberschreitender Bedeutung dürfte sicherlich Annelies Laschitzkas Beratertätigkeit für Margarethe von Trotta's Rosa-Luxemburg-Film, der 1986 uraufgeführt wurde, gewe-

sen sein. Darin werden sowohl die Gefühlstiefe als auch die unglaubliche sprachliche Emotionalität Rosa Luxemburgs in einer Weise greifbar, wie es nur Spitzenfilmen gegeben ist. Zur wirklichkeitsgetreuen Annäherung an die „echte“ Rosa gehören auch die sechs Bände der „Gesammelten Briefe“, die von 1982 bis 1993 erschienen. Sie und die immer noch zu erschließenden Quellen, die 2014 zu Band 6 und 2017 zum Doppelband 7/1 und 7/2 führten und gemeinsam mit Eckhard Müller herausgegeben wurden, sind eine Respekts- und Liebeserklärung an eine große, streitbare und gefühlsstarke Sozialistin. Sie sind aber auch der Ausweis der Lebensleistung einer großen Historikerin, die – übrigens durchaus wie Rosa – immer ihre Unabhängigkeit verteidigt hat.

Annelies Laschitzka: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus, Heft 14. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., 232 S., br., 4 €; Bezug über die Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig, info@rosalux-sachsen.de.

Sie wurde als leuchtender Stern des Morgenlands bezeichnet und gilt ohne Zweifel als die ungekrönte Königin der arabischen Sangeskunst. Obwohl Umm Kulthum bereits vor dreiundvierzig Jahren, am 4. Februar 1975 in Kairo verstarb, genießt sie immer noch den tadellosen Ruf als beste und populärste Sängerin im arabischen Sprachraum Nordafrikas und des vorderen Orients. Sie war eine der wichtigsten Pioniere, die Anfang des 20. Jahrhunderts den Prozess der Wiedergeburt des altarabischen Kulturguts vollzogen und die „Kasside“ neu aufleben ließen. Die „Kasside“ ist eine spezielle, klassische Gedichtform, die auch gesanglich vorgetragen werden konnte. Sie wurde auf dem Land, in den Dörfern von den Dorfältesten mündlich weitergegeben, auch dem Vater Umm Kulthums, Scheich al Ibrahim, dem Imam der Dorfmoschee im kleinen Dorf Tamayet el Zahayra, gelegen im östlichen Nildelta. Dort wurde Umm Kulthum im Dezember 1902 als Fatme Ibrahim geboren.

Ihre Familie war sehr musikalisch. So sangen ihr Bruder Haled und ihr Vater oft auf Hochzeitsfesten in der Region, auch um ein wenig Geld zu verdienen, denn man lebte in sehr ärmlichen Verhältnissen. Wenn die beiden ihre Lieder zu Hause in der Küche probten, hörte die kleine Fatme begeistert zu und begann alsbald heimlich, wenn sie in ihrem Kämmerlein war, die Lieder ihrer Spielzeugpuppe vorzusingen. Einmal wurde sie dabei von ihrem Vater überrascht, dem sofort das großartige Talent seiner Tochter auffiel. Er schlug ihr vor, ihn zum Dorfältesten des Nachbarorts zu begleiten, der als Gesangslehrer in der Schule wirkte. Doch das Mädchen fühlte sich noch sehr unsicher, genierte sich ein wenig. Nachdem ihr der Vater versprochen hatte, sie mit Süßigkeiten zu belohnen, willigte sie schließlich ein.

Der Dorfälteste war sehr erfreut von Fatmes Gesang und begann, sie zu unterrichten. Anfangs verstand sie die Worte, die sie sang, noch nicht, doch das sollte sich bald ändern. Sie war zu diesem Zeitpunkt ja gerade sieben Jahre alt. Etwa zwei Jahre später begann Fatme öffentlich bei Hochzeiten zu singen. Ihr Publikum war sehr erfreut vom Mut des kleinen Mädchens, das so schön singen konnte. Oft stand sie dabei auf einem Stuhl, weil man sie sonst nicht sehen konnte. Kurz und gut: Sie wurde im Dorf wie ein kleiner Star gefeiert.

Dann gab es erste kleine Tourneen durchs Nildelta, oft zu Fuß oder auf Eseln. Stundenlang wurde gesungen, und das Repertoire musste erweitert werden, um bis zum Tagesanbruch auszureichen. Denn es war üblich, von den Abendstunden bis zum Tagesbeginn zu feiern. In eine staatliche Schule ging sie nicht, sie besuchte eine religiöse Lehranstalt, wo der Koran im Mittelpunkt stand. Acht Jahre später war sie bereits in ganz Ägypten bekannt, und man lud sie mit der Gesangsgruppe ihres Vaters in die Städte zu Veranstaltungen ein, wo das Ensemble noch Lieder der Sufi vortrug. Als sie 1923 nach Kairo kam, war ihre Stimme schon sehr



Foto: Tribes of the World / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Diva der arabischen Welt

Jens-Paul Wollenberg über Umm Kulthum

geschult und sie eroberte im Nu die Herzen der Hauptstadt. Schon bald krönte man sie mit dem Prädikat „Diva von Kairo“.

Um ihre Keuschheit zu bewahren, und weil es anfangs noch schwer war, als Sängerin akzeptiert zu werden, verkleidete sie sich als Junge. Oft wurde sie deshalb von den jungen Männern verspottet, doch in der Zeit der gesellschaftlichen Liberalisierung und der damit verbundenen Veränderung der politischen Situation im Land kam es zu deutlichen Lockerungen, auch was die Rolle der Frau in der Öffentlichkeit anbelangte. Fortan nannte sie sich Umm Kulthum, nach der Tochter des Propheten Kulthum. Sie gründete eine Instrumentalgruppe, deren Mitglieder als die besten Musiker ihrer Zeit gehandelt wurden, kleidete sich westlich und begann, auch ihre Liedtexte zeitgenössischer zu gestalten. Sie bevorzugte nun hauptsächlich Liebeslieder. Dabei fand sie die großzügige Unterstützung namhafter Textdichter wie Mursi Gamil Azizi, Ahmad Rami, Nizar Quabbani oder Ahmad Schafik Kamil, um nur einige zu nennen. Die Kompositionen stammten, abgesehen von Saharia Achmed und Mohammed Abdel Wahab (übrigens ein Meister der arabischen Laute Oud und derjenige, der erstmals westliche Harmonien in seine Musik aufnahm und bis 1966 Umm Kulthum musikalisch die Treue hielt), unter anderem auch von Abu al Oula, Rijad al Sunbati und Mohammed Kassabbga. Erwähnenswert ist

auch der Umstand, dass die Verschmelzung von Tradition und Moderne durch die Musik Umm Kulthums ein wesentlicher Beitrag zur künstlerischen Erweiterung der ägyptischen Musik geleistet wurde. Auch jüngere Sängerinnen und Sänger begannen, diesen Weg einzuschlagen, wie ein Schüler von Abdel Wahab, der später ebenfalls ein Superstar wurde – Abdel Halim Hafez –, oder die libanesische Sängerin Feyruz, die mit ihrer monströsen „Poèmes d'amour“ selbst in Paris gefeiert wurde. Sie sang als erste Songs von Jacques Brel in Arabisch.

Umm Kulthums Popularität erweiterte sich in den dreißiger Jahren in die Nachbarländer Nordafrikas und der arabischen Halbinsel, weil der staatliche ägyptische Rundfunk „Radio Al Quahera“ ihre Konzerte live und grenzüberschreitend ausstrahlte, und weil sie inzwischen durch ihre Mitwirkung in Spielfilmen bekannt wurde. Dabei achtete sie stets darauf, ihre ländliche Herkunft nicht zu vernachlässigen, und schlüpfte oft in die Rolle eines einfachen Mädchens, was gut ankam. Sie gab auch Konzerte in Bagdad, Jerusalem, Damaskus und im Libanon. Ihre Gagen spendete sie meist dem palästinensischen Widerstand gegen die Besatzer.

1943 jedoch beendete sie ihre Karriere als Schauspielerin, um sich nur noch dem Gesang zu widmen. Zusammen mit dem Komponisten Ria al Sunbati erar-

beitete sie nun die legendären langen Lieder, die oft eine Länge von mehr als drei Stunden erreichten. Wie nie zuvor gelang es einer arabischen Sängerin, wegen ihres wärmenden, klaren, charismatischen Gesangs, der magisch wirkenden Schönheit der arabischen Sprache mit ihrer blumenreich anmutenden Poesie und der einzigartig herzerreißenden Musik, ein Millionenpublikum zu faszinieren. Allein schon die Bekanntgabe eines nahenden Konzerts löste in der arabischen Bevölkerung eine euphorische Stimmung aus. Tausende strömten in die Konzertsäle, und wer es sich nicht leisten konnte, fand sich vor den unzähligen Radioapparaten ein, die eigens vor den Cafés und Teestuben aufgebaut wurden, um andachtsvoll ihrer außergewöhnlich mächtigen Stimme zu lauschen.

Oft dauerten ihre Konzerte vier bis sechs Stunden. Das lag auch daran, dass das orchestrale Vorspiel der Instrumentalisten in klassischer Form einer Ouvertüre oft eine Länge von dreißig Minuten erreichte, was eine erwartungsvolle Spannung im Publikum erzeugte, sobald die singende Diva die Bühne betrat. Umm Kulthum achtete stets auf inhaltlich hochwertige Liedtexte, geschrieben von ihren Textdichtern, denn die poetische Aussage galt ihr als wichtigstes Fundament. Musik und Interpretation spielten erst während der anfänglichen Proben eine wichtigere Rolle. Während ihrer weit über fünfzig Jahre währenden Schaffensperiode als Sängerin erschienen um die dreihundert Lieder auf Schallplatte, später auch auf Musikkassette und CD bei „Sono Cairo“ und „Sonodisc Paris“. Am 4. Februar 1975 verstarb Umm Kulthum in Kairo.

Zu ihrem Gedenken erschien im gleichen Jahr eine Briefmarke in Ägypten mit ihrem Portrait. Etwa zwei Millionen Trauernde folgten ihrem Sarg, die Trauer um sie erfasste den ganzen arabischsprachigen Raum. Ihre Lieder bleiben unsterblich, denn sie werden von Jung und Alt immer noch gehört.

Januar-Februar 2018

Sachsens Linke

**Aktuelle
Informationen**

 stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de


Wir können das besser

Michael Kretschmer hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, in die Regionen zu gehen. Hört! Hört! Die Regionalmitarbeiter*innen unserer Landtags- und Bundestagsabgeordneten sind dort seit Jahren unterwegs. Sie „verkaufen“ LINKE Politik ideenreich und mit unglaublicher Hingabe, zum Beispiel bei Touren zur Verteilungsgerechtigkeit, zu Fluchtursachen, zu Rente, Pflege und vielem mehr. Deshalb freue ich mich, dass die Regionalmitarbeiter*innenstruktur wieder komplett ist. Michael Eichhorn hat den Platz von Daniel Knorr eingenommen. Erneut ist jemand aus einem Landkreis im Team, der weiß, wie man linke Politik tragfähig machen kann.

In den größeren Städten sind wir gut aufgestellt und konnten teilweise neue Wähler*innen gewinnen. Das soll unbedingt so bleiben. In den Landkreisen nimmt die Zahl unserer Wähler*innen ab. Dafür brauchen wir Ideen, die richtigen Fragen und gemeinsame Antworten. Das können acht Regionalmitarbeiter*innen selbstverständlich nicht alleine leisten. Nein, da sind wir alle gefragt. Wir sollten gemeinsam Vorschläge diskutieren – offensiv im und für den ländlichen Raum. Und, wie es sich gehört, in einer linken Partei von der Basis entwickelt. Eure Vorschläge zählen, denn Ihr kennt euch aus.

Einige behaupten, unsere „Offensive Ländlicher Raum“ sei ein Wahlgeschenk meinerseits auf dem Landesparteitag gewesen. Ich behaupte, es ist der Versuch, Parteiarbeit anders und neu zu denken – hierarchiearm und schnell in der Umsetzung. Wir können das mit dem „Kümmern“, dem Dasein, dem Aufgreifen von Anliegen besser als Kretschmer, und wir müssen auch besser sein. Linke Politik muss überzeugen, dafür müssen wir aufzeigen, dass die einfachen „Antworten“ der Rechtspopulisten nicht dazu taugen, die Anliegen der Schwächeren zu bearbeiten. Und wir müssen ehrlich erklären, was wir erreichen wollen und können. Dabei kann jede*r mitwirken.



Leistung muss sich lohnen!

Sachsen bleibt unter Kretschmer neoliberal. Von Jochen Mattern

Da war er wieder, der Satz: Leistung muss sich lohnen! Ausgerechnet mit dem Glaubenssatz neoliberaler Politik begründet Michael Kretschmer seine Absicht, einen politischen Neuanfang zu vollziehen. Tatsächlich dokumentiert er das Gegenteil: Mit ihm wird es zumindest bis zur Landtagswahl 2019 keinen Kurswechsel geben. Sein Kabinett setzt die Politik der Vorgängerregierungen fort, ergänzt um einen autoritären Staat. Dieser soll für Sicherheit und Ordnung sorgen, um der Angst vor „Überfremdung“ durch den Islam mit einer Begrenzung der Zuwanderung zu begegnen und der Bedrohung der „heilen“ Familienwelt durch sexuelle Liberalisierung und „Gender-Wahn“ (Claudia Koppetsch) entgegenzutreten.

Auch personell kann das Bemühen um Kontinuität nicht überraschen. Kretschmer, ein ausgesprochen konservativer Christdemokrat, war zuvor lange Generalsekretär der CDU. Er hat an führender Stelle mitgewirkt an der Sparpolitik im öffentlichen Dienst, die das Land in eine personelle Notlage gebracht hat. Trotz seines jungen Alters verkörpert er auch als Person keinen Neuanfang.

Stanislaw Tillich, Amtsvorgänger und politischer Ziehvater Kretschmers, hat das Menschen- und Gesellschaftsbild neoliberaler Politik einmal so beschrieben: Es gebe Menschen, die sich Mühe geben, und solche, die das nicht tun. Den Mühseligen, „denen, die Leistung bringen wollen“, müsse Spielraum gelassen werden, um „ihre Freiheit zum eigenen Erfolg“ nutzen können. Von der Produktivität der Leistungserbringer profitierten schließlich auch die Leistungsschwachen. Geht es den Starken gut, so will es das neoliberale Credo, dann profitieren auch die Schwachen, diejenigen, die im Konkurrenzkampf aller mit allen nicht bestehen können.

An Schlichtheit ist eine solche Vorstellung vom Menschen und von der Gesellschaft zwar kaum zu überbieten, dennoch dominiert diese Auffassung von

einer Marktgesellschaft die Politik hierzulande. Denn es ist der möglichst ungezügelt Markt, der die Entfaltung der Individuen und der gesellschaftlichen Entwicklungspotenziale garantiert. Nicht die Gestaltung von Markt und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt der Regierungspolitik, sondern das Freisetzen der Selbststeuerungskräfte des Marktes. Wo Menschen möglichst ungehemmt konkurrieren, setzen sich die Leistungswilligen und -starken durch. Ihr Durchsetzungs- und Selbstbehauptungsvermögen gilt als Ausweis der Überlegenheit. Im Bewusstsein eigener Stärke rechtfertigen sie ihren Status als Elite. Diejenigen, die weder stark noch willens genug sind, um zu bestehen, haben darin versagt, die sich ihnen staatlicherseits bietenden Chancen – etwa Bildung – zu nutzen. Dafür, dass die Unterlegenen auf staatliche Wohltaten angewiesen sind, verlangt die Gesellschaft Wohlverhalten. Zusätzlich tragen sie das Stigma der Untauglichkeit.

Die Vorstellung eines fairen Leistungswettbewerbs aller gegen alle kollidiert mit der Realität sozialer Reproduktion. Sie entlarvt das Verdiensthema als fern der Wirklichkeit, als pure Leis-

tungsideologie. Denn die Gesellschaft der Bundesrepublik weist Züge einer Ständegesellschaft auf, die die soziale Herkunft zum Schicksal erklärt. Von Aufwärtsmobilität zwischen den sozialen Schichten, dem Aufstieg kraft eigener Leistung, kann kaum die Rede sein. Im Gegenteil: Soziales und kulturelles Kapital werden oft vererbt. Das bedeutet, dass diejenigen, die in Armut aufwachsen, geringere Aufstiegschancen haben. Die Reichen bilden einen exklusiven Klub, der sich abzuschotten trachtet. Wenn aber nicht Leistung, sondern Herkunft über den sozialen Status entscheidet, dann haben wir es mit einer sozialen Refeudalisierung der Gesellschaft (Sighard Neckel) zu tun.

Wie wenig der neoliberale Glaubenssatz „Leistung muss sich lohnen!“ gilt, müssen die Siemens-Beschäftigten erfahren. Tausende Jobs sollen in der Kraftwerkssparte gestrichen werden. Der Konzern hatte seine Absicht, Werke zu schließen, unter anderem mit Preisdruck im Gasturbinensektor begründet. Und das, obwohl etwa die in Görlitz gefertigte Industriedampfturbine gefragt ist. Dafür hat Konzernchef Joe Kaeser dem US-Präsidenten, Gasturbinen künftig in den USA herstellen zu lassen. Für das Turbinenwerk in Görlitz hat er einen Rettungsplan vorgeschlagen: ein „Industriekonzept Oberlausitz“. Vorstellbar sei ein eigenständiges Werk, das zunächst unter dem Dach von Siemens verbleibe. Später könne es in einem Industrieverbund aufgehen, der Speichertechnologien produziert. Dazu bedürfe es der Mitwirkung etwa der Bundes- und Landesregierung. Diese Gedankenspiele hat eine Journalistin als „Frechheit“ bezeichnet. Der Rettungsplan bedeute nichts anderes als einen „langen Sterbeprozess – auf Kosten der Steuerzahler“, während Siemens „sich aus der Verantwortung stehle“. Dem kann man nur hinzufügen: Görlitz liegt im Wahlkreis von Kretschmer. Er wird erklären müssen, warum die Landespolitik dem Treiben des Konzerns bloß ohnmächtig zusehen kann.

Offensive ländlicher Raum!

Wir haben gesagt: Wir machen eine Offensive ländlicher Raum. Jetzt wollen wir sie mit Leben füllen. Dafür brauchen wir Euch: Schickt uns Eure Projektideen, mit denen wir wieder sichtbarer werden können. Ob spaßige Aktion, Flashmob oder Demo: Keine Idee soll unbedacht bleiben. Lasst uns gemeinsam den ländlichen Raum zurückerobern!

Weitere Information unter www.dielinke-sachsen.de/offensive.
Einsendeschluss: 4. März 2018

Leserbriefe

Nachbetrachtung zur Bundestagswahl-Kampagne 2017

Unseren Plakaten fehlte offenbar der „rote Pfeffer“

Wie auch jeder von uns zur Aussicht auf eine GroKo stehen mag, die Alternative – Wiederholung der Bundestagswahl im Frühjahr 2018 – ist auch nicht gerade eine Wunschoption, haben sich doch die politische Lage und Grundstimmung kaum geändert, so dass ein wesentlich verändertes Ergebnis nicht zu erwarten ist. Das gilt nicht zuletzt auch für die von manchem schon 2017 ersehnte Mehrheit für ein Linksbündnis, das in naher Zukunft angesichts der relativen Schwäche der SPD, aber auch wegen unserer Stimmenverluste in Richtung AfD nicht in Sicht ist. Falls es aber doch zur Wahlwiederholung kommt, sollten wir auch über die Plakate als Mittel unseres Wahlkampfes nachdenken, denn es ist ja kaum zu erwarten, dass sich die Parteien darauf einigen, den nervenden Plakatzirkus auf den Straßen zu beenden. Der von manchen in die Diskussion eingebrachte Ausweg, sich auf Großplakate zu beschränken, muss unter dem Gesichtspunkt der schwierigen Standortfindung in den Dörfern noch erörtert werden. Mit Plakaten wird nicht nur die Präsenz der Partei im Wahlkampf dokumentiert, sondern auch das politische Gesicht verdeutlicht. Unsere Plakate müssen unseren spezifischen Charakter als eine Partei des Friedens und des demokratischen Sozialismus, ihren antikapitalistischen Charakter zum Ausdruck bringen.

Wenn ihr euch die Plakate von 2017 unter diesem Gesichtspunkt noch einmal vor Augen führt, dann genügen nur wenige Exemplare diesem Anspruch, etwa das Plakat über den Frieden und die Besteuerung der Millionäre. Die Mehrheit der Plakate ist zu abstrakt und bringt den spezifisch sozialistischen/antikapitalistischen Charakter unserer Partei nicht oder zu wenig zum Ausdruck. Beispiele dafür sind das Plakat „Kinder vor Armut schützen“, das auch die SPD oder die Grünen hätten hängen können; es wäre entsprechend dem Parteiprogramm mit der Forderung nach einer paritätischen Kindergrundsicherung zu ergänzen. Das Plakat über „sichere Jobs“ wäre mit der Grundaussage des Parteiprogramms „Gute Arbeit statt ungesicherte, prekäre und unterbezahlte Beschäftigung. Weg mit Leiharbeit und Minijobs!“ ansprechender gewesen. Dem Plakat zum Mindestlohn hätte es gut angestanden, wenn die Finanzierungsmöglichkeiten durch Begrenzung der Managergehälter und der Hochbesteuerung der Aktiengewinne genannt worden wären. Das Plakat „Rente mit Niveau“ hätte durch die Forderung des Programms nach einer solidarischen Rentenversicherung ohne Privatvorsorge an Überzeugungskraft gewonnen. Das mag an Beispielen genügen.

Gegen meine Vorschläge kann eingewandt werden, dass der Text auf den

Plakaten kurz und schlagwortartig sein muss, damit der Kraftfahrer sie auf den Straßen wahrnehmen kann. Dagegen lässt sich einwenden, dass Plakate vor allem in die Wohngebiete, in die Nebenstraßen gehören, und dem Fußgänger kann durchaus ein längerer Text zugemutet werden, der nicht nur eine Losung enthält, sondern auch eine Argumentation wie etwa auf dem klassischen Plakat der KPD „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Erich Weinert hätte zu unseren Plakaten gesagt: „Da muss noch roter Pfeffer dran!“ Plakate sollen den Vorbeigehenden dazu anregen, sich mit dem Wahlprogramm näher zu beschäftigen. Wir brauchen aussagekräftige Plakate vor allem auf dem Lande, wo wir wegen unserer Altersstruktur weniger aktiv sind. Unsere inhaltlich etwas farblosen Plakate können durchaus etwas damit zu tun haben, dass wir mit unseren Zielen, die objektiv den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen und Prekären entsprechen, besonders auf dem platten Land nicht die erhoffte Wahlorientierung für unsere Partei erreicht haben.

• *Reinhard Kluge, Rechenberg*

Ohren auf!

Rechte Hetze im Funknetz

Was dieses Thema wohl in dieser Zeitung zu suchen hat? Sehr viel, kann ich versichern! Schließlich geht es auch hier darum, Bande zu knüpfen. Deutschland mit Funkrufname „DL, ...“ vertritt mit seinem zumeist hoch disziplinierten Hobbyfunkern ein sehr hohes Ansehen auf der ganzen Welt! Es gibt den weiteren „Citizens band radio“, kurz CB-Funk im 27 MHz-Bereich, in dem jeder lizenzfrei senden darf. Wie sich in den letzten beiden Jahren zeigt: Nicht immer zum Guten für die Gesellschaft. Hier treten leider immer mehr Zeitgenossen auf dem Plan, die rechten Müll, Hass, Missmut und Fremdenfeindlichkeit verbreiten wollen. Solche Tendenzen waren in den 80ern und am Anfang der 90er Jahre schon einmal zu verzeichnen, als sich uns bekannte politische Strömungen zu Demos zusammen rotteten. Damals wurden hierzu einfache „Handfunken“ benutzt. Solche Kräfte organisierten sich mit Funk, warnten, wenn die Polizei auffuhr, oder formierten sich, wenn es galt, Gegner „aufzuklatschen“. Heute kommt das Handeln etwas dezenter daher – anonym, ohne Namensnennung wie im Dark-Net, plötzlich, als sogenannt „Kanal-hopper“.

Mitte Juli saß ich an einem schönen Samstagmittag wieder einmal an der Station, als ich auf einem sogenannten „Jedermannskanal“ wider Willen eine Sendung vernahm, die auch Goebbels Propagandaministerium entspringen sein könnte. Solcherlei war bisher immer auf einem Gateway-Kanal zu hören. Gateways und sogenannte Diggipeaters senden PC-gestützt auf bestimmten Plattformen – ein Mekka

für Hetzer, sind doch mit solchen Sendemethoden enorme, auch überregionale Reichweiten zu erzielen. Das Ganze war so enorm laut, dass ich davon ausgehen musste, dass es mit enormer Leistung gesendet wurde, sicher mit nicht weniger als 450 Watt. Deren Modulation war „klirrfrei“ und so nahe als stünde dieser Typ an meinem Gartentor. Endlich – kurze Pause! Die nutzte ich, um erzürnt meine Ansprache absetzte und ihn aufforderte, solche Volksverhetzung zu unterlassen. Immer wieder finden sich im PMR-446-Bereich für die kleinen Handfunken ähnliche Vorkommnisse. Solches Handeln erzeugt selbstverständlich Unmut bei allen Funkern, die sich an die Funkbetriebsordnung halten. Viele motteten ihre Funkgeräte ein oder verkauften sie aus Frust. Soweit es auch uns solche Enthusiasten gibt: Wir sollten solchen Tendenzen entgegen wirken. Denn Funken, ich erwähnte es bereits, soll Bande knüpfen, nicht entzweien. Gibt es Schöneres, wenn sich im Sommer eine Raumwelle in 80 Kilometern über uns öffnet und DX-Verbindungen teils rund um den Globus zulassen möglich sind? Gibt es Schöneres als zu nächtlicher Stunde ein Kurzwellen-Zeitzeichen aus Vietnam, Brasilien oder den Tropen zu hören?

Das alles gab es schon einmal, im großem Stil mit etlichen tausend Watt Sendeleistung. Vor meiner Haustür strahlte der Kurz- bzw. Mittelwellensender in Wilsdruff zu DDR-Zeiten auf 6080 KHz die Stimme der DDR aus. Daneben, bei 6040, knallte der RIAS in voller Stärke herein. Das war damals aus technischer Hinsicht echt geil. Hier im „Tal der Ahnungslosen“, war es wichtig, guten Empfang zu haben. Das schaffte man nur, wenn Oma oder Tante aus dem Westen einen Grundig-Weltempfänger 600 „Satellit“ auf welchen Wegen auch immer in die DDR schmuggelte oder schickte.

Die, die unser Hobby kaputt machen wollen, sollten sich fragen, ob sie das 10.000 Euro teure Funkgerät abschließend zum Stören gekauft haben. Mein Appell lautet: Haltet die Ohren offen, um diese Tendenzen zu stoppen, Hass und Fremdenfeindlichkeit zu eliminieren, ja durchaus die Möglichkeiten des Doppler- oder Triggerpeilens zusammen mit anderen Funkfreunden auszureizen, um solche Sender zu ermitteln.

• *Karl-Heinz Gottschalk, Niederau*

Zu „Umsturz“ (Links! 12/2017, S. 11)

Gewalt als Teil des Kapitalismus

Es ist verständlich, dass in einem dem kapitalistischen System dienenden Museum Befreiung und Emanzipation mit Terror, Gewalt und Repression verbunden werden. So sollen Befreiung und Emanzipation vom kapitalistischen System möglichst verhindert werden. Aber warum weist René Lin-

denau nicht darauf hin, dass die Gewaltausübenden vom kapitalistischen System geprägt waren und ihre Gewalt lediglich eine Reaktion der Gewalt gegen sie war (im zaristischen Russland, zwischen Februar- und Oktoberrevolution, ausländische Intervention, Bürgerkrieg usw.)? Richtig ist, dass sich der Sozialismus nicht mit den Methoden des Kapitalismus errichten lässt. Das muss bei zukünftigen Versuchen anders gemacht und entsprechend vorbereitet werden. Aber welche Chancen gab es in der gegebenen Situation bei der ständigen Bedrohung von außen, der wirtschaftlichen Rückständigkeit, der Zerstörungen durch Intervention und Bürgerkrieg, des Widerstands der wirtschaftlich Mächtigen im Innern und der kapitalistischen, teilweise feudalistischen Prägung der Handelnden für eine andere Politik? Wie hätte besser erkannt werden können, welche Person BündnisgenossIn sein konnte, welche wirklich eine bessere Gesellschaft wollte, wer nur auf den eigenen Vorteil bedacht war und Lippenbekenntnisse mit Sicherung der eigenen Herrschaft verband? Sollten wir nicht somit darauf hinweisen, dass auch der erwähnte Terror und die benannte Gewalt und Repression am kapitalistischen System lagen? Und ist dies nicht ein weiterer Grund, den Kapitalismus grundsätzlich zu überwinden? Und müssen wir uns nicht deshalb schon heute dafür an allen Stellen dafür einsetzen, dass die Menschen sich gegenseitig bei ihrer Bedürfnisbefriedigung unterstützen und damit Konkurrenz, Produktion zur Einkommenserwirtschaftung, das Streben nach dem eigenen Vorteil auf Kosten anderer und Herrschaft überwinden?

• *Rita Kring, Dresden*

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papieraussgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Ute Gelfert, Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 26.01.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 07.03.2018.

Mehr Freiheit für Kommunen!

LINKE Vorschläge für solide Kommunalfinanzen stoßen bei erzgebirgischen Bürgermeistern auf Zustimmung. Von *Klaus Tischendorf*

Am 17. November 2017 sorgte ein Positionspapier „Parteiunabhängiger Bürgermeister des Erzgebirgskreises“ zur Situation kreisangehöriger Gemeinden für landesweites Interesse. Inzwischen haben sich Kommunalpolitiker aus vielen Regionen unterstützend zu Wort gemeldet. Die Bürgermeister schreiben Klartext zur finanziellen Schieflage: „Den Menschen in unseren Städten und Gemeinden von Mehrbelastungen, den Kürzungen von Leistungen und immer geringeren Gestaltungsspielräumen zu berichten und das in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen ist politisch nicht glaubwürdig ...Trotz massiver Hinweise aus den Kommunen, trotz fachlich fundierter Darstellung von Problemen und deren Lösungen werden politische Entscheidungen getroffen und an Entscheidungen festgehalten, die dem völlig entgegenlaufen, und alle Argumente, die dagegen sprechen, werden ausgeblendet.“

Diese klaren Ansagen zur Politik der CDU/SPD-Koalition bestätigen die Kritik der Landtagsfraktion der LINKEN. Immer wieder haben wir im Landtag Anträge gestellt, um eine grundlegende Stärkung der kommunalen Ebene hin zu mehr Selbstverwaltung zu ermöglichen. Wenn auch der sächsische Finanzausgleich ein wichtiger Stabilisierungsfaktor für die kommunale Ebene ist, wurde es in den letzten Jahren immer offensichtlicher, dass ein starres Festhalten am bestehenden Ausgleichsverfahren immer mehr zu Lasten der kommunalen Selbstverwaltung geht. Das



Foto: René Gademann / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Gesprächsangebot der Bürgermeister an uns Landespolitikerinnen und -politiker ist eine gute Gelegenheit, mit den „Praktikern vor Ort“ über die Vorstellungen der LINKEN zur Lösung der Probleme zu reden. Auf meine Einladung hin trafen sich am 29. Januar 2018, 13 Bürgermeister der Erzgebirgskommunen im Rathaus von Annaberg-Buchholz mit unserem Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt, mit der haushalts- und finanzpolitischen Sprecherin Verena Meiwald sowie den parlamentarischen Beratern der Fraktion, Alexander Thomas und Tilo Hellmann. Zur Beratung stellten wir unseren Vorschlag zur Verbesserung der Kommunalfinanzen vor. Damit soll die finanzielle Schieflage zwischen den immer weiter wachsenden Einnahmen des Landes und dem ungedeckten Finanzbedarf

der Kommunen beseitigt werden. Um das zu erreichen, wollen wir die Schlüsselzuweisungen für die Städte und Gemeinden um 100 Euro pro Einwohner erhöhen. Dieses Geld sollen die Kommunen frei verwenden können. Denn sie wissen am besten, welche Aufgaben vor Ort vorrangig angegangen werden müssen. Kommunalpolitiker dürfen nicht länger davon abhängig sein, welche Förderschwerpunkte die Landespolitik gerade favorisiert! Das Förderwesen, das kaum durchschaubar und von kleineren Gemeinden nicht mehr zu bewältigen ist, muss zugunsten kommunaler Entscheidungsfreiheit reduziert werden. Für die Landkreise und die kreisfreien Städte wollen wir jeweils 10 Millionen Euro pauschal zur Verfügung stellen. Damit würde nicht nur endlich wirksam Bürokratie abgebaut. Die Verantwortung und die Entscheidungsbefugnisse der kommunalen Ebene würden wirksam wachsen.

Die Verfasser des erzgebirgischen Positionspapiers nahmen unseren Vorschlag interessiert auf und bezeichneten ihn als Schritt in die richtige Richtung – ganz im Sinne ihrer Forderungen an die Landespolitik. In den nächsten Wochen wollen wir unsere Vorschläge auch mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und in weiteren kommunalpolitischen Runden diskutieren. Zur Haushaltsberatung im Herbst werden wir dann die entsprechenden Änderungen zum Finanzausgleichsgesetz einbringen.

Neues aus dem Landesvorstand

Am 19. Januar 2018 tagte der Landesvorstand erstmals im Jahr 2018.

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit bildete die Debatte um die Unterstützung des Vereins „Gemeinsam länger lernen in Sachsen. Eine Initiative zur Änderung des Schulgesetzes“ ein zentrales Thema des Treffens. Andrea Roth und Cornelia Falken stellten eine Bevölkerungsbefragung vor, welche die aktuelle Relevanz und den hohen gesellschaftlichen Rückhalt des Themas belegt.

Inhaltlich hat es sich die Initiative zum Ziel gesetzt, längeres gemeinsames Lernen nach dem Freiwilligkeitsprinzip durchzusetzen. Der Landesvorstand bekannte sich einstimmig zu dieser Initiative und wird sie entsprechend unterstützen.

Die erste aktive Unterstützung wird durch eine breit angelegte Unterschriftenaktion für einen Volksantrag erfolgen, die perspektivisch einen Volksentscheid ermöglichen soll.

Im Anschluss folgte eine Debatte über die sozialpolitische Offensive der Partei, die bei einer kommenden Sitzung fortgesetzt wird. Weiterhin beschloss der Landesvorstand, erneut die Aktionen rund um den Internationalen Frauentag, Aktionen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ und den Girls Day am 26. April 2018 tatkräftig zu flankieren.

• *Marcus Boës*

Sozial gerecht geht nur ökologisch!

Landessprecher *Marco Böhme* zum Landestreffen der Landesarbeitsgemeinschaft ADELE

Auf dem idyllischen Lebensgut Pommritz in der Lausitz traf sich am 9. und 10. Dezember 2017 die Landesarbeitsgemeinschaft der ökologischen Plattform, die sich in Sachsen ADELE (Alternativ denken und leben) nennt. ADELE möchte sich künftig mehr Gehör in der Partei verschaffen und mit einer geplanten Klimaschutzkonferenz sowie der Formulierung mobilitätspolitischer Leitlinien das sozial-ökologische Profil des Landesverbands stärken.

Zur landesweiten Klimaschutzkonferenz, die voraussichtlich im Herbst 2018 stattfinden wird, soll mit Expert*innen aus der Wissenschaft und Aktivist*innen innerhalb und außerhalb der Partei über den Zusammenhang von Klimaschutz und Kapitalismuskritik diskutiert werden. Bei mehreren Workshops soll zum

einen der Versuch unternommen werden, eine linke Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs zu formulieren. Weiterhin soll diskutiert werden, ob dem klimaschädlichen Wachstum-bis-ins-Unendliche-Primat eher grünes Wachstum oder doch Verzicht als Lösung gegenüber zu stellen ist. Außer-

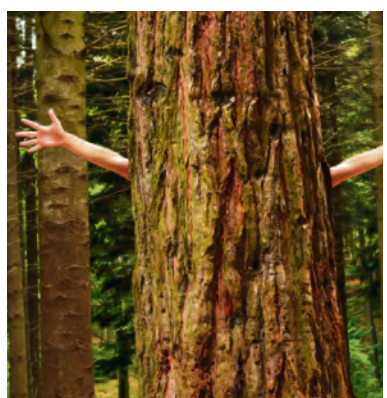


Foto: Marinella Castell / flickr.com / CC BY 2.0

dem sollen mögliche Spannungsfelder zwischen Klima- und Umweltschutz aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden, wie diese beiden Anforderungen miteinander in Einklang gebracht werden können. Weiterhin wird es um die Frage gehen, ob ein linkes bedingungsloses Grundeinkommen als Modellprojekt für den Strukturwandel in Kohlebergbauregionen dienen könnte. Neben der Planung der Klimaschutzkonferenz stand ein Workshop zu mobilitätspolitischen Fragen auf der Tagesordnung des Landestreffens. Intensiv diskutierten die Teilnehmenden über aktuelle Probleme in den Bereichen Fuß-, Rad- und öffentlicher Personennahverkehr sowie Schienen-, Schiffs-, Flug- und Autoverkehr. Daraus wurden Visionen für eine zukünftige sozial-ökologische Mobilität in Sachsen entwickelt und Maßnahmen

gesammelt, die zu einer Realisierung beitragen könnten. Die Ergebnisse dieser und weiterer Diskussionen in den sächsischen Kreistagsfraktionen sollen in die Formulierung mobilitätspolitischer Leitlinien für DIE LINKE Sachsen einfließen.

Alles in allem war es ein erfolgreiches und ideenreiches Treffen in gemüthlicher Atmosphäre auf dem Lebensgut. Ein Highlight der Abendgestaltung war der Besuch der interaktiven Philosophieausstellung „Sophia“, welche auf dem Lebensgut zu sehen ist. ADELE möchte künftig noch stärker im Landesverband Präsenz zeigen, ob auf Parteitagen oder mit eigenen Aktionen oder Veranstaltungen. Wer uns unterstützen möchte, ist herzlich willkommen! Interessierte können sich unter adele-dielinke-sachsen@lists.bitpost.eu melden.

LINKE nominierte Harald Wendler als Bürgermeisterkandidat

Die Mitglieder der LINKEN in Geyer nominierten den Amtsinhaber Harald Wendler für die Bürgermeisterwahl am 18. März 2018. Der Kreisvorsitzende der LINKEN im Erzgebirgskreis, Holger Zimmer, meint: „Harald Wendler steht für Kontinuität. Seit 2011 hat sich die Ausgangssituation der Stadt Geyer geändert: So wurden zum Beispiel die Schulden der Bergstadt drastisch verringert und trotzdem investiert. Neue Projekte stehen an, die Harald gerne in Angriff nehmen möchte.“

Auszug aus der Vorstellungsrede von Harald Wendler: „Ich bin 63 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und vier Enkel. Seit 1994 sitze ich im Stadtrat in Geyer, seit 1999 bin ich Fraktionsvorsitzender. 2004 wurde ich zum 1. stellvertretenden Bürgermeister ernannt und seit 2008 bin ich Kreisrat im Erzgebirgskreis. 2011 wurde ich im ersten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt. Ich übernahm mein Amt in einer für die Stadt schwierigen finanziellen Zeit mit rund neun Millionen Euro Schulden und einer Rückforderung von 2,9 Millionen Euro durch die Landesregierung mit der Option Waldverkauf, das sah auch das zu führende Haushaltssicherungskonzept vor. In Verhandlungen mit der Staatsregierung ist es dann gelungen, die Zwangsvollstreckung abzuwenden. Dank der engagierten Arbeit der Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie kluger Beschlüsse des Stadtrates (meist einstimmig) ist es gelungen, die 2,9 Millionen Euro in drei Jahren und in Abstimmung der Staatsregierung zu begleichen, und den Schuldenstand zum 31.12.2017 auf 2,1 Millionen Euro zu senken. Eine wesentliche Rolle hat dabei die vorgezogene Holzernete gespielt. Aber auch Investitionen hatten den Anspruch, sich ohne Kre-



ditaufnahme innerhalb von vier Jahren refinanziert zu haben (Straßenbeleuchtung). Die Übernahme von Heizungsanlagen kommunaler Einrichtungen hat ebenso beigetragen. Diese sparsame Haushaltsführung, die noch wesentlich mehr beinhaltet, hat dazu geführt, dass wir als Stadt Geyer einen ausgeglichenen Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 als Arbeitsgrundlage besitzen. Für die folgenden Jahre ist nach

und nach der Investitionsstau abzubauen, das heißt u.a.: Neubau der Sporthalle (in Planung), grundlegende Sanierung unserer Schule, Bau von weiteren Straßen und Gestaltung von Freiflächen. Es werden anspruchsvolle Jahre, denen ich mich gern stelle und deshalb kandidiere. Gemeinsam mit dem Stadtrat, den Mitarbeitern der Verwaltung und der gesamten Bürgerschaft sind diese hohen Ziele erreichbar. Glück Auf!“

Gleichstellung bleibt auch 2018 eine wichtige Aufgabe

Nach dem Grundgesetz von 1947, Artikel 3, sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Gleichberechtigt heißt aber nicht gleichgestellt.

Erst 1957 wurde das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet. Eine Gleichstellung ist aber bis heute noch nicht vollkommen realisiert. Gleichstellung bedeutet die Angleichung aller Lebensbedingungen der Menschen, egal welchen Geschlechtes, welcher Nationalität und Religion. Auch alle Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen haben ein Recht auf Gleichstellung. Seit 1994 ist dies Staatsziel. „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung und wirkt auf die bestehenden Nachteile hin“ – Grundgesetz Art. 3 Abs. 2

Wie sieht es nun in der Wirklichkeit aus? Im 2. Gleichstellungsbericht aus dem Jahr 2015, der in jeder Legislaturperiode vorgelegt wird, beschreibt ein Expertenteam, was und wie die Situation im Land ist und gibt Empfehlungen zur Veränderung. Die Grundaussage: Wir sind nicht wesentlich weiter gekommen. Davon kann sich jeder selbst überzeugen.

Die Aufgabe bleibt bestehen und muss weiterhin konsequent durchgesetzt werden. Die Verwirklichung von Chancen kann nur erreicht werden, wenn Strukturen erkannt und verwirklicht werden. Eine Möglichkeit wäre, Frauen und Männer nicht zu typisieren, sondern sie nach ihren Fähigkeiten zu beurteilen. Frauen und Männer sind heute gleich gut ausgebildet, sie haben Anspruch auf Gleichbehandlung im Beruf und auf eine entsprechende Entlohnung. Dasselbe gilt für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen.

Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten wird immer wichtiger, wenn man die Umsetzung der Hinweise im Gleichstellungsbericht realisieren will. Im täglichen Leben wird die Gleichstellung als ein nicht so wichtiges Thema gesehen.

Wie anders soll man werten, dass viele Stellen in diesem Bereich unbesetzt bleiben? Die weitere Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Landkreisen und Kommunen bleibt für uns eine wichtige Aufgabe.

• Heide-Marie Bamler, Andrea Schrutek

Linksjugend nun auch in Aue präsent

Zu Beginn des Jahres, am 2. Januar, konstituierte sich eine neue Basisgruppe der Linksjugend [solid] Erzgebirge in Aue. Den Vorsitz übernimmt Christian Georgi aus Bockau, der bereits seit 2008 Linksjugend- und Parteimitglied ist. An der konstituierenden Sitzung nahmen sieben Personen teil, darunter drei Parteimitglieder und vier gänzlich neue junge Leute. Letztere sind alle Schüler*innen des Clemens-Winkler-Gymnasiums in Aue, im Alter von 15 bis 17 Jahren. Mit der Gründung konnte auch ein Parteimitglied in die Arbeit der Linksjugend eingebunden werden. Zudem haben wir die Hoffnung, weitere Genossen wieder in die Linksjugend zu integrieren, die bereits vor einigen Jahren aktiv waren.

Neben einer Kennenlernrunde wurden zudem Themen gesammelt, welche die neuen Mitglieder bewegen und bei welchen sie Lust haben, aktiv zu

werden. Allem voran wurde das Handlungsfeld Antifaschismus genannt. Daneben sind aber auch Verteilungsgerechtigkeit, Feminismus, Repression und Überwachung sowie Außenpolitik als von großer Bedeutung bezeichnet worden. Wichtig ist es nun, die neuen

Mitglieder in der politischen Arbeit zu schulen und sie mit den Inhalten der LINKEN vertraut zu machen.

• Theresa Ruttloff, Mitglied des Arbeitskreises Linksjugend Erzgebirge und stellvertretende Kreisvorsitzende



Neuer Vorstand gewählt

Am 13. Januar 2018 traf sich der Kreisverband Zwickau in der Sachsenlandhalle Glauchau zum 10. Kreispartei-tag. Wesentliche Aufgabe war die Wahl des Kreisvorstandes, der Kreisfinanzrevisionskommission sowie der Delegierten für den Bundesparteitag und die LandesseniorInnenkonferenz. Den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes für 2016 und 2017 hielt Sandro Tröger. In der konstruktiven Debatte meldeten sich zahlreiche Genossinnen und Genossen zu Wort.

Für die Funktion des Kreisvorsitzenden gab es zwei Kandidaten – Moritz Thielicke und Sandro Tröger. Von 132 Stimmen konnte Moritz Thielicke 34 (26,6 Prozent) auf sich vereinen. Sandro Tröger erhielt 87 Stimmen (68 Prozent) und ist somit der alte und neue Kreisvorsitzende. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Heiko Döhler, Vorsitzender des Ortsverbandes Werdau, gewählt. Die bisherige Kreisschatzmeisterin sowie die Kreisgeschäftsführerin wurden bestätigt. Jugendpolitischer Sprecher bleibt auch im neuen Kreisvorstand Michael Berger. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden



Marlies Schneider, Marina Salzwedel, Simone Hock sowie Alexander Weiß, Sascha Wunsch, Chris Prügner und Peter Reichel. Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch.

Der Kreisfinanzrevisionskommission gehören drei Genossinnen und Genossen an. Bei den sechs Delegierten für den Bundesparteitag kamen vor allem die jungen Kandidatinnen und Kandidaten zum Zug. Wahlberechtigt und wählbar für unsere acht Delegierten-

mandate zur LandesseniorInnenkonferenz waren alle Mitglieder ab dem vollendeten 60. Lebensjahr. Fünf Genossinnen und drei Genossen werden uns dort vertreten.

Dem Kreisparteitag lagen überdies inhaltliche Anträge vor, die nach sachlicher Diskussion an den Kreisvorstand überwiesen oder von den Anwesenden beschlossen wurden.

• *Simone Hock*

Ehrung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg

Am 14. Januar versammelten sich Mitglieder der Partei DIE LINKE und der SPD neben Bürgern der Stadt Zwickau, um zum 99. Jahrestag der Ermordung der Kämpfer für Frieden und Freiheit, Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht, zu gedenken. Die Veranstaltung eröffnete Alexander Weiß, Mitglied des Kreisvorstandes der LINKE. Die Rede übernahm der Landtagsabgeordnete Mario Pecher (SPD). Er wies darauf hin, dass die Idee eines Demokratischen Sozialismus und der Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit noch tägliche Aufgaben sind. Die Welt ist gefährdet durch Kriegstreiber, wie den Diktator aus Nordkorea oder den Fake-News-Verbreiter Trump, und durch den Waffenhandel, auch den deutschen. Eine große Bedrohung stellt außerdem die Spaltung der Gesellschaft dar.

Es gibt also genügend Lehren aus der Geschichte, die beachtet werden müssen.

Ute Büning brachte in ihrem Gedicht sehr emotional zum Ausdruck, dass das Kapital vor nichts zurückschreckt und die Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit überall verfolgt werden. Diese Aussagen werden durch geschichtliche Ereignisse in der heutigen Zeit belegt – etwa die Verfolgung von Journalisten in der Türkei, das asoziale Verhalten der Superreichen bei der

Steuervermeidung (Paradise Papers), oder die Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Gewinnmaximierung des Kapitals (Siemens). Nach der Kranzniederlegung erklang das Arbeiterkampflied „Auf, auf zum Kampf“. Es gab allen mit auf den Weg, nicht aufzugeben und im Sinne von Karl und Rosa zu handeln.

• *Text und Foto: Ute Brückner*



Linksjugend Zwickau wählte neuen Vorstand

Die linksjugend [!solid] Kreis Zwickau hat am 6. Januar 2018 in Glauchau einen neuen Vorstand gewählt. Nicht mehr angetreten sind aus beruflichen Gründen Tina Jentzsch und Aron Leiding. Dem Vorstand neu angehören Etienne Hertzsch aus Meerane und Franz Bergmann aus Zwickau. Bestätigt wurden Marlies Schneider als Schatzmeisterin (Glauchau) und Michael Berger (Glauchau) als jugendpolitischer Sprecher. Mit Alexander Weiß (Hohenstein-Ernstthal), Chris Prügner (Limbach Oberfrohna) und Anna

Gina Hahn (Meerane) gehören dem Vorstand weitere erfahrene Mitglieder an. Alexander Weiß ist noch dazu Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Vakant bleibt ein Platz auf der Frauenliste, der bald besetzt werden soll. Damit startet die linksjugend [!solid] Kreis Zwickau in das vierte Jahr ihres Bestehens. Nachdem im vergangenen Jahr die Unterstützung im Bundestagswahlkampf im Vordergrund stand, möchte man 2018 mit vielfältigen politischen Veranstaltungen in die Gesellschaft hinein wirken.



Unsere gewählten Delegierten

Für den Bundesparteitag

Marlies Schneider
Ute Brückner
Anna Gina Hahn
Alexander Weiß
Michael Berger
Peter Reichel

Für die LandesseniorInnenkonferenz

Elke-Gudrun Heber
Marina Salzwedel
Ursula Stein
Christine Winkler
Ursula Hoffmann
Horst Wehner
Thomas Koutzky
Peter Siegel

Kurz gemeldet

Achtung Frauentag!

Wie in den zurückliegenden Jahren wird es auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit geben, gemeinsam in der Kreisgeschäftsstelle Blumen für die Verteilaktionen zum Frauentag zu binden. Bitte meldet bis spätestens zum 15. Februar in der Kreisgeschäftsstelle, wie viele Sträuße ihr für Eure Ortsverbände binden wollt und wie viele Genossinnen und Genossen beim Binden helfen können. Diese können dann mitgenommen werden, der Rest wird in Zwickau verteilt. Ich würde mich über Eure rege Beteiligung auch in diesem Jahr sehr freuen!

• *Sascha Wunsch*

Veranstaltungshinweis: Republik Europa?

Mit diesem Thema befasst sich im Februar die Mitgliederversammlung der BO Wilkau-Haßlau.

Was war Europa, was ist aus Europa geworden und wie wird ein zukünftiges Europa aus linker Perspektive aussehen? Haben wir als Linke überhaupt etwas bei Europas Zukunft mitzureden oder müssen wir tatenlos zusehen? Was sind überhaupt linke Zukunftsvisionen für diesen Kontinent, mit seinen Inseln? Fragen über Fragen, welche wir gemeinsam beantworten werden. Mit Björn Reichel.

21. Februar 2018, 18 Uhr, Kleingartenanlage Am Schmelzbach, Griesheimer Straße/Kreuzung B 93 (neben Friedhof), Wilkau-Haßlau

Spurensuche

Birgitt Köhler, linke Gemeinderätin in Nünchritz, engagiert sich für Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart. Ein Portrait von *Harald Kühne* (Text und Bild)

Sie wird es nicht gerne hören und abwinken, aber es ist nun mal so. Birgitt Köhler ist in Nünchritz bekannt wie ein sprichwörtlicher „bunter Hund“. Wenn man mit der ehemaligen Lehrerin durch den Ort läuft, spürt man das. Seit vier Legislaturperioden wirkt sie für die LINKE im Gemeinderat und hat im Laufe der Jahre einiges bewegt.

Und es gibt da etwas in Nünchritz, dafür setzt sie sich zur Zeit besonders ein: das sowjetische Ehrenmal an der S88 nach Riesa. Seit der Wende verschlechterte sich dessen Zustand zusehends. Abgesehen davon, dass der Anblick rein optisch eine Schande war, ging es Birgitt Köhler vor allem um einen würdigen Umgang mit der Geschichte. Die dort begrabenen Soldaten der Roten Armee waren im Kampf gegen den Hitlerfaschismus bis nach Nünchritz gekommen. Vor allem störte es sie, dass die Namen der dort Beerdigten infolge der stalinistischen „Säuberung“ verschwunden und nirgendwo im näheren Umfeld Unterlagen zu finden waren. Birgitt Köhler machte sich stark für die Rekonstruktion des Denkmals, sprach die Notwendigkeit immer wieder in der Gemeinde an, recherchierte im Rathaus, im Ehrenhain

Zeithain, im Stadtmuseum Riesa, fuhr nach Dresden ins Staatsarchiv und entdeckte dort ein Foto des Obeliskens, auf dem Namen der beerdigten Sowjetsoldaten zu sehen waren. Sie überwand viele bürokratische Hürden und fand letztendlich in ihrer eigenen Fraktion und beim Bürgermeister Verbündete. Schließlich flossen die erforderlichen Mittel über die Kriegsgräberfürsorge. Am 21. November 2017 war es endlich soweit. Im Beisein des Vizekonsuls des

Generalkonsulats der Russischen Föderation wurde das im Einvernehmen mit dem Denkmalschutz rekonstruierte Ehrenmal samt Namenstafeln eingeweiht. Birgitt Köhler denkt zurück. Sicher war es auch diese Geschichte, die Birgitt Köhler ermutigt hatte, sich so vehement für das Denkmal einzusetzen: Im Jahre 1982 weilten auf Einladung der Russischlehrerin Christel Müller, Leiterin des „Klubs der internationalen Freundschaft“ an der

Hanns-Eisler Oberschule, eine ukrainische Mutter und zwei Angehörige in Nünchritz, um die letzte Ruhestätte ihres Sohnes besuchen. Sie weinte und hatte eine Handvoll heimatliche Erde mitgebracht. „Es ist damals so viel Leid geschehen“, sagt Birgitt Köhler. „Angesichts der heutigen Geschehnisse müssen wir alles tun, um aus der Vergangenheit zu lernen.“

Birgitt Köhler ist damit noch nicht am Ende der Bemühungen. Nötig ist noch eine Tafel, die die historischen Zusammenhänge erklärt, und es fehlen noch die Namen von sechs weiteren Gefallenen. Das russische Konsulat unternimmt dazu alle Anstrengungen. „Und auch das VVN-Denkmal im Gläubitzer Wald darf nicht in Vergessenheit geraten“, ergänzt die engagierte Gemeinderätin.

Ja, und dann sind da noch die vielen selbstgemalten Bilder in ihrer Wohnung, die ehrenamtliche Tätigkeit im Gemeinderat, der Chorgesang, die Schafe an der Elbe, die öffentliche Toilette am Markt, die neu gestrichenen Bänke im Ort, ihre Liebe zur Kunst und Natur, die Betreuung von Flüchtlingen ... Aber das sind dann schon wieder andere Geschichten.



Die Lebenden müssen jetzt mahnen!

Ein antifaschistischer Blick auf zwei Orte im Kreis von *Reinhard Heinrich* und *Michaela Vogel* (Bilder und Text)

Als Bundespräsident Roman Herzog 1996 den 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte, wird mancher Bundesbürger im Westen dies nur als politische Belästigung empfunden haben. Und im Osten war garantiert einigen Leuten „klar, dass uns damit nur der zweite Sonntag im September als – traditioneller – Gedenktag für die Opfer des Faschismus gestohlen“ werden sollte. So hätte der 27. Januar eigentlich ein „gesamtdeutsch ignoriertes Tag“ werden können. Nimmermüde Feinde der Demokratie haben uns jedoch Jahr für Jahr daran erinnert, dass es nicht um ein Ritual geht, sondern um unsere Selbstvergewisserung gegen die Gleichgültigkeit, um unsere Mo-

bilisierung gegen antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft.

Am Coswiger OdF-Gedenkstein brachte Stadtrat Bernhard Kroemer den Anlass des Gedenkens in Zusammenhang mit der Initiative „Coswig – Ort der Vielfalt“, in der er selbst mitarbeitet. Coswigs Oberbürgermeister Frank Neupold, alljährlich selbstredend Teilnehmer am Gedenken, drückte am dritten Gedenkstein, den sich Coswig gesetzt hat, zwischen Rathaus und Stadtmuseum, seine Freude aus, bestimmte Stadträte quer über die Fraktionen, aber auch Coswiger Bürger jedes Jahr zu diesem Anlass wieder zu sehen – und dadurch an die Stabilität der Demokratie positiv erinnert zu werden. Das war nicht immer so sichtbar wie in diesem Jahr. Und das ist nicht überall so. In Meißen war dieses Jahr endlich auch Oberbürgermeister Olaf Raschke dabei. Ein gutes Zeichen, das Meißen Öffentlichkeit bitter nötig hat. Nach der Niederlegung lag alles ordentlich da. Pfarrer Oehler erwartete anschließend die Gedenkenden mit Schülern vom Afra-Gymnasium zu einer Andacht mit 30 Teilnehmern, die eng mit Themen der Gegenwart wie Krieg und Vertreibung verbunden war. Allerdings waren



90 Minuten nach der Niederlegung zwei Gebinde (von DIE LINKE und SPD) verschwunden. Es lagen nur die abgerissenen Schleifen herum. Einzig der Kranz vom OB war übrig, sowie einige – aber nicht alle – Blumensträuße. Am Montag war auch der Kranz des OB weg und von den Blumen nur ein paar Reste verstreut.

Hier suchen Antidemokraten die Konfrontation, wollen Meißen vielleicht als „national befreite Kreisstadt“ darstellen. Weit scheint es nicht mehr dort hin – aber erreichen werden sie es nicht. Da können noch so viele CDU-Stadträte und CDU-Landtagsabgeordnete in Meißen offene Propaganda für AfD und „Heimatschützer“ machen.

Glückwunsch, Hans!

Gäste aus Meißen zur Geburtsfeier in Berlin

Lieber Hans Modrow, anlässlich Deines 90. Geburtstages möchten wir Dir ganz herzlich gratulieren. Alles Gute, viel Gesundheit und Schaffenskraft wünschen wir Dir. Danke für Deinen Einsatz für eine gerechte, linke Politik in Deutschland und Europa. Mit freundlichen Grüßen – im Namen der Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes DIE LINKE. Meißen – Norbert Menz (BO Radebeul)

Persönliche Grüße überbrachten Monika und Andreas Graff, der persönliche Mitstreiter des Jubilars in heißen Wendezeiten.



Ärger um Steinbruch in Pließkowitz

Eine Bürgerinitiative kämpft gegen Belastungen - unterstützt auch durch LINKE Abgeordnete. Von *Marion Junge* und *Felix Muster*

Die Bürgerinitiative (BI) „Steinbruch Pließkowitz“ hatte sich mit einer Sammelpetition mit 625 Unterschriften an den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages gewandt. Sie forderten von der Landespolitik Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Bürger*innen der Orte Kleinbautzen, Pließkowitz, Doberschütz, Niedergurig und Malschwitz, die durch den Betrieb erhöhten Belastungen durch Lärm, Feinstaub und Beschädigungen an ihren Häusern durch Sprengungen ausgesetzt sind. Sie befürchteten, dass die Probleme zunehmen, wenn der Steinbruch wie geplant erweitert wird. Sie fordern deshalb von der Politik und der Firma „ProStein“ Lösungen gegen den weiteren Raubbau an der Natur. Die geplante Erweiterung der Sondermüll-Halde um weitere 15 Meter soll verhindert werden. Das Flächendenkmal „Teufelsstein“ muss geschützt und erhalten bleiben. Die BI fordert nachdrücklich, die Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionschutzgesetz durchzuführen.

Der Ortstermin des Petitionsausschusses am 15. Januar diente der Vor-Ort-Begehung und Verständigung zwischen den verschiedenen Interessenvertretern. Ziel war es, akzeptable und machbare Lösungen für die betroffenen Bürger*innen und dem Bergbauunternehmen mittels Landes- und Kreisbehörden zu finden und wenn möglich, Abhilfe für den Interessenkonflikt zu schaffen. Es nahmen Mitglieder des Petitionsausschusses des Landtages, Vertreter der Petenten bzw. der Bürgerinitiative „Steinbruch Pließkowitz“, Vertreter des Wirtschafts- und Umweltministeriums, des Sächsischen Oberbergamtes, des Landesamtes für Archäologie, des Landratsamtes – Untere Naturschutzbehörde, der Bürgermeister aus Malschwitz und des Bergbauunternehmens ProStein GmbH & Co. KG teil. Zwar konnten noch nicht alle Fragen geklärt

werden. Aber nachdem die Fronten sehr verhärtet waren, ist es zumindest gelungen, einen neuen Dialog anzuschließen. „Es war ein sehr interessanter Ortstermin und ich hoffe, dass jetzt ein Nach- und Umdenken bezüglich des Umweltschutzes und der Beseitigung der Gefahren für Mensch, Natur und Umwelt gibt. Danke an alle Beteiligten für die sachliche Diskussion und gute Vorbereitung“, so Marion Junge. Heiko Kosel, der als lokaler Landtagsabgeordneter teilnahm, äußerte sich dazu auf Facebook: „Die solide Prüfung der Auswirkungen der Pläne von ProStein steht als Aufgabe für alle Beteiligten. Wir Oberlausitzer dürfen nicht schlechter gestellt werden als Bürger in den alten Bundesländern. Dort wird nach Auskunft der Vertreter des Oberbergamtes auf Steinbrüche das Bundesimmissionschutzgesetz angewendet, bei uns ist dies aufgrund vereinigungsbedingter Vorschriften nicht der Fall. Die Anwendbarkeit des BlmschG und die Verpflichtung zur Umweltverträglichkeitsprüfung sind deshalb noch einmal genau zu prüfen. Wegen der hohen Gesundheitsrisiken sind die Messungen

zur Fein- und Schwebstaubbelastung entsprechend den Forderungen der Bürgerinitiative durchzuführen. Keine Tricks! Wer hier nicht in enger Abstimmung mit der Bürgerinitiative vorgeht, riskiert die gemeinsame Kompromissuche. Die durch die Sprengungen verursachten Gebäude- und sonstigen Schäden sind durch ProStein unbürokratisch und kulant zu ersetzen und bei der tatsächlichen Betriebsführung ist auf die Geräuschbelastung der Anwohner Rücksicht zu nehmen. Die Funktionsfähigkeit der ‚Teufelssteine‘ als archäologisches Kulturgut ist sicherzustellen. Auch die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sind unter aktuellen Gesichtspunkten zu prüfen. Gibt es eventuell negative Auswirkungen auf das Projekt ‚Lausitzer Biokarpen?‘ Unwillen erregte die Mitteilung, dass die Gemeinde Malschwitz zwar (fast) keine Gewerbesteuer von ProStein erhält, der Freistaat Sachsen aber die Förderabgabe. Die Vorhaben von ProStein müssen an den Gemeinwohlinteressen der Region und ihrer Einwohner gemessen werden. Nur dies kann die Grundlagen von Kompromissen sein!“



Foto: Wolkentrater / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

Viele Gratulanten zum 90. Geburtstag



Am 15. Januar feierte unsere Hoyerswerdaer Genossin Johanna Fiedler ihren 90. Geburtstag. Als Gratulanten reihten sich die Stadt Hoyerswerda, vertreten durch Bürgermeister Thomas Delling, der Landes- und Kreisverband unserer Partei, das Büro Caren Lay und die VVN-BdA Sachsen und viele weitere ein. Johanna Fiedler genießt auch in ihrem hohen Alter weiterhin die Anerkennung als engagierte und zuverlässige Genossin. Wir wünschen ihr auch auf diesem Weg Alles Gute und noch viele weitere Jahre im Kreise unserer Genoss*innen.

• Heinrich Ruynat (Text, Foto) und Silvio Lang
Die nächste Kreismitgliederversammlung

Termin

Die nächste Kreismitgliederversammlung findet voraussichtlich am Sonnabend, dem 3. März 2018 von 9:30 Uhr bis 15 Uhr im Schützenhaus Pulsnitz, Wettinplatz 1, statt. Schwerpunkte werden die Themen Kommunalpolitik und Wahlauswertung sein. Es werden die Delegierten für den Bundesparteitag und die Landesseniorenkonferenz gewählt. Eine schriftliche Einladung mit weiteren Informationen wird rechtzeitig an alle Mitglieder und kommunalen Mandatsträger*innen versandt.

• Felix Muster, Kreisgeschäftsführer

Ein Jahrzehnt leerer Versprechungen

Bereits im Januar 2007 fragte der sorbische LINKEN-Abgeordnete Heiko Kosel die Sächsische Staatsregierung im Landtag, wie sie für den Einsatz von mehr Polizeibeamtinnen und -beamten mit sorbischen Sprachkenntnissen im sorbischen Siedlungsgebiet sorgen wolle. Problemlösungen wurden versprochen, zuletzt durch den damaligen Görlitzer Polizeipräsidenten Conny Stiehl im Oktober 2016. Auf erneute Anfrage von Heiko Kosel liegen nunmehr aktuelle Antworten der sächsischen Staatsregierung vor. Daraus ist ersichtlich, dass die Staatsregierung bis heute keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Anzahl sorbischsprachiger Beamter zu erhöhen.

Medienberichten im Oktober 2016 zufolge hatte der Görlitzer Polizeipräsident Conny Stiehl bei einer Veranstaltung der Polizeifachhochschule Rothenburg in Görlitz verkündet, dass zukünftig verstärkt darauf geachtet werden solle, sorbischsprachige Polizistinnen und Polizisten auszubilden und im sorbischen Siedlungsgebiet einzusetzen. Bei dieser bloßen Absichtserklärung ist jedoch geblieben, kritisiert Kosel. Vielmehr liegen der Staatsregierung noch nicht einmal konkrete Zahlen vor, wie viele Beamtinnen und Beamte tatsächlich über anwendungsfähige Sprachkenntnisse verfügen. „Das zeigt auch, wie in-

ihrem eigenen Maßnahmenplan zur Ermutigung und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache (beschlossen am 24.04.2012) in der Praxis, konkret mit dem dort erfassten Ziel 1.1.- Mehr Sorbischkenntnisse im öffentlichen Dienst, umgeht“, kritisiert der Abgeordnete. Auch der 5. Bericht der Staatsregierung zur Lage des sorbischen Volkes bleibe hier nebulös, denn dort wird lediglich erklärt, dass die Bürgerpolizisten in der Oberlausitz „zum Teil selbst Angehörige des sorbischen Volkes sind“. Eine konkrete Zahl wird nicht genannt. „Wie sollen dann Verbesserungen der Polizeiarbeit für den verfassungsmäßigen Schutzauftrag gegenüber den Sorben erfolgen?

Nach nun mehr als zehn Jahren ist es leider bei bloßen Absichtserklärungen der Regierung geblieben“, so Kosel.

Damit werde keinesfalls das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden, insbesondere bei sorbenfeindlichen Straftaten gestärkt. „Vielmehr fühle ich mich an meine Kindheitslektüre von Indianerbüchern erinnert, wo den Ureinwohnern Amerikas im 19. Jahrhundert Versprechungen gemacht wurden, ‚solange das Wasser fließt, die Büffel weiden und der Himmel blau ist‘. Moderne Minderheiten- bzw. Nationalitätenpolitik im Europa des 21. Jahrhunderts muss jedoch anders aussehen, auch in Sachsen.“

„Das Rote Moskau' in der Flasche“. So ist eine kurze Geschichte in meinem Buch „Lauter Leben“ überschrieben. Die 92-jährige Elsa Wolf aus Wurzen hat sie mir 2012 erzählt. Ein dankbarer Rotarmist hatte der Geschäftsfrau 1945 ein kleines Parfümfläschchen geschenkt. Wie ein Juwel rettete sie die edle Kostbarkeit über die Zeiten. „Krasnaja Moskwa“ schimmerte vom vergilbten Etikett. „Duftet doch diskret, nicht?“, ließ sie mich schnüffeln.

Dass ich mit dem sowjetrussischen Parfüm den Wohlgeruch einer ganzen Epoche in der Nase hatte, erfahre ich erst aus Karl Schlögels monumentalem Geschichtsbuch „Das sowjetische Jahrhundert“. Auf einzigartige Weise hat der Osteuropa-Historiker darin das bolschewistisch-sozialistische Imperium anhand dessen lebensartlicher Eigenheiten und Mythen, einschließlich des „Krasnaja-Moskwa-Duftes“, für die Nachwelt konserviert. Seit seinem Erscheinen im Herbst 2017 überbietet sich das Feuilleton in Lobeshymnen. Ein Grund mehr, dass Nummer 30 des Gesprächskreises Jour fixe am Leipziger Standort der RLS Sachsen im Januar mit Schlögels Opus magnum in sein viertes Jahr startet. Den Lorbeerkränzen der Literaturkritik fügt Klaus Kinner in seiner Eröffnung weitere hinzu. So würdigt er des Historikers Neuerungsmessung der sowjetischen Welt als synchrones Meisterwerk von empathischer Reportage und vernunftbasierter Reflexion. Wie niemand zuvor habe Schlögel die „Enge des Alltags, die Weite der Weltmachtambitionen und die bittere Kluft zwischen beiden“ in einer kaleidoskopischen Gesamtschau verwoben. Seine Sujets reichten von den Megabauten des

Was ein Parfüm erzählt

Jour fixe 30 erkundet Karl Schlögels „Das sowjetische Jahrhundert“. Von *Wulf Skaun*



Kommunismus, den Massengräbern des Stalinschen Terrors und den Paraden der Macht über die Rituale des täglichen Lebens, die Beengtheit der Gemeinschaftswohnungen bis hin zu Orten des privaten Glücks und der kleinen Freiheit: dem Kulturpark, der Datscha, den Ferien an der Roten Riviera. In diesen und vielen weiteren Realitäten fern der „Haupt-

und Staatsaktionen“ habe das Sowjetsystem seine Spuren hinterlassen. Schlögels Auge für charakteristische „Splitter des Imperiums“ und seine kongeniale Handschrift, diese wirkmächtig an den Leser heranzutragen, veranschaulicht dann Ursula Wohlfeld. Sie liest hörwirksame Kostproben des Originaltextes. Mit welcher analytischen Distanz und zugleich innerer Anteilnahme der Historiker zum Beispiel den Tschernobyl-Super-GAU schildert oder das beklemmende Eingepferchtsein von Generationen in den sogenannten Kommunalkas – das atmet Kischsches Reportagenformat.

So gerät denn auch die Diskussion zu einer Hommage an den Forscher und Autor. Selten hat sich ein übervolles Haus so lebhaft engagiert. 21 Wortbeiträge dokumentieren, dass Schlögels „Archäologie einer untergegangenen Welt“ Herz und Verstand seiner Leser ergreift. Willi Beitz, der Senior der Runde, findet berührende Worte, als er dem in Westdeutschland sozialisierten Historiker dankbar bescheinigt, ein wahrhaftiges, also ganzheitliches Bild von der Sowjetgesellschaft, den „Leiden wie den Leistungen von Generationen“, gezeichnet zu haben. Hartmut Kästner beeindruckt Schlö-

gels Sympathie, die auch noch dort zu spüren sei, wo eine „elegische Stimmung“ walte und Verurteilungswürdiges ausgeleuchtet werde. Einer Summa-cum-laude-Laudatio gleicht Manfred Neuhaus' Lektürebefund. Schlögels Intention, typische Orte und Gegenstände zu analysieren, um die sowjetische Lebensform zu verstehen, das Geheimnis zu lüften, warum die UdSSR so lange gehalten habe und dafür die Methode der unmittelbaren, eigenen Anschauung zu wählen, sei ein grandioser Vorgang. „Er ist auch hilfreich, eigene Bemühungen, die Wirklichkeit zu beschreiben, kritisch zu hinterfragen.“ Monika Runge und Peter Porsch knüpfen ihre Statements an persönliche Erfahrungen mit Land und Leuten. Aus diesem Blickwinkel bewerten sie Schlögels „Lebensbeschreibung des sowjetischen Alltags“ als großartige unikate Stimme in der Flut der Auseinandersetzungsliteratur mit Russischer Revolution, Stalinismus und Sowjetkommunismus.

Wo, wie bei Jour fixe, viele gelehrte Köpfe im Gespräch sind, bleiben auch werkkritische Töne nicht aus. Günther Hempel vermisst eine dezidierte Sicht Schlögels auf die Orthodoxie und ihren gesellschaftlichen Einfluss in Zeiten des Roten Sterns. Doch hatte der Autor Vollständigkeit selbst ausgeschlossen. Seinem „Jahrhundertbuch“ tut das keinen Abbruch. Der Thorndike-Großfilm „Das Russische Wunder“ erzählte einst, wie ein Bastschuhland in den kosmischen Raum vorstieß. Schlögels Wälzer über das Geschichtswunder Sowjetunion erzählt, wie dessen zivilisatorischer Kosmos ein Zeitalter der Extreme prägte. Symbolisiert auch durch ein Parfüm.

Bitte um Spenden für sowjetisches Fliegerehrenmal in Syhra

Am 19. Oktober 2017 jährte sich zum 51. Mal der Tag, an dem zwei sowjetische Militärflieger des Flugplatzes Altenburg/Nobitz mit einer MiG 21U bei einem Übungsflug nahe dem heutigen Geithainer Ortsteil Syhra tödlich verunglückten. Flugzeugführer Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirov verzichteten darauf, sich rechtzeitig per Fallschirm aus der havarierten Maschine zu retten, um die Menschen im Dorf Syhra durch deren Absturz nicht zu gefährden. Die damals 43 und 35 Jahre alten Piloten kamen ums Leben, da die noch verbliebene Flughöhe nicht ausreichte, um die Rettungsfallschirme vollständig zu öffnen.

Das ihnen zu Ehren errichtete und in die Kreisdenkmalliste als „sowjetisches Fliegerehrenmal – Denkmal aus zeitgeschichtlichen Gründen“ aufgenommene Denkmal ist jedoch seit Jahren sanierungsbedürftig. Inzwischen ist die weitere Existenz des Ehrenmals bedroht. Die Kosten für eine denkmalgerechte Sanierung werden mit ca.

6.500 Euro veranschlagt. Die erforderliche denkmalrechtlich genehmigte Genehmigung für die Sanierung wurde von der Kreisdenkmalbehörde des Landkreises Leipzig erteilt. Der Ortsverband Geithain der Partei DIE LINKE und die Geithainer Stadträte der Partei, die das Umfeld des Denkmals seit vielen Jahren pflegen, bitten deshalb um Unterstützung, zumal der Erhalt einer staatlichen Zuwendung ungewiss ist. Unsere

seit Dezember 2017 örtlich und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE auf Bundes-, Landes- und Kreisebene bisher durchgeführte Spendensammlung erbrachte bis zum 12. Januar eine Summe in Höhe von 2.860 Euro.

Wer mithelfen will, die selbstlose Tat der beiden Piloten durch den Erhalt des Ehrenmals nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, kann eine

Spende (jeder noch so kleine Betrag hilft) auf das Konto des Kreisverbandes Westsachsen der Partei DIE LINKE überweisen:

Sparkasse Leipzig
IBAN: DE85 8605 5592 1100 7244 15
BIC: WELADE33XXX
Zahlungsgrund: Viktor

Bei zusätzlicher Angabe von Name, Vorname und vollständiger Anschrift im Zahlungsgrund wird eine Spendenbescheinigung übersandt.

Wir bedanken uns schon jetzt für die Unterstützung und werden nach Abschluss der Sanierung umfassend öffentlich informieren und Rechenschaft ablegen. Wir hoffen, dass das Gedenken am 52. Tag der Wiederkehr des Unglücks am sanierten Denkmal erfolgen kann. Wir werden alles dafür tun.

• Solidarische Grüße von Bernd Gnant und den Mitgliedern des Ortsverbandes



Keine Rechtfertigung für dieses Regime

Stefan Liebich über die Proteste im Iran



Foto: Mohammed1970 / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

Kurz vor dem Jahreswechsel gingen in Maschhad, im Osten der Islamischen Republik Iran, Menschen auf die Straße, um gegen Korruption und steigende Preise zu protestieren. Schnell wurden aber auch politische Forderungen erhoben: „Nicht Gaza, nicht Syrien, nicht Libanon, wir opfern uns nur für den Iran“, hieß es unter anderem. In Windeseile verbreiteten sich die Demonstrationen im ganzen Land und entwickelten sich zur stärksten Widerstandsbewegung seit der so genannten „Grünen Bewegung“ im Jahr 2009. Zehntausende gingen auf die Straße, aber doch war einiges anders. Nicht die Hauptstadt war der Kern, sondern eher die ländlichen, ärmeren Regionen. Es waren auch keine politischen Führer erkennbar, sondern es brach sich der spontane Frust derjenigen, die sich vom Regime vergessen fühlten, Bahn. Steigende Arbeitslosigkeit, steigende Preise und Perspektivlosigkeit nährten den Zorn, der hier zum Ausbruch kam. Das Regime reagierte zunächst ratlos und konfus, später aber wie gewohnt. Systemtreue Gegendemonstrationen wurden organisiert, die sozialen Netzwerke und Kommunikationsdienste blockiert, es gab tausende Festnahmen, Folter und auch Tote. Nach einigen Tagen endete die Welle der Demonstrationen.

US-Präsident Donald J. Trump äußerte sich auf dem Höhepunkt der Proteste auf Twitter und stellte sich an die Seite der Protestierenden. Das war nicht

überraschend und – wie immer – innenpolitisch begründet. In seinem Präsidentschaftswahlkampf hatte er kein gutes Haar an dem Abkommen gelassen, das sein Vorgänger Barack Obama gemeinsam mit der Europäischen Union, Russland und China mit dem Iran verhandelt hatte und das zum Ziel hatte, eine Reihe von Sanktionen aufzuheben, wenn im Gegenzug der Iran auf die weitere Entwicklung von Nuklearwaffen verzichten würde. Für Trump ist der Iran einfach ein Schurkenstaat. Wenn er mit der gleichen Energie das saudische Regime kritisieren würde, wäre er glaubwürdiger. Aber das rüstet er lieber auf.

Im Iran hatten seine Botschaften auch keinen Nutzen, im Gegenteil. Die Menschen dort – egal auf welcher Seite – wissen sehr genau, dass sie Trump ein pauschales Einreiseverbot zu verdanken haben. In dem Konflikt um die Vorherrschaft in der Region, der zwischen Riad und Teheran in einer Reihe von Stellvertreterkonflikten blutig ausgetragen wird, hat sich Trumps Amerika einfach auf eine Seite gestellt, und zwar auf die Saudi-Arabiens. Seinen Einsatz für Meinungsfreiheit und Demokratie kann man daher getrost zu den Akten legen. Wer aber einen CIA-gesteuerten Putschversuch im Iran sah, lag ebenfalls komplett daneben. Viele Menschen im Land akzeptieren nicht, dass die iranische Regierung Milliardensummen investiert, um die Hamas im Gaza-Streifen zu stüt-

zen, an der Seite von Russland für Baschar al-Assad in Syrien zu kämpfen und über die Hisbollah im Libanon und Al-Haschd asch-Scha'bi im Irak mitzumischen. Sie hatten gehofft, wie es Präsident Hassan Rohani in Aussicht gestellt hatte, am Wachstum, das durch das Nuklearabkommen und die beendeten Sanktionen möglich wurde, teilzuhaben. Sie brauchten keinen ausländischen Einfluss, um darüber empört zu sein, dass sie durch die allgegenwärtige Korruption und die Politik der iranischen Regierung darum betrogen wurden.

Schließlich haben auch viele Iranerinnen die Nase voll von Kleidungsvorschriften durch alte bärtige Männer. Eine Frau trug ihr weißes Kopftuch nicht um den Kopf gewickelt, sondern an einem Stock wie eine Fahne: Diese Szene wurde zu einem Symbol für die Proteste. Ein Regime, das Menschen tötet, nur weil sie schwul sind, das auf seine Raketen schreiben lässt, dass Israel ausgeradiert werden muss, das Frauenrechte mit Füßen tritt, verdient keinerlei Rechtfertigung, sondern schärfste Kritik. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die für Freiheit und Brot auf die Straße gehen. Zugleich muss eines der wenigen Abrüstungsabkommen, das in der letzten Zeit verabredet wurde, Bestand haben. Durch neue Wirtschaftssanktionen und eine Wiederaufnahme der nuklearen Aufrüstung würde nichts besser für die Region oder für die Welt.

Für eine neue, linke europäische Idee

Das Forum demokratischer Sozialismus, kurz „das (sic!) fds“ steht in der Tradition internationalistischer, ja, antinationaler Kämpfe um soziale und demokratische Rechte gleichermaßen. Die europäische Einigung, mit all ihren Fehlern und Verwerfungen, wird beim fds progressiv kritisiert, wissend, dass ein Zurück zu nationalstaatlicher Vereinzelung keines der Probleme kapitalistischer Gesellschaft löst, geschweige denn demokratischen Sozialismus voran bringt. Diese Ansicht teilen nicht alle linken Kräfte in Europa, die Spannweite an Forderungen und Lösungsansätzen scheint zuweilen.

So war es selbstredend, dass wir uns gerade in Zeiten der Desintegration, der Krisen der politischen Klasse in den Mitgliedstaaten und des Europäischen Projektes auch auf der Akademie des fds in Leipzig mit diesem Thema befassten. Eingeladen war Gregor Gysi, der als Vorsitzender der Europäischen Linkspartei die sehr unterschiedlichen Ansichten auch innerhalb dieser europäischen Formation in gemeinsame Kämpfe führen, Wege und Ziele einer europäischen linken Reformbewegung definieren und eine Alternative zum neoliberalen Status Quo formulieren will. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Gregor Gysi führte in der ihm eigenen Mischung aus verständlicher Sprache und mit einem Augenzwinkern vorgetragenen lebensnahen Beispielen durch europapolitische Themen, erläuterte die Schwierigkeiten der Regierenden beim Brexit, verwies auf die Rechtentwicklung und stellte den Zusammenhang mit der Krisenpolitik der EU dar. Nicht verschwiegen wurden die Probleme linker Bewegungen und Parteien, Erfolge in den einzelnen Ländern zu einer europäischen Bewegung zu machen, voneinander zu lernen und die Vorteile zu verbinden anstatt sie gegeneinander zu stellen. Der Forderungskatalog an europäische Politik war eindeutig. Will man das europäische Projekt erhalten, müssen die Menschen wieder Vertrauen in die EU und ihre Institutionen fassen. Dies gelänge mit einer fundamentalen Demokratisierung, mehr Rechten für das Parlament und starken europäischen Regionen. Wichtigstes Feld bleibe aber das Soziale. Ohne soziale, steuerliche und ökologische Mindeststandards würden weiter Existenzen bedroht und unsere Lebensgrundlagen zerstört. Es brauche mehr Investitionen, und dies sozial und ökologisch nachhaltig. Offen blieb, ob und wie weit es gelingt, dies in eine Erzählung der Europäischen Linken zu übersetzen. Gysi hat den Ball aufgenommen, die Zeit bis zur Europawahl ist kurz. Wir als fds sehen uns dem Vermächtnis unseres kürzlich verstorbenen Sprechers Dominic Heilig verpflichtet, weiter für eine europäische Linke und ein linkes Europa, eine linke EU zu streiten. Hier trägt DIE LINKE besondere Verantwortung, und wir als fds werden weiter dafür streiten, dass sie diese auch annimmt.

• Frank Puskarev

Das Kapital. in Farbe!

Anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx liegt dessen Opus Magnum – das Original wurde übrigens vor 150 Jahren in Leipzig im Handsatz gesetzt und auf einer Schnellpresse in einer Auflage von 1.000 Exemplaren gedruckt – nun in Farbe vor!

Ausstellung vom 15. März bis 5. Mai 2018
Mo. bis Do. 9:00 bis 18:00 Uhr, Fr. 9:00 bis 16:00 Uhr | Liebknecht-Haus, Braustraße 15 | 04107 Leipzig

Ausstellungs-Tipp

Während und nach der Leipziger Buchmesse präsentiert der VSA: Verlag Hamburg im Liebknecht-Haus die Ausstellung DAS KAPITAL in Farbe. Gezeigt werden Zeichnungen aus dem JARICOMIC. Vielen ist die Lektüre von „Das Kapital“ zu mühselig – diese Ausrede gilt nun nicht mehr. Wer erfahren möchte, wie die 900 Seiten des Originals in 500 farbige Zeichnungen umgesetzt wurden, darf sich diese Jubiläums-Ausgabe nicht entgehen lassen!

Jari Banas: „Das Kapital“ in Farbe.
Ein JARI-Comic, 168 Seiten, 16,80 €.

Zwischen Weihnachten und Silvester fand der 34C3 (Chaos Communication Congress) zum ersten Mal in Leipzig statt. Der C3 ist der Kongress des Chaos Computer Club, zu dem sich in diesem Jahr 15.000 Teilnehmer_innen einfanden. Das heißt vier Tage lang Vorträge (Talks) von 11.30 Uhr bis nach 2 Uhr nachts. Demnach war das Erste was mensch lernen musste: „Es gibt kein zu spät kommen auf dem Kongress“. Das Vortragsangebot ist dabei deutlich breiter als mensch vielleicht annehmen würde.

Klar gab es „Erwartbares“ wie beispielsweise einen Vortrag zum PC-Wahl-Hack, in welchem die Hacker_innen schilderten, wie sie ein Programm zum Zusammenzählen der vorläufigen Wahlergebnisse knackten und die Sicherheitslücken offenlegten. Das Programm wird trotz der riesigen Sicherheitslücken weiterhin verwendet. Überraschend ist dabei aber, dass derartige Vorträge auch für Nicht-Informatiker_innen ungeheuer spannend und verständlich sind. Die gesellschaftliche Tragweite der aufgezeigten Sicherheitslücken und die Absurdität des Umgangs der Behörden damit werden deutlich.

Das Vortragsangebot war wahrlich sehr breit gefächert: In „Relativitätstheorie für blutige Anfänger“ habe selbst ich endlich verstanden, wieso Zeit relativ ist. Ganz praktische Tipps gab es dagegen in „Treibhausgasemissionen einschätzen“. Hier lernte ich, dass Treppe steigen, sofern mensch Fleisch isst, mehr CO₂ ausstößt als der Fahrstuhl. Dass Leitungswasser 0,4 g CO₂ verbraucht, Flaschenwasser dagegen 74,4g CO₂. Und ganz praktisch: Welche Programme man im Alltag verwenden kann, um CO₂-Emissionen zu kalkulieren.

Andere Vorträge befanden sich an den Schnittstellen zwischen Informatik

CO₂-Bilanzen, langweilige Wissenschaft, PC-Wahl-Hack

C3, der Kongress des Chaos Computer Club, fand erstmals in Leipzig statt

und Sozialwissenschaften. So konnte mensch in „lecture: Science is broken“ in Erfahrung bringen, wieso langweilige Wissenschaft zwar weniger öffentlichkeitswirksame, dafür aber richtigere

Ergebnisse erzielt, oder in „lecture: Algorithmic science evaluation and power structure: the discourse on strategic citation and ‚citation cartels‘“, wie Algorithmen die Wissenschaft verändern.



Foto: Thorsten Schindler / flickr.com / CC BY 2.0

Europawochenende erfolgreich

Nach drei erfolgreichen Bildungsreisen 2017, die vom Ring politischer Jugend Sachsen e. V. in Kooperation mit der Linksjugend [‘solid] Sachsen organisiert wurden, war es am ersten Dezemberwochenende an der Zeit, unsere neu gewonnenen Kontakte auch in Sachsen willkommen zu heißen. Gemeinsam mit Freund_innen und Vertreter_innen von Razem (Polen), der Jungen Linken Österreich, Podemos (Spanien), DIEM25 und verschiedenen Initiativen aus der Ukraine war es an diesem Wochenende das Ziel,

sich zu vernetzen und über gemeinsame Perspektiven zu sprechen.

Es freut uns besonders, dass sich etliche Menschen aus Polen für das diesjährige Pfingstcamp angemeldet haben. Die eigens gegründete AG Internationales in der Pfingstcamp-Organisatoren hat es sich auf die Fahnen geschrieben, das Camp internationaler zu gestalten und sprachliche Barrieren abzubauen. Inhaltliche Themenschwerpunkte waren die Möglichkeit eines bedingungslosen Grundeinkom-

mens in Europa, die politische Situation für linke Menschen in den Ländern aller Beteiligten sowie die Arbeit im Europaparlament, über die uns Conny Ernst einiges zu berichten wusste.

Durch die positive Resonanz möchten wir auch dieses Jahr Europa im Fokus behalten und gemeinsam mit anderen europäischen Parteien und Jugendverbänden die Europawahl 2019 ansteuern.

• Jakob Müschen

Landesjugendplenum vom 9. bis 11. März in Grrrrlitz

Anfang März findet, wie seit vielen Jahren schon, das erste Landesjugendplenum bzw. der erste Landesjugendtag statt. Auf dem Programm stehen viele spannende Sachen. Natürlich wählen wir, wie immer, unsere Delegierten, die zum Bundeskongress der linksjugend [‘solid] fahren. Der Bundeskongress ist das höchste Gremium auf Bundesebene, er findet

dieses Jahr am Wochenende vom 13.-15. April in Erfurt statt. Ferner wollen wir uns gern überlegen, auf welche Art und Weise wir in das „Superwahljahr 2019“ starten wollen. Soll es wieder ein Landesjugendwahlprogramm geben, in dem wir unsere Inhalte und Forderungen bündeln? Oder soll es ein anderes Format geben? Wollen wir inhaltlich an den

Wahlkämpfen beteiligen oder nicht? Wenn ja, wie und mit welchen Inhalten? Wenn Dich eine der Fragen interessiert oder Du gern BuKo fahren willst oder Du den Jugendverband liebst/kennenlernen magst, dann melde Dich an im Internet, den Link geben wir zeitnah bekannt. Dort kannst Du Dich dann auch mit Wünschen bzw. Bewerbungen äußern. :)

Auch Vorträge zu Kunst gab es. In „Drucker, Tiger und ein Mahnmal“ berichtete das Institut für politische Schönheit über ihre kunstpolitischen Aktionen der letzten drei Jahre, während in „die Künstlerin XXX ihre Werke zu Cyborgs und Gender vorstellte.“

Ich kann jeder Person empfehlen, den Kongress zu besuchen. Die Linksjugend schreibt übrigens jedes Jahr ein paar Tickets aus – falls ihr Lust habt, schaut gelegentlich mal auf die Website.

Die Vorträge online zum Anschauen auf: www.media.ccc.de/c/34c3

Meinen die das ernst?

Nr. 2: Alle Drogen legalisieren

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

Die Forderung: Für ein Recht auf Rausch, Akzeptanz und Selbstbestimmung!

Die Begründung: Wir setzen uns für völlig neue Modelle der Drogenpolitik ein. Das repressive staatliche Vorgehen ist ineffektiv und einfach unlogisch. Tödliche Drogen wie Nikotin und Alkohol sind legal, während der Besitz weniger gefährlicher Substanzen unter absurden Strafen steht. Verbote sind meist unwirksam, denn wer konsumieren will, findet Wege. Aber ein sicherer und verantwortungsvoller Umgang mit Drogen funktioniert nur durch Legalisierung. So können Probleme offen angesprochen und Prävention glaubwürdig betrieben werden. Aufklärung statt Tabuisierung! Kontrollierte Abgabe in speziellen Shops, Qualitätsprüfung, professionelle Beratung. Forschung zu Risiken und Möglichkeiten, sowie im Notfall medizinische Hilfe sind nur durch Akzeptanz möglich.

Termine

17. Februar: Kreisjugendplenum Westsachsen in Wurzen

2. März, 18:30 Uhr: Vortrag zum Thema Reichsbürger von Kerstin Köditz in Chemnitz

12. März, 17 Uhr: Vortrag zum Thema Cannabis von René Jalaß in Anaberg-Buchholz

9. bis 11. März: Landesjugendplenum in Görlitz

13. bis 15. April: Bundeskongress in Erfurt

20. bis 22. April: Frühlingsakademie in Oberau

Europa-Rückblick auf 2017

Dr. Cornelia Ernst bilanziert ein ernüchterndes Jahr und hofft auf Besserung im neuen

Insgesamt gesehen war 2017 eher tragisch. Es erinnert mich an König Lear, der einsam mit seinen Getreuen durchs Land zieht und dabei wahn-sinnig wird. Dafür gibt es auch genug Gründe. Ein orangener Vollandiot zieht ins Weiße Haus, in Nordkorea wirft ein dicker Junge mit Raketen herum, in Ankara ruft sich ein Despot zum Großmogul aus, in Polen wird trotz EUGH-Urteil der letzte Urwald Europas abgeholzt und in Ungarn die Medienfreiheit weiter beschnitten. In Tschechien kommt ein steuerhinterziehender Milliardär an die Macht und in Wien ein rechtes Bübchen, das fast halb Österreich abschieben will. Le Pen wird zum Preis von Macron verhindert und die AfD gewinnt in Sachsen die Wahlen. Die Briten quälen sich durch den Brexit, zur Freude der Chinesen und der Russen, die wie immer schuld an allem sind. Mittendrin irrlichtert eine geschwächte europäische Sozialdemokratie herum und Europas Linke ist weiter ohne Plan. Angesichts solcher Tatbestände erscheinen Leute wie Kommissionspräsident Juncker geradezu vernünftig, auch wenn man seine Positionen nicht teilen kann.

Lichtblicke findet man 2017 nicht so schnell, man muss lange suchen. Für mich besteht der größte Erfolg darin, dass sich der Iran trotz des geistigen Ausfalls des US-Präsidenten weiterhin stoisch an den Nuklear-Deal hält. Damit sorgt man automatisch dafür, dass der Nahe Osten nicht zum Atomwaffenbunker Nr. 1 in der Welt wird. Als wir Ende November 2017 als zweite offizielle Parlamentsdelegation überhaupt in den Iran fliegen konnten, war es Politstar Zarif, der Außenminister des Iran, der uns vorschlug, auch wenn die USA aus dem Abkommen aussteigen, einfach weiterzumachen, eben ohne USA. „Ihr seid doch die Erwachsenen“, fügte er mit dem berühmten persischen Lächeln hinzu, werdet doch endlich eigenständig als Europa. Was für ein kluger Mann, dachten wir quer durch alle Fraktionen. Ein echter Lichtblick war auch, dass der Oberste geistliche Führer nun doch nichts dagegen hat, die Quote der Todesstrafen zu senken, indem Drogendealer nicht mehr sofort zum Schafott geführt werden. Naja, immerhin ein Anfang. Dass die Lage im Iran zum Jahreswechsel so eskalieren wird, war Ende November 2017 nicht abzusehen.

Tja, und was war noch gut 2017? Immer wenn es unserer Linksfraktion im Europaparlament gelang, die sorgfältig definierten Parteiunterschiede mal in den Schrank zu stecken, hatten wir Einfluss auf wesentliche Parlamentsentscheidungen. Wie zum Beispiel und ausgerechnet bei der Dublin-Reform. Indem sich Sozialisten, Sozialdemokraten, Linke und Grüne zusammentaten, konnten wir sowohl den Vorschlag

der Kommission zur Reform des Asylsystems als auch die Vorschläge der federführenden Fraktion für die Dublin-Verordnung kippen. Was jetzt als Beschluss des Parlamentes vorliegt und in die Verhandlung mit dem Rat geht, ist ein weithin progressiver Beschluss, der viele linke Anstriche aufweist, obwohl das Europaparlament nicht als linkes Parlament gilt. Dazu gehört u.a. ein Rechtsanspruch auf Familienzusammenführung, eine Frage, um die in Deutschland immer noch gestritten wird.

die Mehrheit des Parlaments. In langen Debatten haben wir eine Einigung herbeigeführt, dass auch die europäische Polizeiagentur EUROPOL (das natürliche Feindbild aller Linken) ebenfalls dieser Verordnung unterworfen wird. Das hat zum Aufschrei bei EUROPOL und natürlich auch im Rat geführt, in dem die Mitgliedsstaaten mit ihren Innenministern herrschen. Deren Blockadehaltung führte allerdings dazu, dass sogar die Europäische Kommission sich auf die Seite des Parlamentes geschlagen hat und wir dadurch mo-

allerschlimmsten ist, dass die Ehefrau eines Asylsuchenden, den ich in Rheinland-Pfalz seit langem unterstütze, in der Türkei ermordet wurde. Unsere Versuche der Familienzusammenführung waren vergeblich geblieben. Jetzt kämpfen wir darum, dass Wakil seine beiden Kinder, die noch in der Türkei sind, zu sich nach Deutschland holen darf. Vor diesem Hintergrund fällt es mir schwer, die deutsche Debatte über das Verbot beziehungsweise die weitere Aussetzung von Familienzusammenführung zu ertragen.



Foto: Matt May / flick.com / CC BY 2.0

Seit Januar 2017 gibt es eine neue Koalition im Europaparlament. Die konservativen (EVP) und liberalen (ALDE) Fraktionen haben sich zur Zusammenarbeit vereinbart. Die große Koalition zwischen Sozialisten/Sozialdemokraten (S&D) und der EVP wurde beendet. Der Nachteil einer rundum neoliberalen Koalition hat trotzdem den Vorteil für uns als Linksfraktion, dass jetzt die S&D in allen relevanten Themen mit uns strukturell zusammenarbeitet. Da die Liberalen der ALDE sehr heterogen sind, gewinnen wir manchmal die „wirklich“ liberalen Liberalen für unsere Ideen und kippen auf diese Weise zahlreiche Vorschläge der Kommission. Ähnlich stark ist unsere Rolle als Linksfraktion auch in den parlamentarischen Brexitverhandlungen, wo wir hart mitwirken.

Dass es sich lohnt, um Kompromisse zu ringen, zeigt sich vor allem immer wieder im Detail. So bin ich selbst federführend zuständig für eines der insgesamt vier europäischen Datenschutzgesetze, für das neue Datenschutzpaket, das in den europäischen Institutionen, Agenturen und anderen Einrichtungen umgesetzt wird. Als kleine Fraktion brauchen wir für die Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf

mentan in den Verhandlungen einen strategischen Vorteil haben. Solange wir beieinander bleiben und das Parlament mich stützt, können wir den Rat unter Druck halten und hoffentlich das Gesetz unter Dach und Fach bringen.

Was war 2017 besonders schlimm? Dass der neue Parlamentspräsident Tajani, ein persönlicher Freund von Berlusconi, einen libyschen Präsidenten eingeladen hat, um mit ihm über die Bekämpfung der „illegalen“ Migration zu debattieren. Abgesehen davon, dass Libyen momentan drei Regierungen hat, eine korrupter und brutaler als die andere, ist der von Tajani eingeladene selbsternannte Präsident verantwortlich für den menschenfeindlichen Umgang der Küstenwache mit Geflüchteten und für ihre Inhaftierung in, wie der Papst und das Auswärtige Amt feststellten, „KZ-ähnlichen“ Gefängnissen. Schlimm sind die Hot Spots an den EU-Außengrenzen, wo Tausende hinter Gittern ausharren müssen, oder Abschiebelager auf den griechischen Inseln, wo monatelang sogar Ausreisewillige in Containern ganztägig eingeschlossen werden. Besonders schlimm ist der griechische Migrationsminister, dessen Absetzung ich mehrfach gefordert habe. Aber am

Was wünsche ich mir für 2018? Kann es noch schlimmer werden? Ich glaube ja. Also wäre mein erster Wunsch, dass wir nicht im nächsten Kriegsdessaster landen, weil irgendein Despot diesseits oder jenseits des großen Teiches wegen schlechter Laune am frühen Morgen auf seinen großen roten Knopf drückt. Mehr Frieden auf der Welt, das wäre wirklich mal ein Fortschritt. Dazu wünsche ich mir, dass die USA im Nahen und mittleren Osten einfach mal gar nichts tun.

Natürlich ich habe auch Wünsche an meine eigene Partei. Wir müssen begreifen, dass wir LINKEN die europäische Ebene in unserer Politik nicht als außerirdische Ebene betrachten dürfen. Wir sollten verstehen, dass wir diesem Kontinent nur zu einer guten Zukunft verhelfen können, wenn wir Europa nicht alten Männern wie Juncker oder dem Duo Merkel/Macron überlassen. Wir müssen mit all unserer Kraft um ein soziales und solidarisches Europa kämpfen und dafür eine Vision entwickeln. Mein größter Wunsch aber ist, dass Wakil's Kinder nach Deutschland kommen können, damit sie mit ihrem Vater zusammenleben können. In Frieden und hoffentlich mit einer guten Zukunft.

Deutschland bleibt kalt



Katja Kipping zu einigen Ergebnissen der Sondierungsgespräche

Die Zementierung des Hartz-IV-Unrechts, eine verklausulierte Obergrenze und die faktische Abschaffung des Familiennachzugs – das sind die Ergebnisse der Sondierungen zur Koalition von CDU/CSU und SPD. Hier zeigt sich das Versagen der Sozialdemokratie.

Das Ergebnis offenbart, dass die SPD weder beim Thema Hartz IV noch bei anderen Sozialleistungen etwas Grundlegendes bewegen kann: Keine Abschaffung, nicht mal eine Milderung der Sanktionen, keine Erhöhung der mickrigen Hartz-IV-Regelsätze, keine Verbesserungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung. Es soll zwar die „Zumutbarkeit bei der Vermögensverwertung und das Schonvermögen“ geprüft werden. Prüfaufträge sind erfahrungsgemäß das, was in der Praxis unter den Tisch fällt. Immerhin: Der von uns schon immer kritisierte Eigenanteil am Schulesen entfällt. Von einer Verbesserung der Leistungen beim Arbeitslosengeld findet sich nichts im Papier, stattdessen soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozent gesenkt werden. Die Rente soll auf dem heutigen, vollkommen unzureichenden Niveau von 48 Prozent verbleiben. Ein weiteres Grundsicherungsniveau (zehn Prozent über dem jetzigen Niveau der Grundsicherung) soll als „Leistungsrente“ denjenigen zugesichert werden, die mindestens 35 Jahre Beitragszeiten und Zeiten für Kindererziehung aufweisen. Ein sicherer Schutz vor Altersarmut sieht anders aus.

Bezüglich der Krankenversicherung wurde die SPD ebenfalls platt ge-

macht – kein Aufbruch in eine Bürgerversicherung, keine Abschaffung der Zuzahlungen. Es sollen lediglich die Beiträge wieder paritätisch von Beschäftigten und Arbeitgeber geleistet werden. Das Kindergeld soll um 25 Euro in der kommenden Legislaturperiode angehoben werden, also in den kommenden vier Jahren – ein schlechter Witz. Übrigens: Solange das Kindergeld auf Hartz IV angerechnet wird, haben Aufstockende und Erwerbslose gar nichts davon.

Das Sondierungspapier atmet den Geist von Ausgrenzung. Der Umgang mit Menschen in Not und Zuwanderung trägt die Handschrift der CSU. Die SPD hat hier auf ganzer Linie versagt: Eine Obergrenze für Zuwanderung von jährlich 180.000 bis 220.000 wurde festgelegt. Was passiert mit der Zweihundertzwanzigtausenduntersten Person? Die Aussetzung des Familiennachzugs soll durch eine sofortige gesetzliche Regelung verlängert werden, bis eine gesetzliche Neuregelung bis Ende Juli 2018 verabschiedet wird. Diese soll dann einen Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten nur noch aus „humanitären Gründen“ (und damit nicht als Rechtsanspruch) gewährleisten. 1.000 Menschen soll damit pro Monat der Nachzug ermöglicht werden. Angesichts von derzeit etwa 60.000 Familienangehörigen, die auf den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten warten, läuft die Begrenzung auf 1.000 pro Monat auf eine faktische Abschaffung beziehungsweise eine zusätzliche mehrjährige Wartefrist für die große Mehrheit der Betroffenen hinaus. Künftig soll die Bearbeitung von Asyl-

anträgen „in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ erfolgen, in denen Residenzpflicht herrscht und das Sachleistungsprinzip gilt. Eine Verteilung in die Kommunen soll möglichst nur bei „positiver Bleibeperspektive“ erfolgen, ansonsten soll die „Rückführung“ aus diesen Zentren heraus erfolgen. Auch die Identitäts- und Altersfeststellung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen soll künftig in diesen Zentren und nicht mehr vorrangig durch die Jugendämter erfolgen.

Die SPD ist also mitverantwortlich für einen Stillstand beim Sozialen und eine Verschärfung beim Zuwanderungs- und Asylrecht. Armut und soziale Ausgrenzung bleiben das Markenzeichen eines sozial kalten Deutschlands!



Foto: European People's Party / flickr.com / CC BY 2.0

Sächsische MdB in den Ausschüssen

Für unsere sächsischen Abgeordneten der Linksfraktion ist die folgende Besetzung in den Ausschüssen geplant (Stand: 18. Januar 2018):

Arbeit und Soziales

Sabine Zimmermann, Katja Kipping (stv.)

Bildung, Forschung und Technologiefolgeabschätzung

Sören Pellmann

Familie, Senioren, Frauen, Jugend

Sören Pellmann

Gesundheit

Sabine Zimmermann (stv.)

Haushaltsausschuss

Michael Leutert

Innenausschuss

André Hahn

Petitionsausschuss

Sören Pellmann

Recht und Verbraucherschutz

Caren Lay (stv.)

Sportausschuss

André Hahn, Sören Pellmann

Tourismus

Sabine Zimmermann, André Hahn (stv.)

Umwelt, Naturschutz, Bau, Reaktorsicherheit

Caren Lay

Gedenktafel erinnert an Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge

Mit einer Spende in Höhe von 500 Euro unterstützt der Fraktionsverein der LINKEN Bundestagsfraktion die Anbringung einer Tafel zum Gedenken an Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge der Astra-Werke AG Chemnitz. Sie findet ihren Platz am ehemaligen Werksgebäude auf der Altchemnitzer Straße 41, dem heutigen Sitz der Sächsischen Landesdirektion. Mit der Gedenktafel wird an das Leid der Menschen, die in der Astra-Werke AG für die Rüstungsmaschinerie der Nazis ausgebeutet wurden, und somit auch an die Gräueltaten des Nationalsozialismus erinnert.

Die 1921 gegründete Astra-Werke AG produzierte Rechen- und Buchungsmaschinen und ab 1938 verschiedene Rüstungsgüter. In der Produktion waren zahlreiche Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Gefängnis- und KZ-Häftlinge eingesetzt. Die Zahl ausländischer Arbeitskräfte lag gegen Ende des Jahres 1944 bei 1.125. Außerdem bestand bei der Astra-Werke AG ein Au-

ßenlager des KZ Flossenbürg mit 510 weiblichen Häftlingen. Im selben Jahr wurde das Unternehmen als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt lag

der Anteil von Rüstungserzeugnissen im Betrieb bei über 80 Prozent. Schon vor 1944 erhielt das Unternehmen für sein vorbildliches Wirken im Sinne des Nationalsozialismus Leistungsabzei-

chen und „Gaudiplome“ – alles mittels rücksichtsloser Ausbeutung der Zwangsarbeiter und Häftlinge, die unter schwersten Bedingungen, bei täglicher Gewalt und drakonischen Bestrafungen produzieren mussten.

Die Anbringung der Gedenktafel am ehemaligen Gebäude Werk I ist für April geplant und wird das Handeln der Astra-Werke AG in der Zeit von 1933 bis 1945 in das öffentliche Bewusstsein rufen. Ich freue mich sehr, dass ich mit dem Fraktionsverein die Umsetzung dieses wichtigen Projektes unterstützen konnte. Bedanken möchte ich mich bei Dr. Hans Brenner aus Zschopau und Dietmar Wendler aus Chemnitz von der Initiative „Historischer Atlas Sachsen 1933-1945“ für ihre umfangreiche historische Forschung und ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Geschehnisse in der Astra-Werke AG und der Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus.

• Michael Leutert



Foto: Industriemuseum Chemnitz



Abfallwirtschaft

Leitfaden Demografische
Entwicklung und Abfallwirtschaft
Seite 3

Ehrenamt

Dt. Städte- und Gemeindebund:
Ehrenamtliches Engagement
unverzichtbar
Seite 3

Kommunalwahl 2019

Erste Gedanken mit Blick auf die
Kommunalwahl 2019
Seite 4

Veranstaltungen KFS

Veranstaltungen zur
kommunalpolitischen Weiterbildung
Seite 4

Beschlussfassung im Gemeinderat

In den Sitzungen der Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage werden nicht nur Debatten geführt, sondern man tritt dort hauptsächlich mit dem Ziel zusammen, Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse sind Ausdruck der kommunalpolitischen Willensbildung durch eine Mehrheitsentscheidung der in die kommunalen Gremien gewählten Mitglieder im Namen der Bürgerschaft. Gefasst werden Beschlüsse zu ganz verschiedenen Angelegenheiten wie etwa zum Haushaltsplan, zu Gebührensatzungen, zur Vergabe von Dienst- und Lieferleistungen an Private oder zu internen Angelegenheiten des kommunalen Vertretung wie z.B. der Geschäftsordnung.

Beschlüsse kann der Gemeinderat/Kreistag entweder in Form der Abstimmung oder in Form der Wahl fassen. Abstimmung und Wahl unterscheiden sich durch die der Beschlussfassung zugrunde liegende Fragestellung. Bei der Abstimmung geht es um eine Entscheidung in einer Sachfrage, während Wahlen Fragen der personellen Besetzung zum Gegenstand haben.

Damit Beschlüsse der kommunalen Vertretung (dazu gehören auch die beschließenden Ausschüsse!) möglichst rechtlich nicht angreifbar werden und für nichtig erklärt werden müssten, sind strenge Voraussetzungen zu erfüllen, um zu einer wirksamen Beschlussfassung zu gelangen. Insbesondere gehören zu diesen Voraussetzungen nach § 39 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) bzw. sinngleich nach § 35 Sächsische Landkreisordnung (SächsLKrO)

- die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung;
- die ordnungsgemäße Leitung der Sitzung;
- die Beschlussfähigkeit des jeweiligen kommunalen Gremiums.

Ordnungsgemäße Einberufung

Die ordnungsgemäße Einberufung einer Sitzung muss den Formerfordernissen von § 36 SächsGemO (bzw. § 32 SächsLKrO) entsprechen. Danach kann der Gemeinderat/Kreistag allein durch den Bürgermeister/Landrat (im Falle seiner Verhinderung durch seinen allgemeinen Stellvertreter) einberufen werden.

Die Ladung zu den Sitzungen hat schriftlich oder in elektronischer Form (E-Mail) zu erfolgen. Eine mündliche oder fernmündliche Ladung ist außer in Eilfällen nicht zulässig, auch wenn es im Einvernehmen mit dem Gemeinderat/Kreistag geschieht. Die Ladung muss nicht durch den Bürgermeister/Landrat oder seinen Stellvertreter unterzeichnet werden. Es genügt die Unterzeichnung durch einen Bediensteten, sofern nur klar ist, dass die Ladung in deren Auftrag erfolgt.

Die Ladung muss stets an alle Gemeinderäte/Kreisräte ergehen. Das gilt auch für jene, von denen im Voraus bekannt ist, dass sie zur Sitzung voraussichtlich nicht erscheinen können (z.B. wegen Urlaub oder Krankheit). Sollte aus welchem Grunde auch immer einem Gemeinderat/Kreisrat keine Ladung zugehen, gilt die Sitzung als nicht ordnungsgemäß zustande gekommen. Die Fehlerhaftigkeit wird auch nicht dadurch beseitigt, dass der nicht geladene Rat einem gefassten Beschluss nachträglich zustimmt.

Hat ein einzelner Rat keine Ladung zur Sitzung erhalten, gilt dieser Fehler als geheilt, wenn er dennoch zur Sitzung erschienen ist. Ist aber einem Rat trotz ordnungsgemäßer Ladung, warum auch immer, ihm das nicht zur Kenntnis gelangt, gilt die Sitzung trotzdem als ordnungsgemäß einberufen.

Der Gemeinderat/Kreistag ist grund-

sätzlich in angemessener Frist einzuberufen. Nur in Eilfällen kann ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände die Sitzung einberufen werden.

Nach der Muster-Geschäftsordnung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) hat dies „in der Regel sieben volle Tage vor dem Sitzungstag“ zu geschehen. Dabei sind mit der Tagesordnung die Verhandlungsgegenstände mitzuteilen und die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner entgegenstehen. Werden die Unterlagen nachgereicht, ist deshalb für die Berechnung auf den Zeitraum ab der Nachreichung abzustellen, abgesehen davon, es handelt sich um geringfügige Korrekturen bzw. unerhebliche Ergänzungen zu bereits ausgereichten Unterlagen.

Der Gemeinderat/Kreistag kann in öffentlicher Sitzung nicht, auch nicht einstimmig, eine Erweiterung der Tagesordnung beschließen. Dies verstieße gegen die Ladungsvorschriften und wäre insbesondere ein Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz nach § 37 SächsGemO, denn danach sind Zeit, Ort, und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen rechtzeitig ortsüblich bekanntzugeben.

Allein der Bürgermeister/Landrat kann die Tagesordnung in der Sitzung nur dann erweitern, wenn ein Eilfall vorliegt.

Wurde nicht fristgerecht geladen, liegt keine ordnungsgemäße Ladung vor und kann folglich kein wirksamer Beschluss gefasst werden. Der Mangel einer zu kurzen Frist kann jedoch dadurch geheilt werden, wenn alle anwesenden Gemeinderäte/Kreisräte die Tagesordnung annehmen, ohne Wi-

derspruch anzuzeigen. Wird aber der Durchführung der Sitzung unter Hinweis auf die verspätete Ladung auch nur von einem Rat widersprochen, können in der Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden. Die Fehlerhaftigkeit eines dennoch gefassten Beschlusses kann nicht dadurch nachträglich geheilt werden, wenn der betreffende Rat seinen „Widerspruch“ später zurückzieht oder dass der nicht ordnungsgemäß geladene Gemeinderat dem Beschluss nachträglich zustimmt.

Ist aber der Gemeinderat/Kreistag einmal in die Sitzung eingetreten und hat über einen Verhandlungsgegenstand entschieden, ohne dass Widerspruch wegen Nichteinhaltung der Frist eingelegt wurde, kann nachträglich nicht mehr geltend gemacht werden, die Einberufung zur Sitzung oder die Informationen über den Verhandlungsgegenstand seien zu spät erfolgt.¹

Ordnungsgemäße Leitung

Eine ordnungsgemäße Leitung der Sitzung der Sitzung ist nach § 38 SächsGemO (bzw. § 34 SächsLKrO) dann gegeben, wenn der Vorsitzende die Sitzung eröffnet, die Verhandlungen leitet und die Sitzung schließt. Bei rechtlicher oder tatsächlicher Verhinderung des Bürgermeisters/Landrats gehen dessen Befugnisse auf den berechtigten Stellvertreter über. Im Einzelfall kann die Verhandlungsleitung auf ein Gemeinderats- bzw. Kreistagsmitglied übertragen werden, wenn z.B. der Vorsitzende bei einer zu verhandelnden Angelegenheit selbst befangen ist.

Wird die Sitzung vom Vorsitzenden ordnungsgemäß geschlossen und nicht nur unterbrochen, kann die Sit-

Fortsetzung auf folgender Seite

zung danach nicht wieder aufgenommen werden. In diesem Falle muss eine neue Sitzung unter Beachtung der Ladungsvorschriften einberufen werden. Ebenso ist die Wiederaufnahme eines bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunktes in derselben Sitzung ausgeschlossen und damit auch eine neue Beschlussfassung nicht mehr möglich.²

Beschlussfähigkeit

Der Gemeinderat/Kreistag ist nach § 39 Abs. 2 SächsGemO (bzw. § 35 SächsLKrO) dann beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind; Bürgermeister bzw. Landrat als stimmberechtigte Mitglieder werden hier mitgezählt.

Eine „Beschlussfähigkeit“ ist nur für die eigentliche Beschlussfassung erforderlich, während eine bloße Beratung oder ein rein informatorischer Tagesordnungspunkt auch bei beschlussunfähigem Gremium durchgeführt werden können.

Die Überprüfung der Beschlussfähigkeit, gegebenenfalls auch die Feststellung einer Beschlussunfähigkeit der Sitzung, ist durch den Vorsitzenden zu kontrollieren und nicht erst durch einen Antrag aus der Mitte des Gemeinderats/Kreistags. Eine Bestimmung in der Geschäftsordnung, wonach die Beschlussfähigkeit der Sitzung als gegeben gilt, solange sie nicht von einem Mitglied angezweifelt wird oder Feststellung beantragt wird, wäre mit dem sächsischen Kommunalrecht im Unterschied zu Bestimmungen in anderen Bundesländern nicht vereinbar.³

Stellen der Bürgermeister bzw. der Landrat im Nachhinein die Beschlussunfähigkeit der Sitzung fest, haben sie den dort gefassten Beschlüssen wegen Rechtswidrigkeit zu widersprechen (§ 52 Abs. 2 SächsGemO u. § 48 Abs. 2 SächsLKrO).

Für die Beschlussfähigkeit muss der Vorsitzende die Anwesenheit der erforderlichen Mindestzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Gremiums feststellen. Wie hier der Begriff „Anwesenheit“ zu verstehen und zu handhaben ist, dafür sorgt eine zuweilen erheiternde aber doch ernst gemeinte Passage aus dem Kommentar zur Sächsischen Gemeindeordnung:

„Unter Anwesenheit ist grundsätzlich nur die körperliche Anwesenheit zu verstehen. Anwesend ist daher auch ein Gemeinderat, der zwar auf seinem Platze sitzt, dem Sitzungsverlauf aber nicht folgt oder in seine Zeitung vertieft ist; auch ein kleines ‚Nickerchen‘ ist noch unschädlich. An der Anwesenheit im Rechtssinne fehlt es jedoch im Falle der Ohnmacht oder einem die Wahrnehmungsfähigkeit ausschließenden Rauschzustand. Der Gemeinderat muss sich zur Beratung und Beschlussfassung nicht an seinem, ihn im Sitzungsraum zugewiesenen Platz befinden. Es reicht, wenn er sich im Sitzungsraum aufhält. Nicht ausreichend ist dagegen das Aufhalten in einem vom Sitzungsraum deutlich abgegrenzten, den Zuschauern vorbehaltenen Teil des Saales, weil von dort ein Eingreifen in die Beratung nicht möglich ist. Demgemäß reicht auch der Aufenthalt in dem Gebäude, in dem sich der Sitzungsraum befindet, nicht aus. Gemeinderäte, die sich anschicken, den

Sitzungsraum zu verlassen, geben damit zu erkennen, an der Abstimmung nicht mehr teilnehmen zu wollen; sie sind nicht mehr anwesend im Sinne von § 39 Abs. 1 Satz 1. Die Tatsache, dass der Sitzungsraum noch nicht verlassen war, als der Abstimmungsvorgang begann, ändert daran nichts. Für die Beschlussfähigkeit ist es jedoch unerheblich, ob der Gemeinderat an der vorhergehenden Beratung mitgewirkt hat.“⁴

Befangenheit und Beschlussunfähigkeit

Bei Befangenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderats/Kreistags ist Beschlussfähigkeit auch dann gegeben, wenn mindestens ein Viertel aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ist das kommunale Gremium nicht beschlussfähig, weil zu wenige stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind, muss eine zweite Sitzung stattfinden, in der dann die Beschlussfähigkeit besteht, wenn mindestens drei Mitglieder



anwesend und stimmberechtigt sind. Unter diesen drei Personen muss auch der Bürgermeister/Landrat oder sein Vertreter sein. In der SächsGemO bzw. SächsLKrO wird nicht bestimmt, innerhalb welcher Frist die zweite Sitzung zu erfolgen hat. Auch muss die Wiederholung nicht bereits auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderats-/Kreistagsitzung genommen werden; erst recht nicht ist die Einberufung einer Sondersitzung erforderlich. Voraussetzung für die Beschlussfassung in einer zweiten Sitzung ist ferner, dass die erste Sitzung ordnungsgemäß einberufen und geleitet gewesen ist.

Bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist nach § 39 Abs. 3 SächsGemO ausdrücklich darauf zu verweisen, dass für die Beschlussfähigkeit der Sitzung zwingend „mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt“ sein müssen. Damit soll an die Mitglieder des Gremiums eine besondere Aufforderung mit der Erinnerung an deren Teilnahmepflicht ergehen und damit zugleich ein Hinweis auf die Folgen ihres Fehlens gegeben wird. Deshalb wäre es nicht ausreichend, wenn die Ladung lediglich einen Verweis auf den Paragraphen als solchen enthält. Vielmehr muss auf den Inhalt der Vorschrift verwiesen werden.⁵

Ist der Gemeinderat/Kreistag auch in der zweiten Sitzung wegen Befangenheit von Mitgliedern nicht beschlussfähig, entscheidet der Bürgermeister/Landrat an seiner Stelle nach Anhörung der nicht befangenen Mitglieder.

Sind auch der Bürgermeister/Landrat und sein Stellvertreter befangen, kann die Rechtsaufsichtsbehörde nach § 117 SächsGemO einen Beauftragten dafür bestellen, sofern nicht der Gemeinderat/Kreistag ein stimmberechtigtes Mitglied für die Entscheidung zum Stellvertreter des Bürgermeisters/Landrats bestellt.

Aus der Situation der Beschlussunfähigkeit kann sich die Notwendigkeit ergeben, dass der Bürgermeister/Landrat eine Eilentscheidung zu treffen hat, wenn durch eine Verzögerung der Entscheidung erhebliche Nachteile für die Kommune oder einzelne Einwohner eintreten würden und die Entscheidung deshalb nicht bis zu einer nächsten Gemeinderats-/Kreistagsitzung aufgeschoben werden kann. Da die Eilentscheidung dieselbe Wirkung wie ein Gemeinderats-/Kreistagsbeschluss hat, entfielen dann ggf. die zweite Sitzung. Die im Wege der Eilentscheidung getroffenen Entscheidungen bedürfen auch keiner nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat/Kreistag,

scheinlich, dass für die Beschlussfassung nach schriftlichen oder elektronischen Verfahren nur ein äußerst enger Anwendungsbereich verbleibt. „Dies erklärt es auch, dass diese Verfahrensart in der kommunalpolitischen Praxis nur eine geringe Bedeutung genießt und, wenn überhaupt, wohl eher aus politischen Gründen (Rückendeckung durch den Gemeinderat) gewählt wird.“⁶

Offene Abstimmung als Regel

Wird im kommunalen Gremium über einen Beschluss abgestimmt, gilt hier nach § 39 Abs. 6 SächsGemO bzw. § 35 Abs. 6 SächsLKrO der Grundsatz der offenen Abstimmung. Wahlen werden hingegen nach § 39 Abs. 7 bzw. § 35 Abs. 7 geheim mit Stimmzetteln vorgenommen. Jedoch kann offen gewählt werden, wenn kein stimmberechtigtes Mitglied widerspricht.

In besonderen Situationen kommt es hin und wider zur namentlichen Abstimmung als einer besonderen Form der offenen Abstimmung. Die Muster-Geschäftsordnung des SSG orientiert darauf, dass der Gemeinderat namentlich abzustimmen hat, „wenn es ein Fünftel der Mitglieder des Gemeinderates beantragt. Bei namentlicher Abstimmung ist die Stimmabgabe jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates in der Niederschrift zu vermerken.“ Üblicherweise erfolgt die Stimmabgabe, indem der Vorsitzende jedes einzelne Mitglied aufruft und dieses mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ antwortet.

„Die namentliche Abstimmung ist, soweit die Geschäftsordnung keine diesbezüglichen Regelungen enthält, stets zulässig, wenn der Vorsitzende dies anordnet oder die Mehrheit der Mitglieder es verlangt. Namentliche Abstimmung sollte aber nur in Angelegenheiten erfolgen, die für die Gemeinde von besonderer finanzieller, politischer, kultureller, sozialer oder wirtschaftlicher Bedeutung sind.“⁷

Nur im Ausnahmefall kann aus wichtigem Grund in geheimer Abstimmung ein Beschluss gefasst werden. Jedoch bestimmen SächsGemO bzw. SächsLKrO nicht weiter, was wichtige Gründe für eine geheime Abstimmung sein könnten. In den Kommentaren zur SächsGemO und SächsLKrO finden sich dazu folgende Aussagen:

- „...nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes darf geheim abgestimmt werden, nämlich dann, wenn zu befürchten

Fortsetzung auf Seite 3

Impressum

**Kommunalpolitisches
Forum Sachsen e.V.**
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
Fax: 0351-7952453
info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de
Red., Satz und Layout: A. Grunke
V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



Demografische Entwicklung und Abfallwirtschaft

Der demografische Wandel verändert die Gesellschaft. Welchen Einfluss werden diese Veränderungen auf die kommunale Abfallwirtschaft haben? Wie kann darauf seitens der Kommunen reagiert werden? Ein neuer Leitfaden gibt Antworten.

Der demografische Wandel ist in weiten Teilen Deutschlands bereits sichtbar. In Großstädten wie Frankfurt am Main wird mit einem Bevölkerungszuwachs von 14 Prozent bis 2030 gerechnet. Umgekehrt zeigt sich überwiegend in ländlichen Kreisen ein Bevölkerungsrückgang von bis zu 20 Prozent. Mit Blick auf die Abfallwirtschaft muss daher in überwiegend bereits dicht besiedelten Räumen tendenziell mit einem noch höheren Aufkommen an Haushalts- und Geschäftsmüll

Ein Fokus wird dabei auf das Abfallaufkommen und die Stoffströme sowie die Handlungsfelder Logistik, Anlagenpark und Personal gelegt. Zudem werden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen vorgestellt und die Ergebnisse der neuen Studie übersichtlich und nutzungsorientiert zusammengefasst.

Grundlage des Leitfadens sind Erkenntnisse aus dem FuE-Vorhaben „Demografischer Wandel und Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft – Ermittlung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf Abfallanfall, Logistik und Behandlung und Erarbeitung von ressourcenschonenden Handlungsansätzen“. Das Vorhaben wurde vom Umweltbundesamt beauftragt und vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Konsortium mit dem Öko-Institut bearbeitet.



gerechnet werden, in vielen dünn besiedelten ländlichen Kreisen eher mit einem Rückgang. Neben den Änderungen des Abfallaufkommens ist die zunehmende Alterung der Bevölkerung als besondere Herausforderung zu sehen.

Im neuen Leitfaden „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft“ wurden die Herausforderungen der demografischen Veränderungen für verschiedene Felder der Abfallwirtschaft zusammengefasst und Lösungsmodelle dargestellt. Der Leitfaden sensibilisiert für die sich abzeichnenden demografiebedingten Veränderungen. Er gibt Anregungen für eine frühzeitige Weichenstellung und ist damit eine Unterstützung für zukunftsfähiges Handeln.

nist (Difu) im Konsortium mit dem Öko-Institut bearbeitet.

Bei der Studie stand zunächst die Analyse der deutschen Abfallwirtschaft im Vordergrund, wobei neben einer Darstellung des Status quo, die künftigen Entwicklungen in Szenarien berücksichtigt wurden. Des Weiteren wurde in vier Fallstudien-Kommunen die demografische und abfallwirtschaftliche Situation untersucht: im Land Berlin und in den Landkreisen Groß-Gerau, Greiz und Mecklenburgische Seenplatte.

Im Leitfaden werden die Herausforderungen der demografischen Veränderungen für verschiedene Felder der Abfallwirtschaft zusammenfassend skizziert und Lösungsansätze prägnant dargestellt. Der Leitfaden sensibilisiert

für die sich abzeichnenden demografiebedingten Veränderungen und gibt Anregungen für eine frühzeitige Weichenstellung, wobei eine Hilfestellung für zukunftsfähiges Handeln gegeben wird.

Der Leitfaden gliedert sich in vier Abschnitte. Einleitend wird die Problemstellung beschrieben, woraufhin auf die Auswirkungen des demografischen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen für die Abfallwirtschaft eingegangen wird.

Ehrenamtliches Engagement

Für Städte und Gemeinden sind das ehrenamtliche Engagement, die freiwillige Wahrnehmung von Aufgaben und das, was Bürgerinnen und Bürger als eigenen Beitrag für die Gemeinschaft leisten, unverzichtbar. „Ohne die große Zahl freiwillig engagierter Bürger/innen wären die Kommunen um eine Vielzahl von sportlichen, kulturellen, Bildungs- und Freizeitangeboten ärmer, um soziale und gesundheitliche Hilfeleistungen, aber auch um die Mitwirkung von Bürger/innen an der Zukunftsgestaltung des lokalen Gemeinwesens. Hierzu zählen auch die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen, die das Rückgrat unserer Demokratie bilden“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes am 5. Dezember 2017 in Berlin.

Wir stehen derzeit vor immensen gesellschaftlichen Herausforderungen, die das ehrenamtliche Engagement unverzichtbar machen. Mit großer Sorge ist die scheinbare Verrohung der Gesellschaft durch die ansteigende Hass- und Gewaltkriminalität zu beobachten. Diese richtet sich gegen Polizisten, Rettungskräfte, Kommunalpolitiker, aber auch zahlreiche ehrenamtliche Kräfte, die sich tagtäglich für diese Gesellschaft einsetzen. Dies ist nicht hinnehmbar. Der Staat ist gefordert, diese Personen stärker zu schützen und auf allen Ebenen für mehr Toleranz, Zusammenhalt in der Gesellschaft sowie gegen Hass und Ausgrenzung zu argumentieren!

Wir sind deshalb auf Menschen angewiesen, die mit ihrem Beitrag fürs Gemeinwohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und für andere

Im nächsten Abschnitt werden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen vorgestellt. Im letzten Abschnitt werden die Ergebnisse der Studie zusammenfassend „auf einem Blick“ dargestellt und können für den eiligen Leser erste Informationen für den Arbeitsalltag bereitstellen.

Leitfaden und Endbericht der Studie stehen kostenfrei zum Download bereit unter: <https://difu.de/node/11607>
aus: *Difu-Berichte Nr. 4/2017*

Verantwortung übernehmen. Wir danken allen Ehrenamtlichen, die sich im Verein, in einer Organisation oder im direkten Kontakt für andere Menschen einsetzen. „Diese Menschen leisten beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr, im THW, im Sport, in der Nachbarschaftshilfe oder im Integrationsbereich viel für unser gesellschaftliches Miteinander und bereichern so unser Zusammenleben. Unsere Gesellschaft braucht dieses Engagement“, sagte Landsberg.

31 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich in ihrer Freizeit, über 45 Prozent der Menschen ab 14 Jahren übernehmen damit Verantwortung und engagieren sich. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als noch vor 15 Jahren.

Wie stark die Kultur des Ehrenamtes bei uns ist, zeigt sich gerade in Zeiten unter ganz neuen Herausforderungen. Viele Menschen engagieren sich mit hohem persönlichem, zeitlichem und auch finanziellem Aufwand bei der Integration von Flüchtlingen. Über 300.000 ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stärken durch ihre Arbeit die Demokratie vor Ort. Im Zivil- und Bevölkerungsschutz, der überwiegend vom Ehrenamt getragen wird, engagieren sich 1,7 Millionen Menschen in den Freiwilligen Feuerwehren, den großen Hilfsorganisationen oder beim Technischen Hilfswerk und reagieren so unverzüglich bei Katastrophen. In über 91.000 Sportvereinen mit 27 Millionen Mitgliedern sind über 8 Millionen ehrenamtlich engagiert. Gerade der Sport bietet die Möglichkeit, Vorurteile zu überwinden.

DStGB, Berlin, den 05. Dezember 2017

Fortsetzung von Seite 3

Beschlussfassung

ten ist, dass ansonsten eine freie und unbeeinflusste Entscheidung nicht getroffen werden kann.“ (Menke/Arens)

- „...dass ... eine offene Abstimmung zu echten Konflikten im örtlichen Leben und auch zu Schwierigkeiten im Privat- oder Geschäftsleben führen kann. In solchen Fällen wertet die SächsGemO das Interesse an einer freien und unbeeinflussten Entscheidung höher als das an der Erkennbarkeit der Stellungnahme. Die geheime Abstimmung findet ihre Rechtfertigung darin, dass sie das Ratsmitglied von den Bedenken, sein Votum könnte der oder den betroffenen Personen bekannt werden, befreit und es damit zu einer nur seinem Gewissen unterworfenen Entscheidung befähigt, wodurch auch das freie Mandat nach

§ 35 Abs. 3 gesichert wird.“ (Ergänzbarer Kommentar)

- „Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn das öffentliche Wohl oder die berechtigten Interessen Einzelner die geheime Abstimmung erfordern. Ein solcher Grund liegt nicht bereits dann vor, wenn die Maßnahme in der Öffentlichkeit unpopulär ist, ist jedoch gegeben, wenn auf die Kreisräte großer öffentlicher Druck ausgeübt wird.“ (Sponer/Jacob/Menke)⁸

Aber das Gebot der offenen Stimmabgabe hat Vorrang. Es entspricht dem demokratischen Öffentlichkeitsprinzip nach § 37 SächsGemO bzw. § 33 SächsLKrO und bleibt von gewichtiger und grundlegender Bedeutung für eine funktionierende, für die Bürgerschaft transparente kommunale Demokratie. Der einzelne Gemeinderat/Kreisrat hat in einer offenen Abstimmung für jeder-

mann erkennbar „Farbe zu bekennen“ und zu seiner Überzeugung zu stehen. Auf diese Weise erhalten die Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit, die Auffassungen ihrer gewählten Vertreter zu den einzelnen Sachentscheidungen zu erkennen.

Erfolgt zu einer Angelegenheit eine geheime Abstimmung in Verkenntung der rechtlichen Grenzen, obwohl dazu eine offene Abstimmung durchzuführen wäre, gilt der Beschluss als rechtswidrig und wäre auch rechtlich anfechtbar.

AG

¹ Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar...*, G § 36, Randnummer (Rn) 14ff.

² Vgl. *ebenda*, G § 39, Rn 19.

³ Vgl. *ebenda*, G § 39, Rn 40.

⁴ *ebenda*, G § 39, Rn 37.

⁵ Vgl. *ebenda*, G § 39, Rn 42ff.

⁶ *ebenda*, G § 39, Rn 26.

⁷ *ebenda*, G § 39, Rn 81.

⁸ *Menke/Arens, Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Kommentar, 4. Aufl., Kohlhammer 2004, S. 109. Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar...*, G § 39, Rn 84f. *Sponer/Jacob/Menke, Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen. Handkommentar, 2. Aufl., Boorberg 1999, S. 112.*



Erste Gedanken zu den Kommunalwahlen 2019

94 Prozent der Ostdeutschen finden Demokratie prinzipiell gut, aber nur 44 Prozent glauben, dass sie auch richtig umgesetzt wird¹. Massive Zweifel an der Demokratie auf der einen Seite – und auf der anderen Seite gestiegenes Interesse der Deutschen an Politik.

Im Jahr 2018 finden in zwanzig sächsischen Gemeinden Bürgermeisterwahlen statt. Nix für die leichte Schulter, aber auch nicht vergleichbar mit der anstehenden Kommunalwahl 2019, bei der alle Räte und Kreistage neu zusammengesetzt werden. Neben Meißen und Kamenz sind es eher kleinere Orte, die ein neues Gemeindehaupt bestimmen. Ein Teil der neu zu wählenden Bürgermeister wird seine Aufgaben wieder ehrenamtlich erfüllen. Gerade hier wurde in den letzten Jahren sichtbar, dass es immer weniger Kandidaten gibt. Ich kann durchaus verstehen, dass sich niemand mehr für den Posten eines ehrenamtlichen Bürgermeisters interessiert. Bürokratie, leere Kassen und ein hoher Arbeitsaufwand machen die Aufgabe – die eigentlich ein Nebenjob sein soll – unattraktiv. Und von Parteien wollen die meisten auch nichts wissen. „Partei Politik gehört nicht in eine Kommune“, ist ein oft gehörter Satz aus Rathäusern. 70 Prozent aller Bürgermeister in Thüringen haben kein Parteibuch. In den sächsischen Rathäusern schwindet ebenfalls der Einfluss der Parteien: Zur Kommunalwahl 2015, bei der die Wähler in 223 Städten und Gemeinden neue Bürgermeister bestimmen konnten, setzten sich nach Angaben des Statistischen Landesamts in Kamenz 77 Einzelbewerber und 48 Kandidaten von Wählervereinigungen durch. Damit regieren mehr Gemeindeoberhäupter ohne als mit Parteibuch in Sachsen. In 88 Kommunen brachte die Wahl neue Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister ins Amt. Vor allem die CDU hat an Einfluss verloren: In nur noch 76 von 223 Kommunen gaben die meisten der Wähler ihre Stimme dem Kandidaten der Christdemokraten. Das entspricht gut einem Drittel der Orte, in denen gewählt wurde. 2008 holte die CDU noch in 41 Prozent der Städte und Gemeinden die Bürgermeisterposten. Lediglich fünf Orte gewannen sie hinzu.²

Bei Kommunalwahlen schauen die Wählerinnen und Wähler eben weniger auf die Parteien im Bundestag oder Landtag. Bei ihrer Wahlentscheidung lassen sie sich vielmehr davon leiten, welchen Parteien, Wählervereinigungen oder Personen sie am ehesten zutrauen, die lokalen, kommunalen Probleme zu lösen. In Wahlprogrammen, Wahlaussagen, Wählerbriefen oder anderen Formen der Wahlwerbung sind nicht nur allgemeine Bekenntnisse gefragt, sondern möglichst klare Aussagen zu den in der jeweiligen Kommune anstehenden Aufgaben, Projekten, Investitionen usw.

Parallel dazu beginnt bereits jetzt die KandidatInnenengewinnung, welche eine entscheidende Aufgabe in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen ist. Eine Partei oder Wählervereinigung, die es zuwege bringt, für die Kommunalwahlen eine genügende Zahl respektabler Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, erhöht die Chancen für ein gutes Wahlergebnis ganz beträchtlich. Denn: wie kaum andere Wahlen sind Kommunalwahlen in sehr hohem Maße Personenwahlen.

Um vielleicht erste Türen aufzustoßen bietet das Kommunalpolitische Forum Sachsen wieder seine Erfolgsveranstaltung „Lust auf Stadtrat“ oder „Misch dich ein - das kommunale Mandat“ an. Eine perfekte Abendveranstaltung für alle, die erstmal „reinschnuppern“ wollen und bestimmt viele Fragen haben. Vermittelt werden soll, wie Ratsarbeit funktioniert, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen es gibt, welche Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume der Rat hat und anderes mehr. Mit diesem Angebot kommen wir gerne auch in die kleineren Orte, die es meist schwieriger haben mit der KandidatInnenfindung.

Lars Kleba, Stellv. Vorsitzender des KFS

¹ mdr-Exakt - „So leben wir! - Staatsbürger oder Wutbürger?“

² https://www.statistik.sachsen.de/wahlen/kw/kw2014/Seite_1_2014.htm



Seminar des KFS in Siebenlehn im April 2013 zum Thema Bürgerbeteiligung

Veranstaltungen des KFS

Info-Veranstaltung

Kommunale Integrationspolitik am Beispiel der Stadt Kirchberg

26. Februar 2018, 18 - 20 Uhr

Stadtwerkstatt Kamenz

Rosa-Luxemburg-Straße 13

01927 Kamenz

Referent: Steffen Jenzewski (Kommunaler Integrationskoordinator der Stadt Kirchberg, Landkreis Zwickau)

Info-Veranstaltung

Kommunale Wirtschaftsförderung und ihre Grenzen

07. März 2018, 18 - 20 Uhr

Infoladen Zittau

Äußere Weberstraße 2

02763 Zittau

Referenten:

- Jens Hentschel-Thöricht (Kreis- und Stadtrat)
- Gregor Janik (Rechtsanwalt)

Podiumsdiskussion

Zur Verdrängung der Armut aus dem öffentlichen Raum in Leipzig

14. März 2018, 20 - 22 Uhr

Grassi-Museum

Johannisplatz 5-11

04103 Leipzig

ReferentInnen:

- Heiko Rosenthal (Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung, Sport)
- Elke Bösing (Safe – Straßensozialarbeit für Erwachsene)
- Britta Taddiken (Pfarrerin der Thomaskirche)
- Dr. Peter Bescherer (Friedrich Schiller Universität Jena)
- Gjulner Sejdi (Romano Sumnal e.V. – Teil der Bettelobby Dresden)

Moderation: Sarah Ulrich (freie Journalistin, Redakteurin des Magazins Kreuzer)

Info-Veranstaltung:

„Lust auf Stadtrat?“

04. April 2018, 18 - 20 Uhr

Äußere Weberstraße 2

02763 Zittau

Referent: Jens Hentschel-Thöricht (Kreis- und Stadtrat)

Infoladen Zittau

INTENSIVSEMINAR

„(Bürger) beteiligung in der Kommune“

20. April 2018 - 21. April 2018

Treibhaus e.V.

Bahnhofstraße 56

04720 Döbeln

Immer wieder gibt es die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in der Politik. Dieses Seminar soll kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ermutigen, die Menschen ihrer Gemeinde mehr in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einzubinden. Hierzu werden die Vorteile von Beteiligungsprozessen kurz dargelegt, sowie in einer schrittweisen Anleitung die wichtigsten Etappen zum Start und zur Durchführung erläutert. Anhand von Fallbeispielen wird zudem ein analytischer Einblick in aktuelle Beispiele von Beteiligungspraxis in deutschen Kommunen gewährt.

Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 20 Euro und beinhaltet: Übernachtung, das Seminar selber mit allen Bildungspunkten und Tagungsgetränke. Nicht finanzieren können wir weitere Verpflegung, Fahrtkosten und alkoholische Getränke.

Referent: Frank Kutzner (Dipl.-Wirtsch.-Ing., Planer, Moderator, parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater)

Anmeldungen und Nachfragen unter:

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.

01127 Dresden, Großenhainer Straße 99

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945; Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

PARLAMENTSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Sachsen hat ein neues Kabinett – das so neu allerdings nicht ist. Michael Kretschmer hat uns reihenweise alte Besen als neue verkauft. Die „sächsischen Biografien“, die er seinen Getreuen zuschrieb, sind Karrieren im Machtzentrum des sächsischen CDU-Regierungsapparates gewesen.

Bei den zentralen landespolitischen Krisenherden Schule und Polizei ist kein richtungweisendes Profil erkennbar. Der neue Kultusminister war bisher Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion und ist mit Bildungspolitik noch nicht in Erscheinung getreten. Mit Roland Wöllner wurde ausgerechnet der Freitaler CDU-Wahlkreisabgeordnete zum Innenminister ernannt, der sich bei den Ausschreitungen vor Ort nur weggeduckt hat.

Dabei wäre ein Aufbruch dringend nötig! Geld ist genug da – die Regierung sitzt seit Jahren auf prallen Geldsäcken. Spielräume müssen endlich genutzt werden, um die zahlreichen Krisen zu lösen. Das muss bei den Kommunen losgehen, also an den Orten, die am nächsten am Menschen dran sind. Sie brauchen mehr Mittel, und das zur freien Verfügung: Zehn Millionen Euro pro Jahr für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt, und zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen im Rahmen des sächsischen Finanzausgleichs 100 Euro pro Einwohner und Jahr zusätzlich. Schluss damit, dass die Obrigkeit gnädig das von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erwirtschaftete Geld zurückgibt!

Dann könnten wir im Land auch endlich wieder über Politik reden, anstatt ständig über Geld und Stellen streiten zu müssen. Das wäre wirklich mal etwas Neues.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

In Sachsen nichts Neues

Mit Spannung wurde sie erwartet: Am 31. Januar wollte der neue Ministerpräsident Michael Kretschmer in einer Regierungserklärung seinen „Plan für Sachsen“ vorstellen. Schnell wurde klar, dass gespannte Erwartungen umsonst waren. Zwar wirkt Kretschmer dynamischer als sein Vorgänger – was er sagte, unterschied sich aber nicht spürbar von dessen Vorträgen. Kretschmers „Plan“ besteht vor allem aus Reparaturen. Konkretes gab es kaum, Demut gleich gar nicht, dafür Selbstlob und das Bemühen, allen das zu sagen, was sie hören wollen.

Die Kommunen sollen über etwas mehr Geld verfügen dürfen – aber über weniger als die Linksfraktion umverteilen will. Zur Geldnot der Kitas oder zum Lehrkräftemangel gab es nichts Verbindliches – bis auf das Versprechen, dass „Grundschullehrer genauso viel verdienen sollen wie Lehrer in den anderen Schularten.“ Das fordert die LINKE schon lange. Kein Wort verlor Kretschmer zum längeren gemeinsamen Lernen oder – nächstes Thema – zum Justizvollzug. Überhaupt: In puncto Sicherheit klammert sich die Regierung an die „Wachpolizei“, die es noch lange geben soll. Beim Strukturwandel in den Kohle-Revieren verlässt Kretschmer sich auf Hilfe vom Bund. Für Pflegende gab es nur warme Worte, auch für Künstlerinnen und Künstler.

Die Regierungspolitik brauche einen echten Neustart, so **Oppositions-**

führer Rico Gebhardt. Der Titel der Regierungserklärung – „Zusammenhalt festigen, Bildung sichern, neue Wege gehen“ – bestehe aus gleich drei realitätsfernen Sprüchen. Der Zusammenhalt klappe ja noch nicht einmal in der Koalition: „Der stellvertretende Ministerpräsident Dulig wollte es dem Ministerpräsidenten Kretschmer nicht alleine überlassen, sich zur Entwicklung des Freistaates zu äußern“ – er hielt eine eigene Grundsatzrede. „Bringt der Vize-Chef ‚seinem‘ Regierungschef von Beginn an kein Vertrauen entgegen?“ Es sei keine Grundlage erkennbar für Kretschmers Beteuerungen, er wolle für mehr Zusammenhalt sorgen.

Der zweite Anspruch, „Bildung sichern“, scheitere am Gezerre um die Lehrkräfte-Verbeamtung – für Gebhardt ein Instrument „von vorgestern“. Sie verursache nur neue Probleme: „Die Verbeamtung spaltet die Lehrerschaft, schafft neue soziale Ungerechtigkeit und belastet langfristig die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.“ Ein attraktiver Lehrerberuf brauche bessere Bedingungen im Rahmen des Angestellten-Status.

Auch Kretschmers dritter Slogan, „neue Wege gehen“, sei unglaubwürdig. Die Regierung schaffe es nicht einmal, Fehler einzugestehen. Stattdessen gaukle sie der Bevölkerung vor, sie habe verstanden. Beispiel öffentliche Sicherheit: „Erst fahren Sie die Polizei auf Verschleiß, bauen Personal ab,

schließen Polizeireviere. Dann setzen Sie eine Kommission ein, proben etwas Schadensbegrenzung. Nichts haben Sie verstanden! Da werden regelmäßig mit einer Riesenshow am Wiener Platz in Dresden Kleinstmengen an Betäubungsmitteln sichergestellt. In der Zwischenzeit lachen sich die Drahtzieher organisierter Kriminalität ins Fäustchen. Sie sind ja nicht mal mehr in der Lage, todbringende Raserei einzudämmen, weil die Verkehrsüberwachung faktisch zusammengebrochen ist.“

Eine Umfrage der „Sächsischen Zeitung“ zeigt, dass zwei von drei Sachseninnen und Sachsen sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. „Sie, meine Damen und Herren von der CDU, tragen die Verantwortung dafür! Auch deshalb wurden Sie, Herr Ministerpräsident, aus dem Bundestag herausgewählt“, erinnerte Gebhardt. „Und was war Ihre Antwort? Das Bekenntnis, die CDU sei das Original der AfD, man müsse der AfD wieder CDU-Positionen abnehmen. Wenn Sie diesen schwarz-blauen Irrweg wirklich ernst meinen, kann ich nur sagen: Gute Nacht, Sachsen!“ Der Ausweg bestehe darin, soziale Ungleichheit zu reduzieren. Unter Regie der CDU werde es aber nichts mehr mit dem Zusammenhalt. „Niemand braucht eine Weiter-so-Regierung“, schloss Gebhardt. „Wichtig wäre es, eine positive Idee von einer Gesellschaft zu finden, in der alle gut und gerne leben – und nicht nur eine Elite. Dafür zu sorgen ist unser Job, und den werden wir auch weiter machen.“

„Herr Kretschmer, Sie haben ein Feuerwerk von Ankündigungen abgebrannt. Da vergeht einem Hören und Sehen, bis man merkt: Es ist nur ein Feuerwerk, also rasch vorbei, und dann wird's wieder dunkel. Eine andere Politik ist von Ihnen echt nicht zu erwarten!“

Rico Gebhardt

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Die unterschätzte Gefahr

Im Dezember machte die Landtagsmehrheit den Weg frei für ein Projekt, das oft unterschätzt wird. Es geht um das „Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ)“ ostdeutscher Bundesländer zur polizeilichen Telekommunikationsüberwachung. Ohne völlig offenzulegen, welche Pläne und Kompetenzen damit verbunden sind, hat sich die Staatsregierung von CDU und SPD einen Persilschein abgeholt. Bei den Feinplanungen bleibt das Parlament außen vor. Die Linksfraktion hat den GKDZ-Staatsvertrag abgelehnt. Denn was als rein technischer Schritt daherkommt, ist Teil der europaweiten Digitalisierung von Sicherheit und Justiz. Die wiederum bedroht den demokratischen Rechtsstaat.

In einem solchen Staat gilt als unschuldig, wessen Schuld nicht bewiesen ist; Beschuldigte und Angeklagte haben das Recht, fair verteidigt zu werden. Dazu muss zwischen den Beteiligten am Strafverfahren Waffengleichheit herrschen. Informationen, auf deren Basis geurteilt wird, müssen allen gleichermaßen zugänglich und nachvollziehbar sein – Staatsanwaltschaften, Richtern, Strafverteidigern. Zur Nachvollziehbarkeit gehört, dass aus der Aktenlage ersichtlich ist, wie Informationen ermittelt worden sind, und dass sie ungefiltert, unverfälscht vorliegen. Sonst werden Bewertungen möglicherweise beeinflusst. Richter, Staatsanwälte und Strafverteidiger müssen die Beweisführung unmittelbar nachvollziehen können.

Das GKDZ bedroht diese Standards. Denn künftig sollen nicht mehr die Landeskriminalämter oder sonstige Beauftragte der Länder-Polizeibehör-

den Kommunikation überwachen. Das übernimmt das GKDZ, sammelt Daten, filtert sie und gibt sie an die zuständigen Polizei- und Justizdienststellen der Länder weiter. Damit sind die Informationen nicht mehr unberührt, alle Ermittlungen gehen dennoch von diesem Stand aus. Das ist eine nur scheinbar kleine Verfahrensänderung, die große Folgen haben kann.

„Wenn Ermittlungsdaten im GKDZ digital aufbereitet werden, können die Beteiligten am Strafverfahren nicht mehr selbst prüfen, ob Informationen authentisch und integer sind. Von Waffengleichheit kann keine Rede mehr sein, wenn mit dem GKDZ ein einseitiges staatliches Kompetenzmonopol entsteht“, warnt **Enrico Stange, Sprecher für Innenpolitik**. Auch der **LINKEN-Rechtsexperte Klaus Bartl** fordert: „Die Digitalisierung der Strafjustiz darf rechtsstaatliche Verfahrensstandards nicht gefährden.“ Tele-

kommunikationsüberwachung sei im Kampf gegen schwere Straftaten zwar unentbehrlich, sie müsse aber sensibel, transparent und vor allem verhältnismäßig sein. Das GKDZ sei technisch wohl zu mehr in der Lage als bisher zulässig ist, die Rechtsgrundlage sei unklar gehalten. Nicht nur angesichts sächsischer Überwachungsskandale sei Vorsicht geboten. Indes: „Wie groß der Effekt für die Kriminalitätsbekämpfung tatsächlich sein wird, vermag niemand abzuschätzen. Der Preis in puncto Eingriff in Grundrechte ist jedenfalls hoch.“

Auch eine digitale Gesellschaft muss demokratisch und rechtsstaatlich sein. Mindestens müssen die Datenschutzbeauftragten der Länder aufgerüstet werden, damit sie das GKDZ kontrollieren können! Und die Staatsregierung muss absichern, dass die Verfahrensbeteiligten ihre Rolle weiter wahrnehmen können.



© lucky_sun / flickr.com / CC-BY-SA 2.0

Informieren ist kein Verbrechen – weg mit § 219a!

Ärztinnen und Ärzte, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren, geraten ins Visier der Justiz. Am 24.11.2017 wurde die Gynäkologin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt – auf der Grundlage des § 219a StGB, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Dabei ging es nicht um grelle Werbeanzeigen. Auf Hänel's Webseite fand sich unter „Frauengesundheit“ das Wort „Schwangerschaftsabbruch“, dazu allgemeine Informationen und der Hinweis, dass in ihrer Praxis Abbrüche durchgeführt werden.

Vor allem radikale Abtreibungsgegnerinnen und -gegner nutzen verstärkt diesen Paragraphen, um Ärztinnen und Ärzte mit Strafanzeigen einzuschüchtern. Ihr Vorgehen lässt an ihrer behaupteten ethischen Grundhaltung zweifeln: Mit Begriffen wie „Babycaust“ setzen sie Schwangerschaftsabbruch mit Massenmord gleich, hetzen gegen Ärztinnen und Ärzte. Die Linksfraktion will dem die Grundlage entziehen. Im Bundesrat wollen Berlin, Brandenburg, Hamburg und Thüringen den § 219a abschaffen. Wir wollen, dass die Landesregierung mithilft (Drucksache 6/12090).

Jüngst forderten auch 150.000 Menschen per Petition an den Bundestag die Streichung. In einer von der Linksfraktion beantragten Debatte betonte **Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik**: „Ungewollt schwangere Frauen sind bei einer Internetrecherche wegen des Werbeverbots den Hetzkampagnen der selbsternannten ‚Lebensschützerinnen und Lebensschützer‘

§ 219a Strafgesetzbuch

„Wer [...] seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise 1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder 2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

ausgesetzt. Wir wollen, dass Frauen sich sachlich informieren können und die freie Arztwahl haben.“ Wer über „Lebensschutz“ spreche, dürfe nicht über die 47.000 Frauen schweigen, die Schätzungen zufolge weltweit jährlich an den Folgen illegaler Schwangerschaftsabbrüche sterben.

Rechtspolitiker Klaus Bartl verwies auf den Ursprung des Paragraphen im Jahr 1933. „Es war einer der ersten Schritte der Nazis, zarte Reformansätze der Weimarer Republik hinsichtlich der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zurückzudrehen. Abbrüche wurden mit Zuchthausstrafen und ab 1943 mit dem Tod geahndet. Dazu wurde im § 219a eine weitreichende Formulierung gewählt, die nicht nur unlautere, anpreisende Werbung für Abtreibung unter Strafe stellt, sondern jede noch so sachlich-neutrale Information.“ Da der § 219a lange kaum Anwendung fand, wurde er auch 1976, als Schwangerschaftsabbrüche unter Bedingungen straf-frei gestellt wurden, nicht angetastet. Sachsens Justiz muss nun immer wieder solche Ermittlungsverfahren führen. Bartl: „Schluss damit!“

Kinderrechte ins Grundgesetz!

Wir wollen, dass Sachsen im Bundesrat einem Vorstoß der Länder Berlin, Bremen und Thüringen folgt (Drucksache 6/11397). Sie fordern die Bundesregierung auf, „einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, der die verfassungsrechtliche Verankerung von Kinderrechten vorsieht. Diese Forderung findet sich auch im „Regierungsprogramm“ von CDU und CSU. Im Sächsischen Landtag hat die CDU freilich dagegen gestimmt, weil die LINKE sie erhoben hat. Wir sind gespannt, ob eine Einigung von CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag dazu führt, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz kommen.

Weg mit der Bildungs-Kleinstateerei!

Deutschlands 16 Landesfürstinnen und -fürsten – auch der sächsische – hängen an ihren 16 Bildungssystemen. Dass die Bundesländer an vielen Stellen finanziell kaum in der Lage sind, allein für gute Lehr- und Lernbedingungen zu sorgen, blenden sie aus. Für die Besitzstandswahrung zahlen vor allem die Schülerinnen und Schüler, und das nicht erst, wenn ihre Eltern in ein anderes Bundesland umziehen. Schulstrukturen, Lehrpläne, Anforderungen, Prüfungen, Materialien sind nicht überall gleich. Derzeit sieht es nicht so aus, dass sich CDU, CSU und SPD auf ein einheitliches Bildungssystem einigen können.

Sachsens Regierung sollte diesen Irrsinn in Berlin nicht verteidigen, sondern sich gegen ihn auflehnen. Die Linksfraktion fordert deshalb (Drucksache 6/11239), dass sie im Bundesrat eine Initiative unterstützt. Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen fordern dort, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzugeben. Sie wollen mehr Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden.

Wegen höherer Geburtenzahlen und auch wegen der Zuwanderung müssen mehr junge Menschen darauf vorbereitet werden, sich in die Gesellschaft einzubringen. Schulen und Kitas werden mehr Fachkräfte, Räume und Ressourcen brauchen. Auch die Digitalisierung stellt neue Anforderungen. Dafür ist Bundesgeld dringend notwendig, auch in Sachsen. Die Landesregierung sah das allerdings anders – ihr ist die Besitzstandswahrung offenbar wichtiger als das Wohl der Kinder.

Klassenfahrten in KZ-Gedenkstätten fördern

„Wer denkt, es kann sich nicht wiederholen, der irrt“, mahnt der Chemnitzer Auschwitz-Überlebende Justin Sonder. Das Gedenken sollte konkret sein, über die Menschheitsverbrechen auch an den Schauplätzen aufgeklärt werden. Das Unfassbare wird dadurch nicht fassbar, aber der Kampf gegen menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen wird ohne solche persönliche Konfrontationen mit dem Grauen kaum auskommen können. „Wenn wir im Geschichtsunterricht den 2. Weltkrieg kennen lernen, dann glauben wir stets, uns etwas unter Konzentrationslagern vorstellen zu können. Erst jetzt, nachdem wir alles näher betrachten konnten, stellen wir fest, wie schwer es ist, dieses unvorstellbare Verbrechen nachzuvollziehen“, so Schülerinnen und Schüler des Nieskyer Friedrich-Schleiermacher-Gymnasiums nach dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

Die Linksfraktion nahm den 27. Januar – den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – zum Anlass für eine klare Forderung an die Staatsregierung: Sie soll dafür sorgen, dass alle neunten und zehnten Klassen eine KZ-Gedenkstätte besuchen können. Dazu soll sie zweckgebundene Fahrtkostenzuschüsse gewähren, für die Bewilligung entsprechender Anträge sorgen und über die Landeszentrale für politische Bildung eine pädagogisch-didaktische Unterstützung sicherstellen. Ein entsprechender



© Lana K Jensen / flickr.com / CC BY 2.0

Antrag der Linksfraktion (Drucksache 6/5447) wurde im Landtag debattiert. **Marion Junge, Sprecherin der Linksfraktion für Weiterbildung**, betont: „Der Besuch von KZ-Gedenkstätten ist Teil der historisch-politischen Bildung, die über die nationalsozialistische Vergangenheit aufklären und antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken soll.“ Dabei gehe es nicht um Pflichtbesuche, sondern um bessere Bedingungen für Schulen und Lehrkräfte, so **Franz Sodann, der Kulturpolitiker der Linksfraktion**. „Förderanträge müssen vereinfacht werden, und sie gehören nicht auf den Tisch der Sächsischen Aufbaubank, sondern ins Landesamt für Schule und Bildung. Dort müssen die peinlich kleinen Fördertöpfe gebündelt werden.“ Jede Schülerin und jedem Schüler solle ungeachtet des privaten Geldbeutels

und der Entfernungen eine Bildungs-fahrt zu einer KZ-Gedenkstätte unternehmen können, insbesondere auch nach Auschwitz. Denn Integrationsministerin Petra Köpping habe recht, wenn sie sage: „Geschichte wird dort am besten erlebbar, wo sie stattgefunden hat.“ In Sachsen gibt es viele solcher Orte – zahlreiche KZ-Außenlager, aber auch „Frühe Konzentrationslager“, deren Netz mit 103 Lagern in 80 Städten nirgends so dicht war wie hier. „Hinzu kommt das Konzentrationslager Sachsenburg, das endlich eine Gedenkstätte werden muss.“

Die Koalition meinte, es werde genug getan; die Schulen müssten sich eben Partner suchen. Fahrtkosten für Lehrkräfte könnten übernommen werden. Das aber reicht nicht, die Regierung könnte mehr tun im Kampf gegen eine Wiederholung der Untaten.

Wohnungslosigkeit: Schaut endlich hin!

Kälte ist nur eine der Gefahren, die Wohnungslosen drohen. Gewaltkriminalität und staatliches Desinteresse sind weitere. Der SPIEGEL hat recherchiert, dass in Deutschland seit 1990 fast 300 Wohnungslose erfroren sind. Solche Fälle darf es nicht mehr geben, auch nicht in Sachsen! Die Landesregierung ignoriert die Wohnungslosigkeit seit Jahren, schiebt die Verantwortung auf Ehrenamtliche und die Kommunen ab.

Susanne Schaper, Sozialpolitikerin der Linksfraktion, fordert: „Wir dürfen die mittlerweile über 3.500 Menschen, darunter mehr als 500 Kinder, die 2016 in Sachsen wohnungslos oder davon bedroht waren, nicht im Stich lassen.“ Sie dankte allen Engagierten, die helfen. Gerade die Diakonie gleiche staatliche Defizite aus, etwa indem sie Fallzahlen und Ursachen analysiert. Die Landesregierung bringe nicht einmal eine Wohnungsnotfallberichterstattung zustande. „Wir müssen aber die Ursachen der Wohnungslosigkeit kennen, um etwas unternehmen zu können.“ Gründe reichten von persönlichen Lebenskrisen wie Krankheiten und Todesfällen bis zu Überschuldung, verursacht etwa durch krankhaftes Suchtverhalten oder den kompletten Entzug von Sozialleistungen. Die Diakonie fordere zu Recht: „Schaut endlich hin!“ Dieser Ruf müsse vor allem

der Landesregierung gelten, so Schaper, die das Problem untersuchen, mehr für den sozialen Wohnungsbau tun und dafür streiten müsse, dass das Hartz-IV-Sanktionsregime abgeschafft wird.

Auch für **Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik**, ist es „ein Glück, dass es Projekte und Initiativen gibt, die Wohnungslosen konkrete Hilfe anbieten.“ Ein Unglück sei es aber, dass Diskriminierung im Alltag dadurch nicht verschwinde. Der Mitte-Studie zufolge meint in Deutschland fast jeder Fünfte, Wohnungslose seien arbeitsscheu, und fast ein Drittel will, dass bettelnde Obdachlose aus Fußgängerzonen entfernt werden. Es bleibe nicht bei der Diskriminierung, „denn zum Problem gehört

auch Gewalt gegen Wohnungslose“, so Köditz. Seit 1990 seien in Deutschland 40 Obdachlose aus rechten Motiven ermordet worden. „Die Täter vergriffen sich an den Schwächsten unserer Gesellschaft, glaubten an das Recht der Stärkeren. Wenn heute plötzlich Rechtsradikale ihr Herz für Wohnungslose entdecken, sofern diese ‚heimisch‘ sind, dann hat sich dieser Glaube überhaupt nicht gewandelt. Dann wird eine Gruppe, die schwach ist, gegen eine andere Gruppe, die schwach ist, ausgespielt.“

Wohnungslose gehören zu den Schwächsten der Gesellschaft. Am Umgang mit ihnen zeigt sich, wie ernst wir die Menschenwürde nehmen. Die Landesregierung muss aktiv werden!



© dieter schaefer / flickr.com / CC BY 2.0

Bürgerbegehren erleichtern!

In den Kommunen spielt das Leben – diese Verwaltungsebene regelt das meiste, das für unseren Alltag wichtig ist. Diejenigen, die vor Ort leben, sollen stärker mitentscheiden! Deshalb haben wir im Landtag vorgeschlagen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu erleichtern (Drucksache 6/10385). Wie bei Volksbegehren auf der Landesebene gibt es auch dafür zu hohe Hürden.

Gegenwärtig muss eine Bürgerinitiative die Unterschriften von zehn Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde sammeln, damit es zum Bürgerentscheid kommt. Die Kommune kann dieses Quorum freiwillig auf fünf Prozent absenken. Diesen niedrigeren Wert wollen wir für ganz Sachsen einführen. Dann müssen weniger Unterschriften gesammelt werden, Bürgerinitiativen werden nicht länger überfordert. Denn die bisherigen Regelungen behindern die Demokratie in der Kommune erheblich.

*Das wird besonders deutlich, wenn es um Bürgerbegehren geht, die Beschlüsse eines Gemeinderates oder Kreistages aufheben wollen. Das geht bisher nur, wenn seit der Beschlussfassung noch keine drei Monate vergangen sind. **André Schollbach, Kommunalpolitiker der Linksfraktion**: „Für Leipzig bedeutet das beispielsweise, dass bei einem derzeit gültigen Quorum von 5 Prozent mehr als 22.000 Unterschriften binnen dreier Monate gesammelt werden müssen, und zwar ausnahmslos sowohl in den kalten Wintermonaten, wenn es stürmt und schneit, als auch während der Sommerferien, wenn die Menschen im Urlaub sind. Das ist für eine durchschnittliche Bürgerinitiative regelmäßig kaum zu schaffen.“ Und auch wesentlich schlagkräftigere Allianzen scheitern daran. In Dresden gab es ein Bürgerbegehren für mehr Sonntagsshopping, das von der CDU, der FDP und mehreren Einzelhandelskonzernen ins Leben gerufen wurde. Selbst sie schafften es nicht, genug Unterschriften zu sammeln. „Dieses kleine Beispiel, bei dem es nicht einmal unserer großartigen Staatspartei gelungen ist, die Hürden für Bürgerbegehren zu überwinden, könnte doch Anlass dafür sein, darüber nachzudenken, ob hier nicht eventuell doch Änderungsbedarf besteht“, so Schollbach. Im Freistaat Bayern etwa gebe es keine Drei-Monats-Frist.*

„Wir von der LINKEN wollen mehr Demokratie wagen“, so Schollbach. Diese Regierungskoalition machte das nicht mit.



Plenarspiegel Dezember 2017/ Januar 2018

Die 64. und die 65. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 13. und 14. Dezember 2017, die 66. und 67. Sitzung am 31. Januar und am 1. Februar 2018 statt. Die Linksfraktion war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatten

„Wohnungslose in Sachsen – Opfer von Kälte, Gewalt und staatlichem Desinteresse“

„Informieren, nicht kriminalisieren – Straftatbestand der ‚Werbung für den Schwangerschaftsabbruch‘ endlich abschaffen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Mitwirkungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Gemeinde- und Kreisräte sowie zur Erleichterung der Verfahren zur Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an den lokalen Entscheidungen“ (Drs 6/10385)

Anträge

„Landesoffensive zur Finanzierung der Integrationsleistungen der Städte und Gemeinden jetzt – Keine Zuzugsverbote für geflüchtete Menschen zulassen!“ (Drs 6/12254)

„Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankern!“ (Drs 6/11397)

„Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben – Länderinitiative im Bundesrat unterstützen“ (Drs 6/11239)

„Ein-Jahres-Haushalt 2019 statt Doppelhaushalt 2019/2020 – Budgethoheit des 7. Sächsischen Landtages achten und wahren!“ (Drs 6/11997)

„Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten“ (Drs 6/5447)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Tarifvertrag statt Verbeamtung

Auch die Fraktion DIE LINKE hat sich mit der bildungspolitisch heiß umstrittenen Frage beschäftigt, ob Sachsen seine Lehrkräfte verbeamtet sollte – und wenn ja, welche? Der Beschluss ist eindeutig: Wir lehnen eine solche Maßnahme ab. Lehrkräfte fehlen nicht, weil es bisher keine Verbeamtung gab, sondern weil die CDU-geführten Ministerien jahrzehntelang nicht ordentlich geplant haben. Inzwischen gibt es auch in Bundesländern mit Beamtenstatus wachsende Nachwuchsprobleme. Dieses Instrument wäre also ebenso verfehlt wie verspätet.

Sicher, in Zeiten sozialer Verunsicherung ist eine Verbeamtung aus Sicht vieler junger Menschen attraktiv. Sie würde aber neue Ungerechtigkeiten schaffen. Zum einen, weil die meisten im Lehramt beschäftigten Menschen an öffentlichen Schulen aus rechtlichen Gründen gar nicht in den Genuss des Beamtenverhältnisses kommen würden – sie würden an der Altersgrenze scheitern. Wenn nur neu eingestellte Lehrkräfte verbeamtet würden, geriete das Gefälle sogar noch steiler.

Wir wollen eine selbstbewusste, gut bezahlte Lehrerschaft. Der Freistaat hat bei der Wahrnehmung seiner Fürsorgepflicht riesige Reserven, die ausgeschöpft werden müssen. Das heißt: eine gerechte Vergütung für alle und mehr Entgegenkommen beim gewünschten Einsatzort. Das Kultusministerium und das Sächsische Landesamt für Schule und Bildung, wie die Bildungsagentur inzwischen heißt, müssen ein neues Rollenverständnis entwickeln: vom Vormund der Schulen und ihres Personals hin zu einem begleitenden Service. Wir fordern die Staatsregierung auf, mit den Gewerkschaften über einen eigenen Tarifvertrag zu verhandeln. Der muss Lehrkräften jeden Alters und an allen Schulen ebenso gerecht werden wie am Lehrberuf interessierten jungen Leuten. Aus linker Sicht gehören zu einer

geordneten Arbeitswelt Beschäftigte mit vollen Rechten. Dass Lehrkräfte nicht mehr die Möglichkeit zum Arbeitskampf haben, und das wäre

leme behebend und Gerechtigkeit für alle Lehrkräfte schafft. Auch die Einstellungspraxis muss endlich besser werden, wie die **LINKE Bildungsexper-**



Bild: Chemie-Verbände Baden-Württemberg / flickr.com / CC BY 2.0

ein Effekt der Verbeamtung, ist für die Schülerinnen und Schüler kein gutes Vorbild. Denn fürs Leben sollten sie auch lernen, dass die Welt kämpferische Solidarität braucht.

Bis zum Redaktionsschluss war es der Koalition trotz ständiger Ankündigungen nicht gelungen, sich auf Maßnahmen zu einigen, mit denen der Lehrerberuf aufgewertet werden soll. Die Frist, die man sich auferlegt hatte, verstrich Ende Januar. Die CDU-Finanzpolitiker scheuen offenbar hohe Ausgaben für Pensionen, die später für verbeamtete Lehrkräfte anfallen würden. Die beste Lösung wäre ohnehin ein gerechter Tarifvertrag, der auf lange Sicht die Personalprob-

tin Cornelia Falken betont: „Das Kultusministerium muss dafür sorgen, dass fließend eingestellt wird und nicht nur zweimal im Jahr. Es müssen deutlich mehr Stellen ausgeschrieben werden, und zwar ausnahmslos schulscharf! Seiteneinsteiger müssen spätestens ein halbes Jahr vor ihrem Einsatz eingestellt werden, damit genug Zeit zur Fortbildung bleibt.“

Wenn das alles geklärt wäre, könnte sich die Landespolitik endlich der eigentlichen bildungspolitischen Frage zuwenden, die zu beantworten ist: Wie soll gelernt und gelehrt werden? Unsere Antwort: länger gemeinsam, inklusiv und digital!

„Königsrecht“ bewahren

Der Staatshaushalt ist das „Königsrecht“ des Parlaments. Die Abgeordneten entscheiden, wofür die Regierung Geld ausgeben darf. Der 6. Landtag ist für den Zeitraum vom Herbst 2014 bis zum Herbst 2019 gewählt. In Sachsen gibt es allerdings schon seit 1999 Doppelhaushalte, die für jeweils zwei Jahre gültig sind. Mithin könnte der heutige Landtag mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 die Ausgaben für 2020 vorgeben – obwohl vorher eine Wahl stattfindet, in deren Folge die Karten neu gemischt werden. Die Linksfraktion will verhindern (Drucksache 6/11997), dass auf diese Weise in die Budgethoheit des 7. Landtages eingegriffen wird. Sonst wäre der neue Landtag 2020 an Entscheidungen gebunden, die er nicht selbst treffen kann.

Die einzige Lösung: ein Haushalt nur für 2019. Dafür spricht auch, dass Doppelhaushalte laut Haushaltsordnung die

Ausnahme sein sollen. Die CDU-geführten Regierungen haben sie allerdings zur Regel gemacht, wohl weil sie nicht davon ausgehen, abgewählt werden zu können.

LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt erinnerte daran, dass die Linksfraktion schon vor der Wahl 2009 vor einem solchen Vorgehen gewarnt hatte. „Dass unser Antrag nach wie vor notwendig und aktuell ist, ergibt sich schon daraus, dass die CDU-geführte Mehrheit seit zehn Jahren nichts dazugelernt hat.“ Zwar sind nachträgliche Korrekturen per „Nachtragshaushalt“ möglich – das aber ist noch nie vorgekommen, wie der **LINKEN-Rechtsexperte Klaus Bartl** klarstellte.

Die Regierungsfractionen lehnten ab – sie nehmen es ohnehin nicht so genau mit ihrem „Königsrecht“, das sie nur zu gern an die Regierung abgeben.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag